This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

A
3420

Evangelisch-soziale Zeitfragen

Herausgegeben und Unterstützung des Evangelisch-sozialen Kongresses
von Professor Otto Baumgarten in Jena

Erste Reihe — Achtes und neuntes Heft

Die Ziele der deutschen Sozialdemokratie

von

Dr. Karl Oldenberg
Privatdozent der Staatswissenschaften an der Universität Berlin

Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow
1891

L 8 0 9

The Library

of the

University of Wisconsin

A
3420

Die Ziele

der

deutschen Sozialdemokratie

Von

Dr. Karl Oldenberg

Privatdozent der Staatswiſſenſchaften an der Univerſität Berlin

Evangeliſch-ſoziale Zeitfragen
Erſte Reihe. Achtes und neuntes Heft

Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow
1891

Inhaltsübersicht

	Seite
Einleitung	3
I. Wirtschaftliche Ziele	9
1. Beseitigung des Zinses	13
2. Durchführung des Großbetriebes	18
2a. Reform der Arbeitsteilung	22
3. Planmäßige Leitung der Volkswirtschaft	23
4. Reform der Verteilung	30
5. Internationale Organisation	43
Schlußbemerkungen	44
II. Andre Ziele	59
1. Staat	61
2. Familie	67
3. Religion	73
III. Übergangsplan	77
1. Vorfragen	78
a) Revolution	78
b) Zeitpunkt der beginnenden Umwälzung	89
2. Die Umwälzung selbst	93
a) Staatliche Form derselben	93
b) Dauer derselben	94
c) Expropriation	95
3. Internationales Zusammenwirken	99
IV. Anarchismus	100
Anhang: Wortlaut des Gothaer Programms	103

A
3420

638432

Die Ziele der Sozialdemokratie sind nicht identisch mit der sozialdemokratischen Lehre, die vielmehr zugleich die sozialdemokratische Kritik und die sozialdemokratische Weltanschauung in sich schließt. Was die Wißbegier des Lesers und Hörers in den sozialdemokratischen Quellen am meisten sucht, sind in der Regel die Zukunftsziele; sie wird aber ebenso regelmäßig hingehalten mit Auseinandersetzungen der sozialdemokratischen Kritik, die die Vergangenheit beleuchtet, und der sogenannten materialistischen Weltanschauung, die zum Urteil über Vergangenheit und Zukunft den Schlüssel geben soll, und wenn die Zukunft selbst an die Tagesordnung kommt, geht fast immer die Vorstellung gerade zu Ende.

Diese Zukunftslosigkeit ist keineswegs eine allgemeine Eigenschaft des Sozialismus, sondern ein spezifischer Zug der deutschen, sogenannten marxistischen Lehre, die freilich neuerdings in ziemlich allen Kulturstaaten Wurzel geschlagen hat. Auch ist sie nicht zufällig. Sie hat einmal einen geschichtlichen Anlaß, sofern Karl Marx, als er vom Freihandel zum Sozialismus übersattelte, in den damaligen Systemen der französischen und englischen Sozialisten (Saint-Simon, Owen, Fourier, Louis Blanc, Proudhon ꝛc.) und ihrer deutschen Nachbildner ein so kompromittierendes Chaos von Projekten vorfand, daß sein mathematischer Kopf und sein diktatorischer Wille in der Beseitigung dieser unlogischen Vielherrschaft eine Befriedigung fand.

Sie hängt ferner mit seiner materialistischen Geschichtsauffassung zusammen. Marx' „materialistische Geschichtsauffassung" ist eine Mischung des Satzes, daß in der Weltgeschichte die Wirt-

29 DEC 49 SWETS + ZEITLINGER 76

schaftsformen überall das Bestimmende und soziale Schichtung, Staat, Religion, Philosophie, Kunst lediglich deren Wirkungen seien, mit einem Nachklang Hegelscher Geschichtsphilosophie, die alle großen geschichtlichen Wandlungen aus einer automatischen Eigenbewegung begrifflicher Elemente in Thesis, Antithesis und Synthesis hervorgehen läßt. Marx lehrt daher, daß die Wirtschaftsgeschichte erstens autonom sei, indem sie die übrige Geschichte ihrerseits bestimme, statt von ihr beeinflußt zu werden, und daß sie zweitens nach den Gesetzen einer logischen Notwendigkeit verlaufe (etwa: das lokale Handwerk erzeugt seinen „Widerspruch," den interlokalen Tauschverkehr; der „Widerspruch" löst sich allmählich durch eine interlokale Verteilung der Handwerkszweige); aus beidem folgt, daß unsre wirtschaftliche Zukunft durch elementare Faktoren derart vorausbestimmt ist, daß jedes Philosophieren über dieselbe entbehrlich erscheint: eine fatalistische Anschauung, durch die die sozialdemokratische Bewegung an Zuversichtlichkeit vielfältig wiedererhält, was sie an Klarheit ihrer letzten Ziele einbüßt.*)

Außerdem haben die Anfänge des deutschen Sozialismus etwas vom Charakter der Geheimlehre an sich getragen, und die Reste dieser Auffassung wirken noch jetzt um so mehr fort, als gerade die überlebenden Persönlichkeiten jener verflossenen Epoche heute die maßgebenden Theoretiker der Partei sind. Auch hat sich Proudhons Scheu vor endgiltigen Theorien wahrscheinlich in gewissem Maße auf Marx übertragen.

Der Hauptgrund für den Verzicht auf Zukunftsräsonnements ist aber ein taktischer und gehört in seiner vollen Gewichtigkeit erst den Verhältnissen der jüngsten Gegenwart an.

In den siebziger Jahren waren durch das Nebeneinanderbestehen mehrerer sozialistischer Schulen, zwischen denen ein not-

---

*) Die „materialistische Geschichtsauffassung" ist also keineswegs Materialismus; sie ist ebenso wenig verwandt mit Bauchkultus wie mit Verachtung geistiger Genüsse, wie mit Leugnung der Moral als Grundlage des Privatlebens, wie mit Leugnung der Eigenexistenz des Geistes. Marx war allerdings zugleich radikaler Freidenker, vielleicht Materialist in einzelnen Bedeutungen des Wortes, aber diese seine Überzeugungen haben mit seiner materialistischen Geschichtstheorie einen nur sehr lockern Zusammenhang. Bezeichnender wäre: „realistische Geschichtsauffassung."

dürftiger Kompromiß gesucht wurde, alle irgend entbehrlichen Programmerörterungen abgeschnitten. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes hat dies Verhältnis sich wesentlich geändert. Es hängt teils mit dem angeschwollenen Umfang der Partei teils mit andern Momenten, auf die hier nicht eingegangen werden kann, zusammen, daß vorderhand die sozialdemokratische Bewegung in eine immer strammere geistige Diktatur einer sehr kleinen Clique von Führern und eine geistige Dressur der Massen ausmündet; analoge Verhältnisse sind, nebenbei gesagt, wahrscheinlich auch der Grund für die seit etwa einem Dezennium begonnene Siegeslaufbahn des spezifischen Marxismus durch Europa. Nun haben alle sozialistischen Zukunftsphantasien so viel Willkürliches, daß es den Diktatoren kaum möglich wäre, des Widerspruchs und des Besserwissens auf diesem Gebiete innerhalb und außerhalb der Partei Herr zu werden; so zieht man es vor, die Trauben für sauer zu erklären.

Das vorgeschützte Argument für den Sauergeschmack der Trauben ist außer dem von Marx vertretenen Satz, die Neugestaltung werde sich von selbst machen, weil sie eben in der bisherigen geschichtlichen Entwicklung begründet und vorbereitet sei, oder auch die Behauptung: die Technologie, welche das Rückgrat der Wirtschaftsgeschichte sei, habe noch so viel Überraschungen in petto, daß es unwissenschaftlich wäre, ohne Kenntnis dieser Umwälzungen künftige Wirtschaftsformen anders als in den nebelhaftesten Umrissen zu konstruieren. Es liegt in diesen Argumenten allerdings ein wahrer Kern; nicht nur subjektiv, sofern die Argumentatoren wahrscheinlich bis zu einem gewissen Grade an ihr Argument glauben, sondern auch objektiv. Die älteren sozialistischen Systeme werden mit der Formel abgefertigt, sie seien nicht geschichtsphilosophisch fundiert, sie seien utopistischer Sozialismus, nicht wissenschaftlicher Sozialismus, sie seien das natürliche Produkt einer unentwickelteren Wirtschaftsepoche; denn auch die staatswissenschaftlichen Lehren gelten ebenso wie soziale Schichtung, Staat, Religion, Philosophie u. s. w. für ein Produkt der jeweiligen Wirtschaftsform. Man scheut sich dabei nicht einmal, hervorzuheben, daß der ältere Sozialismus wesentlich darin dem des Marx entgegengesetzt ist,

daß jener auch die Zukunftskonstruktion kultiviert, dieser ganz überwiegend in der Vergangenheitskritik seinen Schwerpunkt hat; und man giebt sich den Anschein, den Mangel eines festen Zieles für bedeutungslos zu halten.*)

Zugleich wird gelegentlich eingeräumt, daß über Einzelheiten die Diskussion noch nicht geschlossen sei, also doch die Diskussion auf der Tagesordnung bleibe; ja selbst, daß etwaige Gegenvorschläge nicht ohne weiteres verworfen werden dürften.**) Denn auch alle Erkenntnis und Wissenschaft ist von den jeweiligen Wirtschaftszuständen irgendwie bedingt und darum Stückwerk.

Es wäre mithin nicht unbegründet, eine Auseinandersetzung über die Ziele der deutschen Sozialdemokratie als gegenstandslos abzuschneiden. Es wäre mit dieser Abweisung indes den Thatsachen nicht vollkommen Rechnung getragen. Die menschliche Neugier ist selbst bei den Sozialdemokraten so stark, und die Rückstände aus der ältern, minder einheitlich beherrschten Sozialdemokratie sind noch so bedeutend, die geistige Produktivität der immerhin einige Köpfe zählenden Partei läßt sich so schwer an die Kette legen, daß über die sozialistische Zukunft eine Anzahl Versionen und Mythen in Umlauf sind, die die Inhaber der Diktatur möglichst zu regulieren und zu monopolisieren suchen, soweit sie sie nicht unterdrücken können. Es muß deshalb hier der Versuch gemacht werden, die wechselnden Ideengestaltungen in einem Augenblicksbilde zu fixieren, dessen einzelne Bestandteile sich großenteils aus den verschiednen ältern Sonderströmungen der Sozialdemokratie herschreiben und dementsprechend noch mehr oder minder Lebens-

---

*) Marx: „Die Arbeiterklasse hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoße der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben. Im vollen Bewußtsein ihrer geschichtlichen Tendenz, und mit dem Heldenentschluß, sich ihrer würdig zu zeigen, kann die Arbeiterklasse sich begnügen, zu lächeln gegenüber den plumpen Schimpfereien der Lakaien von der Presse und gegenüber der lehrhaften Protektion wohlmeinender Bourgeoisdoktrinäre, die ihre unwissenden Gemeinplätze und Sektierermarotten im Orakelton wissenschaftlicher Unfehlbarkeit abpredigen."

**) Z. B. Bebel: „Daß man unsern Vorschlägen nicht bessere gegenüberstellen kann, will ich nicht behaupten; wer bessere weiß — heraus damit! So lange aber nicht bessere gemacht werden, halten wir die unsern für die besten, das wird uns niemand verdenken."

kraft besitzen, und es wird vorher nötig sein, auf die bisherige Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie einen kurzen orientierenden Rückblick zu werfen.

Der größte deutsche Sozialdemokrat und Stifter der internationalen Arbeitergesellschaft (1864—1872), der 1883 in seinem Londoner Exil verstorbne Karl Marx, ist mit der deutschen Sozialdemokratie nur durch ein geistiges Band verknüpft; die unmittelbare Begründung und Führung der Partei fiel andern zu. Die heutige Sozialdemokratie ist aus der Vereinigung zweier jahrelang getrennter Parteigruppen hervorgegangen, die man als norddeutsche und sächsische Sozialdemokratie unterscheiden kann; die eine 1863/64 von Ferdinand Lassalle geschaffen und unter v. Schweitzer um 1869 ihren Höhepunkt erreichend, die andre unter Führung der Marxisten Liebknecht und Bebel in den letzten sechziger Jahren aus den Arbeiterbildungsvereinen hervorgegangen. Trotz vorhandner theoretischer Differenzen bildeten persönliche Motive die eigentliche Ursache der Geschiedenheit. 1875 vereinigte der Kongreß von Gotha beide Gruppen auf Grund eines Kompromisses, des im Anhang mitgeteilten „Gothaer Programms," das mit einer geringen Abänderung (vom Jahre 1880) noch heute gilt, aber seit dem vorletzten Parteitage (1887) einer Umgestaltung im Sinne der Liebknechtschen Richtung entgegensieht.

Beide Richtungen wurzeln in den liberalen Bewegungen des Bürgertums der sechziger Jahre; sie haben einen großen Teil ihres Programms übernommen und sind auch in ihren wirklich sozialistischen Ideen vielfach durch die damaligen Anschauungen bestimmt; sie nennen sich deshalb mit Recht mit der 1848er Bezeichnung Sozialdemokraten. Von den Führern stammen Marx, Engels, Liebknecht und Lassalle aus der 1848er Bewegung, während Bebel ein echter Sohn der sechziger Jahre ist.

Die Parteiziele kennen zu lernen, reicht das dürftige und anerkannt unklare Gothaer Programm nach dem Gesagten selbstverständlich nicht aus; als authentisches Interpretationsmaterial müssen vielmehr die ältren Programme, insbesondre das umfangreiche kommunistische Manifest von 1848, überhaupt die ganze einschlägige Litteratur der sozialdemokratischen Klassiker Marx, Engels, Lassalle,

ferner die Protokolle der Parteitage, endlich die gesamte neuere Parteilitteratur, die, von den anerkannten Parteibuchhandlungen vertrieben, durchweg einen mehr oder weniger autoritativen Charakter hat, mit Vorsicht herangezogen werden. Dagegen haben Wildlinge wie Bellamys bekanntes Buch, obwohl ein vorzügliches Hilfsmittel, um sich in den sozialistischen Staat hineinzudenken, und von dem Durchschnitt der in der Partei umlaufenden Vorstellungen außer durch seine Bestimmtheit nicht allzu weit entfernt, als Quellenmaterial selbstverständlich nicht in Betracht zu kommen.

Es mag noch voraus bemerkt werden, daß von den als Quelle zu betrachtenden Litteraten Karl Marx der einzige ist, dessen Gedanken ein einheitliches und tiefer durchdachtes System bilden. Es wurde schon angedeutet, daß seine Autorität eine immer unbedingtere Anerkennung gewinnt; bei den einen aus Verehrung, bei den andern und meisten aus geistiger Armut. Seine bedeutendsten Jünger sind Engels, Liebknecht und neuerdings der viel jüngere Kautsky, Redakteur der Wochenschrift „Die Neue Zeit.“ Eine Abweichung von seiner Lehre findet sich, außer bei den sporadischen Anhängern Lassalles, in jüngster Zeit fast nur bei denen, die ihn nicht verstanden haben; zu diesen gehört August Bebel.

Die folgende Auseinandersetzung geht billigerweise von den wirtschaftlichen Reformideen der Sozialdemokratie aus, die den eigentlich sozialistischen Bestandteil ihres Zukunftsprogramms bilden und im Mittelpunkt ihrer Erörterungen wenn nicht stehen, so doch stehen sollten; an zweiter Stelle werden wir die den Staat, die Familie und die Religion betreffenden Forderungen ins Auge fassen, die sich ergänzend ihnen anschließen, um schließlich auf die wichtige Frage zu kommen, die die in Aussicht genommenen Mittel und Wege zur Verwirklichung dieses Programms oder den Übergangsmodus behandelt.

Ich wiederhole, daß es sich in den zwei erstgenannten Kapiteln nicht darum handeln soll, wie die gegenwärtigen Zustände umgewälzt werden, sondern worin das fertige Sozialistenreich von den uns geläufigen Verhältnissen abweichen würde.

I.

Zur Einleitung dieses wirtschaftlichen Abschnittes empfiehlt es sich, in aller Kürze die sozialistische Kritik der gegenwärtigen Volkswirtschaft zu berühren.

Die Argumente dieser Kritik sind zum Teil Jahrhunderte alt, die jetzt gangbaren scheiden sich in drei Gruppen, die aus verschiednen Phasen in der Geschichte des Sozialismus stammen. Die Geschichte des Sozialismus ist bedingt durch die Geschichte der Entwicklung des Kapitalismus; ihre Kritik richtet sich gegen die jeweiligen Mißstände der kapitalistischen Volkswirtschaft. Da wir von dem längst vergangnen agrarischen Sozialismus absehen können, so beginnt die hier in Betracht kommende kapitalistische Geschichte mit dem Durchdringen der Geldwirtschaft und speziell dem Überhandnehmen der reinen Geldgeschäfte. Der entsprechende Sozialismus wendet sich gegen die Geldherrschaft, die psychologische und die wirtschaftliche, in konkreterer Form gegen den Handelsstand, und findet seinen charakteristischsten Ausdruck in dem Gedanken der Abschaffung des Geldes. Eine verwandte jüngere Richtung, die den beginnenden Großbetrieb voraussetzt und ihn vom Standpunkte des kleinen oder mittleren Betriebes feindlich betrachtet, richtet ihre Deklamationen gegen die Konkurrenz. Diese von sittlichem Pathos getragnen Gedankengänge sind in den ältren unsrer Quellen noch zu finden und kehren als sporadische Rückstände auch in der neuern Litteratur wieder.

Die zweite Art Sozialismus urteilt vom Gesichtspunkt des großindustriellen Arbeiters. Die Großindustrie schuf zuerst die klassische Nationalökonomie Englands von Adam Smith bis Ricardo (1776—1817), und von dieser übernahm der Sozialismus die Technik der wirtschaftlichen Abstraktionen, die nationalökonomischen Elementarsätze und vor allem die Gesetze der Lohnbildung, das von Lassalle, dem Hauptvertreter dieser sozialistischen Richtung, sogenannte eherne Lohngesetz, wonach der Arbeitslohn bei freiester Konkurrenz im Durchschnitt nicht mehr betragen kann, als die Produktionskosten der Arbeitskraft, d. h. nicht viel mehr als das nach den herrschenden Ansprüchen erforderliche Existenzminimum. Dabei

liegt die mit der Malthusschen Übervölkerungstheorie verwandte Voraussetzung zu Grunde, daß die unvermählten Arbeiter, sobald eine Lohnsteigerung es ihnen erlaubt, sofort heiraten und schleunigst so viele Konkurrenten zeugen, daß die Lohnsteigerung wieder rückgängig wird. Weniger oft wird hervorgehoben, daß der Arbeiter, weil vermögenslos und dem Hunger preisgegeben, sich unverzüglich vermieten und daher mit allen Arbeitsbedingungen zufrieden sein muß, oder daß die Arbeiter auf dem Arbeitsmarkte infolge ihrer Vielzahl einander viel stärker unterbieten und schwerer sich verabreden können, als die wenigen Arbeitgeber unter einander.

Die dritte Spielart fußt nicht auf der Großindustrie im allgemeinen, sondern ihrer neueren Gestalt, der Fabrikindustrie; sie ist am konsequentesten von Marx ausgebildet worden, wenn auch mit reichlicher Verwertung älterer Gedanken. Sie behauptet nicht nur eine schlechte, sondern auch eine notwendig sich verschlechternde Lage des Lohnarbeiters und legt dabei nicht so sehr Gewicht auf den geringen Verdienst desselben, als auf die lange Arbeitszeit, die Mißachtung seiner Gesundheit und Bequemlichkeit und die Unsicherheit seiner wirtschaftlichen Existenz. Sie zeigt, wie die Fabrikindustrie als solche den Fabrikanten zugleich drängt und befähigt, dem erwachsenen Arbeiter durch seine Kinder, Schwestern und Frauen Konkurrenz zu machen und seinen Arbeitstag unmenschlich zu verlängern und zu verschlimmern, ohne der nun vollzählig für ihn arbeitenden Familie erheblich mehr Lohn zahlen zu müssen, als früher dem Familienvater. Sie zeigt weiter, wie die Fabrikindustrie zur Überproduktion und Krise drängt und auch auf diesem Wege, abgesehen von den starken volkswirtschaftlichen Verlusten, eine nur vorübergehend beschäftigte „Reservearmee“ *) von Arbeitskräften schafft, die durch ihr drängendes Arbeitsangebot die Arbeitsbedingungen der ganzen Arbeiterklasse weiter verschlechtern.

Im weitern Unterschiede von den vorigen Gedankengängen bleibt diese Kritik nicht bei der Vergangenheit und Gegenwart stehen,

*) Die Alleinherrschaft der Marxschen Lehre erforderte daher die Ersetzung des ehernen Lohngesetzes durch das Gesetz der industriellen Reservearmee und im Zusammenhang damit die neuerlichen Demonstrationen der Arbeitslosigkeit in einer Reihe größerer Städte.

sondern enthält in sich schon die Kenntnis des künftigen Heilmittels. Die industrielle Entwicklung selbst bringt das Heilmittel; was diese Sozialisten wollen, ist daher kein Hirngespinst, ist nicht ihre Erfindung, sondern ihre Entdeckung. Die industrielle Entwicklung versteht nämlich Hegelsche Philosophie; sie entwickelt Widersprüche und muß dieselben lösen. Das Schema ist folgendes. Die auf dem Privateigentum beruhende Fabrikindustrie bedingt gemeinschaftliches („soziales") statt isoliertes Arbeiten in immer größeren Betrieben mit gegenseitiger Abhängigkeit der in jedem Betriebe beschäftigten Arbeitskräfte, sie sozialisiert die Arbeit, während sie das individuelle oder Privateigentum an den Arbeitsmitteln beibehält; ja sie treibt das individuelle Eigentum auf die Spitze, indem sie die Bevölkerung mehr und mehr scheidet in eine verschwindende Minorität, die die Arbeitsmittel besitzt, ohne sie zu gebrauchen, und in die große Masse, die die Arbeitsmittel im Schweiße ihres Angesichts gebraucht, ohne sie zu besitzen. Die Unnatur (wie man meint) oder der begriffliche Widerspruch (wie man sagt) dieses Verhältnisses macht einen Umschlag sozusagen logisch notwendig mit dem Augenblicke, wo die Entwicklung ihren Höhepunkt erreicht hat: die thatsächlich schon sozialisierten Arbeiter sozialisieren nunmehr auch ihre Arbeitsmittel: es entsteht die genossenschaftliche Arbeit oder Produktivgenossenschaft in großem Maßstabe. Die Auflösung einiger ferneren Widersprüche ergiebt sich dann von selbst. Übrigens hat Lassalle einen Teil dieser Gedanken aus den damals schon veröffentlichen Schriften von Marx oder denen seiner Vorgänger übernommen.

Als eigentümlicher Zug dieser dritten kritischen Richtung ist noch hervorzuheben, daß sie weit entfernt ist, das Bestehende im Namen der Gerechtigkeit anzuklagen oder den sozialistischen Umschwung im Namen der Gerechtigkeit zu fordern. Marx spottet über die Gerechtigkeit, weil sie laut seiner Weltanschauung ein wechselndes Produkt der wirtschaftlichen Zustände ist, weil jede Zeit und jede Klasse das für gerecht hält, was ihren wirtschaftlichen Interessen und Vorstellungsgewohnheiten entspricht. „Der Appell an die Moral und das Recht hilft uns wissenschaftlich keinen Finger breit weiter; die ökonomische Wissenschaft kann in der sittlichen Ent-

rüstung, und wäre sie noch so gerechtfertigt, keinen Beweisgrund sehen, sondern nur ein Symptom.“ Er hält Gewalt und Unterdrückung, die nach ihm die Signatur der ganzen bisherigen Zivilisation sind, daher auch keineswegs für eine Ungerechtigkeit; ja er erklärt sie für ein notwendiges Instrument des geschichtlichen Fortschritts. Er postuliert nicht die sozialistische Reform, sondern er konstatiert ihre Annäherung. Seine Agitation kann höchstens den Übergang vereinfachen. Nur sieht man nicht, welche andre Rolle als die des Ehrgeizigen Marx selbst in diesem Drama spielt, wenn er als Nichtproletarier und als Verächter der Gerechtigkeit sein Leben der sozialistischen Partei widmete.

Marx bildet in diesem Stücke den äußersten Gegensatz zu der ersten, pathetischen Gruppe sozialistischer Kritiker. In der Mitte steht Lassalle, der trotz seines feurigen Temperaments seine Lehrmeister, die nüchternen bürgerlichen Nationalökonomen und den im tiefsten Herzensgrunde kühlen, aber effektsuchenden und bissigen Marx nicht verleugnet, der aber, nachdem er ein halbes Leben als Anwalt des verfolgten Rechts geopfert, doch nicht plötzlich als grundsätzlicher Verächter der Gerechtigkeit sich aufspielen konnte. Die jüngren Sozialistenführer stehen persönlich jenem ethischen Skeptizismus ferner, ohne sich aber seinem mittelbaren Einflusse ganz entziehen zu können. Als agitatorisches Motiv und bisher sogar im Parteiprogramm wird die Gerechtigkeit geduldet. Der ältere Sozialismus operierte außer mit der Gerechtigkeit noch mit dem Postulat der Brüderlichkeit, die aber der großindustrielle Sozialismus fast ganz in den Hintergrund geschoben hat, während die schillernden Begriffe Gleichheit und Freiheit trotz Marx eine eigentlich polizeiwidrige Existenz weiterfristen.

Der Sozialismus will zweierlei: eine Reform des Eigentums im Interesse der jetzt zurückgesetzten Mehrheit und eine bessere Regelung der Produktion (des volkswirtschaftlichen Arbeitsprozesses) zu Gunsten der Gesamtheit. Beide Maßregeln hängen zusammen.

1. Die Eigentumsreform betrifft das Eigentum an den Arbeitsmitteln. Sie gilt*) insofern für den Kardinalpunkt der sozialistischen Wünsche, als sie am empfindlichsten in bestehende Interessenkreise einschneidet; sie hat, häufig in mißverständlicher Entstellung, dem Sozialismus seinen gehässigen und alarmierenden Charakter gegeben. Was der Sozialismus in diesem Stücke verlangt, wird kurz aber vieldeutig als Verwandlung des Eigentums einzelner an den Arbeitsmitteln in kollektives Eigentum bezeichnet.

Unter Arbeitsmitteln oder Kapital werden hier die sächlichen Mittel aller gewerblichen Arbeit im weitesten Sinne verstanden; also das Grundstück, auf dem, und das Gebäude, in dem gearbeitet wird; die Maschinen und Werkzeuge, die Rohstoffe und Hilfsstoffe der Arbeit, die Unterhaltsmittel und Wohnräume, deren das Arbeitspersonal während der Arbeit und bis zum Verkaufe des Produkts bedarf. Im strengen Sinne der Marxschen Terminologie bezeichnet jedoch Kapital nur die Arbeitsmittel in der auf freie Lohnarbeit gegründeten Geldwirtschaft, also die Arbeitsmittel unter den uns geläufigen volkswirtschaftlichen Verhältnissen. In der sozialistischen Volkswirtschaft wären die Arbeitsmittel nach Marxscher Ausdrucksweise also nicht mehr Kapital, sodaß man die Kollektivierung des Eigentums ungenau auch mit dem gefährlich klingenden Ausdruck „Abschaffung des Kapitals“ bezeichnen kann.

Unser volkswirtschaftliches System beruht auf einer doppelten freien Konkurrenz: der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte, wo der

---

*) Die Sozialdemokraten haben hiervon eine sehr deutliche Empfindung. „Vorschläge sind leicht zu machen,“ schreibt Bebel, „aber ausgeführt können sie, wie gegenwärtig die Dinge noch liegen, nur durch die Zustimmung und Unterstützung der herrschenden Klassen werden. Da liegt aber das Hindernis im Wege: jeder Vorschlag, dessen Verwirklichung die materiellen Interessen der herrschenden Klassen schädigt und nur im geringsten ihre bevorrechtete Stellung in Frage zu stellen droht, wird von ihnen wütend bekämpft und wird als eine auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebung gebrandmarkt. Die kranke Welt ist aber nicht zu kurieren, ohne daß die Privilegien und Interessen der herrschenden Klassen in Frage gestellt und schließlich beseitigt werden. . . . Dieser Widerstand bei den einfachsten Dingen und den selbstverständlichsten Forderungen bestätigt den alten Erfahrungssatz, daß keine herrschende Klasse durch Gründe zu überzeugen ist, wenn nicht die Gewalt der Umstände sie zur Einsicht und zur Nachgiebigkeit zwingt.“

Unternehmer seine Arbeitskräfte mietet, und der Konkurrenz auf dem Warenmarkte, wo Waren gekauft und verkauft werden. Hier kommt in Betracht die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte. Dieselbe hat die Bestimmung, die zweckmäßige Gruppierung der Arbeitskräfte zu Unternehmungen (Betrieben) zwanglos zu regeln und die Lohnbildung, d. h. die Teilung des ganzen Ertrages zwischen dem Unternehmer und seinen einzelnen Arbeitern, zu vermitteln. Der Sozialist wendet sich nun zunächst nicht gegen diese freie Konkurrenz. Er behauptet aber, die Ertragsteilung sei falsch, weil die Konkurrenten mit ungleichen Waffen konkurrieren. Der Unternehmer konkurriert, gestützt auf sein Privateigentum an den erforderlichen Arbeitsmitteln, er ist unentbehrlich, die andern sind überzählig vorhanden, und so kann er ihnen das Existenzminimum als Lohn zudiktieren und sie dem härtesten Arbeitszwange unterwerfen. Wenn einzelne Arbeiter, Direktoren, Werkführer u. dgl., einen das Existenzminimum merklich übersteigenden Lohn bekommen, so liegt dies teils daran, daß sie sich von dem Privateigentümer der Unternehmung als Peitsche benutzen lassen und dafür belohnt werden, teils an dem Umstande, daß ihre Familien an dem Privateigentum irgend welcher Arbeitsmittel als Aktionäre ꝛc. teil hatten und ihnen eine Erziehung ermöglichten, die sie unentbehrlich macht. Wie die wirtschaftlichen Dinge nach der materialistischen Weltanschauung die Grundlage aller andern Verhältnisse sind, so sind auf wirtschaftlichem Gebiete das Privateigentum an den gemeinsamen Arbeitsmitteln und die mit Hilfe desselben erworbenen persönlichen Vorzüge die Grundlage der ungleichen Ertragsteilung und der Abhängigkeit des gewöhnlichen Lohnarbeiters. Mit dem Privateigentum an Arbeitsmitteln würde diese Vermögensungleichheit fallen, auch wenn die freie Konkurrenz fortbestünde. Was der eine dabei einbüßt, würden alle andern gewinnen. Mit der Vermögensungleichheit würde bald auch die grausame Arbeitsteilung fallen, die einen zahlreichen Teil der zivilisierten Menschheit in unausgesetzter geisttötender Beschäftigung verkrüppeln läßt; die rein mechanische Arbeit würde zum größern Teil durch ad hoc erfundne Maschinen besorgt, zum geringern im Reihendienste verrichtet werden. Auf eine fernere, mit einer pädagogischen Reform

zusammenhängende Humanisierung der Arbeitsteilung kommen wir noch an späterer Stelle zu sprechen.

An die Stelle der diktatorisch geordneten Unternehmung mit dem Kapitalisten an der Spitze würde eine Produktivgenossenschaft gleichmäßig besitzender und ebenbürtig erzogner Genossen treten, die man sich ungefähr wie eine Aktiengesellschaft, z. B. eine Aktienspinnerei, vorstellen kann, deren Aktien in den Händen der Spinner befindlich sind, nur mit dem Unterschiede, daß der Spinnereidirektor nicht schon deshalb einen Vorzugslohn bekommt, weil er allein von allen die erforderliche teure Bildung genossen hat; vielmehr würde das Bildungsniveau durchgängig erhöht und darum das Angebot von Direktionsaspiranten verstärkt sein.

Keiner von diesen Aktionären hätte seinen Aktienanteil käuflich erworben, sondern wäre durch die Wahl seiner Beschäftigung unentgeltlich in dessen Besitz getreten. Er würde dafür auch seinen Besitzanteil mit dem Augenblicke verlieren, wo er die Beschäftigung aufgiebt, um etwa eine andre zu ergreifen. Er hätte für diese Einbuße keine Entschädigung zu beanspruchen, er dürfte auch nicht die Rechte seines bisherigen Platzes an einen Nachfolger vermieten oder verkaufen oder die Person seines Nachfolgers bestimmen, wie dies heute mit kapitalistischen Rechten geschieht; er würde seine Arbeitsmittel so besitzen, wie der König seine Krone besitzt. Es dürfte ferner das Aufkommen einer kapitalistischen Unternehmung nach alter Mode nicht geduldet werden.*)

Aber auch die genossenschaftlichen Mitglieder als Gesamtheit würden an ihren Arbeitsmitteln kein ausschließenderes Recht besitzen als jeder Einzelne von ihnen. Auch als Gesamtheit würden sie nicht eine vakante Stelle anders als unentgeltlich und durch Aufnahme des Neulings zu gleichem Recht besetzen dürfen, da sie ja selbst unentgeltlich zu gleichem Recht aufgenommen worden sind. Allerdings würde diese Gesamtheit, d. h. die Produktivgenossenschaft,

*) In juristischer Sprache könnte man die sozialistische Eigentumsreform dahin formulieren, daß es sich darum handle, die Arbeitsmittel außerhalb des privaten Verkehrs zu stellen, sie für res extra commercium zu erklären. Mit dieser Maßregel würde die beabsichtigte Wirkung ziemlich erreicht werden.

ihre abgenutzten Arbeitsmittel aus dem Erlöse ihres Arbeitsertrages erneuern müssen und sich durch einen entsprechenden Zuschlag zu ihren Verkaufspreisen für diesen Aufwand entschädigen. Aber das erstmalige Aufbringen des Kapitals und seine jeweilige Vermehrung würde man vielleicht nicht der Produktivgenossenschaft, sondern dem Fiskus überlassen; denn gerade diese Leistung des Kapitalsparens ist es ja, die heute den Kapitalzins des kapitalistischen Unternehmers, seinen Extraanteil am Produktionsertrage und damit die starke Ungleichheit des Einkommens ermöglicht. Es würde andernfalls zwar innerhalb der Genossenschaft nicht mehr ein Einzelner die andern übervorteilen, es würde aber eine Genossenschaft die andre oder vielmehr eine Betriebsbranche die andre übervorteilen: die mit verhältnismäßig hohem Kapital (auf den Kopf des Arbeiters berechnet) thätigen Industrien würden bei freier Konkurrenz ebenso wie jetzt mit Hilfe ihrer Verkaufspreise die mit geringem Kapital arbeitenden Gewerbszweige übervorteilen, z. B. die Metallindustrie die Schuhmacherei. Geschieht dagegen die Kapitalbildung durch den Fiskus unentgeltlich, so würde bei freier Konkurrenz der Preis jeder Ware sich nach der in ihr steckenden Arbeit und von ihr verursachten Kapitalabnutzung bestimmen, nicht aber auch nach der Höhe des stehenden Kapitals in der betreffenden Produktionsbranche. Mit andern Worten: der Kapitalzins, der vielverrufene „Entsagungslohn" des Kapitalisten, wäre beseitigt, und zwar nicht nur im Verhältnis zwischen dem kapitalistischen Unternehmer und seinen Arbeitern, durch Beseitigung der Lohnarbeit mittels genossenschaftlicher Arbeit, sondern auch im Verhältnis zwischen den Unternehmungen (Produktivgenossenschaften).*) Die spezifische Leistung des Kapitalisten (z. B.

*) Die unentgeltliche Kapitalbildung durch den Fiskus hätte bei freier Konkurrenz allerdings die unerwünschte Folge, daß dieser volkswirtschaftlich äußerst belastende fiskalische Aufwand im Preise derjenigen Waren, zu deren Gunsten er geschähe, nicht richtig zum Ausdruck käme, die Käufer dieser Waren also, durch den niedrigen Preis verführt, durch gesteigerte Nachfrage der Allgemeinheit ein Opfer auflegen könnten, von dem niemand einen entsprechenden Nutzen zieht. Dieser Mißstand ist unvermeidlich, so lange der Produzent oder sein privater Mittelsmann an den Konsumenten verkauft. Wir werden jedoch sehen, daß aus anderweitigen Gründen eine Zentralstelle den Handel übernimmt, wobei dieselbe Gelegenheit fände, die zum Kostenpreis vom Produzenten gekaufte Ware um jenen Betrag zu verteuern. Ein ähnlicher volkswirtschaftlicher

des Aktionärs), die jetzt ziemlich teuer erkauft wird: der wohlüberlegte Verzicht auf unmittelbare Verzehrung seines Kapitals, wäre vom Fiskus übernommen, der Kapitalzins flösse dann auch dem Fiskus zu, d. h. der Allgemeinheit der Steuerzahler, d. h. er wäre beseitigt. Es könnte also niemand mehr sein Vermögen zinsbar anlegen. Die Beseitigung des Kapitalzinses ist bekanntlich eine sehr alte, aber in der Neuzeit eingeschlafene Forderung der christlichen Kirche: nummus nummum parere non potest; das direkte Zinsverbot („Wucherverbot"), Verbot des Kaufs der Frucht auf dem Halm und ähnliche kanonische Satzungen waren die unzulänglichen Mittel zur Erreichung des Zweckes, den der Sozialismus durch partielles Verbot des Privateigentums anstrebt.

Es sei noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß mit Beseitigung der zinsbaren wirklichen Kapitalanlage auch das zinsbare Gelddarlehen zu produktivem Zwecke (zum Zweck der zinsbaren Kapitalanlage) und alle seiner Vermittlung dienenden zinstragenden Papiere und Institute, Effektenbörsen, ein Teil der Sparkassen ꝛc. aus der Welt geschafft wären. Verzinsbare Staatsschulden wären dagegen nicht schon durch Beseitigung des Kapitalzinses undenkbar, würden aber durch die weiteren sozialistischen Maßnahmen eine bis zur Unkenntlichkeit entstellte Form annehmen. Ebenso wäre der Zins von Anleihen zu konsumtivem Zwecke, von Schulden im engern Sinne, von der Beseitigung des Kapitalzinses unabhängig, ein wirksames Verbot erscheint überdies fast unmöglich; trotzdem scheint auch hier thatsächlich der Sozialismus den ablehnenden Standpunkt der ältern christlichen Kirche zu vertreten.

Zur Aufbringung der Arbeitsmittel und um jeden kapitalistischen oder sonstigen Mißbrauch derselben zu verhüten, bedürfte es selbstverständlich einer energischen Zentralgewalt. Will man an der Vorstellung festhalten, daß die Arbeitsmittel im Besitze der sie benutzenden Produktivgenossenschaften stehen, so würde diese Zentralgewalt eine Art Obereigentum an den Arbeitsmitteln ausüben. Mit mindestens gleichem Recht ließe sich aber auch sagen, die

Anstoß wie der hier zu vermeidende steckt übrigens bekanntlich im Reichszuschuß der Invalidenversicherung, der von allen Berufszweigen gleichmäßig aufgebracht, aber nicht von allen gleichmäßig verbraucht wird.

Arbeitsmittel befinden sich im Besitze der Zentralgewalt, und die Produktivgenossenschaften haben nur den Nießnutz. Sofern die Zentralgewalt nur Stellvertreterin der gesamten Bevölkerung ist und die gesamte Bevölkerung „Gesellschaft" heißen soll, wären die Arbeitsmittel, wie es im Gothaer Programm heißt, „Gemeingut der Gesellschaft." *)

Wie weit die Zentralgewalt als Obereigentümerin der Arbeitsmittel in den volkswirtschaftlichen Organismus eingreifen müßte, wird besser erst erörtert, wenn von der Reform der Produktion die Rede gewesen ist, die gleichfalls den Eingriff der Zentralgewalt erfordert. Das Detail der bisher behandelten Reform findet sich übrigens in der Parteilitteratur nicht ausgeführt, während die groben Umrisse passim zu finden sind.

2. Die Abstammung der Sozialdemokratie von den verbündeten Mächten des modernen „Fortschritts" prägt sich in keinem Zuge charakteristischer aus, als in dem stolzerfüllten Aplomb, mit dem sie allen wissenschaftlichen, technischen und großindustriellen Fortschritt zum Bundesgenossen ihrer Tendenzen stempelt. Dem entsprechend ist die Durchführung des Großbetriebes ein integrierendes Bestandstück ihrer Utopia, und diese Forderung bildet den Anfang ihrer die Produktion betreffenden Reform. An sich wäre diese Neuerung so revolutionär wie eine, sie würde den Untergang nahezu aller jetzt selbständigen Unternehmungen erfordern. Allein sie wird nicht in dem Maße als revolutionär empfunden, weil wir daran gewöhnt sind, daß die frei waltende Konkurrenz täglich nach dem Rechte des Stärkern den Kleinbetrieb beseitigt, und zwar nicht mit so sanfter Hand, als man es vom Sozialismus vielleicht erwarten darf. In den bürgerlichen Vorstellungen über die Sozialdemokratie spielt deshalb der Großbetrieb als sozialistische Forderung eine verhältnismäßig unbedeutende Rolle.

Die schon jetzt unaufhaltsame Konzentration der zerstreuten Kapitalsplitter um die Mittelpunkte relativ weniger Kolossalbetriebe

*) Ein Analogon bieten unsre verstaatlichten Eisenbahnen, soweit sie nicht verschuldet sind, nur mit dem Unterschiede, daß der Kapitalgewinn hier nicht den Eisenbahnarbeitern sondern den von ihnen verschiedenen Steuerzahlern zu gute kommt. Ein noch besseres Beispiel sind die Staatsbergwerke.

würde in jener Welt, des Hemmniſſes privaten Kapitalerwerbs entledigt, ſich auf die leichteſte Weiſe vollenden. Wo die ſelbſtthätige Entwicklung ſtocken ſollte, hilft eine Zentralvorſehung ex machina nach. Das kleine Handwerk wird in Zentralwerkſtätten zu umfaſſenden Genoſſenſchaften vereinigt. Den großen induſtriellen Etabliſſements, die ihre Dimenſionen teilweiſe ſchon aus der alten Wirtſchaftsperiode mitbringen, treten landwirtſchaftliche Rieſenbetriebe zur Seite. Es iſt ein durch die heutige Entwicklung nahegelegter, ſchon 1848 und dann von Laſſalle ausgeſprochener Satz, der aber jetzt infolge gewiſſer Meinungsdifferenzen in den Hintergrund gerückt iſt, daß die ſozialiſtiſchen Betriebe (Produktivgenoſſenſchaften) bis zum ſtaatlichen Umfang ausgeweitet werden, ſich alſo mit ganzen Induſtriezweigen decken ſollten. Es bedeutete dies — nebenbei — Beſeitigung aller Konkurrenz,*) ſo weit nicht etwa ein Produktionszweig dem andern mit ſeinen Produkten Konkurrenz macht (z. B. das Bier dem Weine).

Die Anwendung des Großbetriebes auf das Handelsgewerbe bildet für einen Teil der ſozialiſtiſchen Schriftſteller einen beſonders genußreichen Akt, weil ſie Gelegenheit bietet, den wirklich oder vermeintlich überflüſſigen, ſchmarotzenden Teil des Zwiſchenhandels auszurotten. Es handelt ſich dabei beſonders um Schriftſteller, die durch Lektüre oder ſonſtigen Zuſammenhang noch von dem ältern Sozialismus beeinflußt ſind, der ſich gegen das Handelskapital richtete, und handelt ſich zugleich um die alte Feindſchaft gegen das Geld als Repräſentanten der Tauſchwirtſchaft, wozu noch die wirklichen Ausſchreitungen der Handelsſpekulation und wahrſcheinlich auch eine Nachwirkung der ſonſt veralteten volkswirtſchaftlichen Irrlehre tritt, nach der der Handel für „unproduktiv“ gilt.**) Das geſamte Handelskapital tritt natürlich gleich den übrigen Arbeitsmitteln aus dem freien Verkehre heraus; der Handel mit kapitaliſtiſchen Papieren fällt weg. Der Handel mit Rohſtoffen und

*) Bebel ſcheint früher an Beibehaltung der Konkurrenz zwiſchen einer Mehrzahl von Produktivgenoſſenſchaften desſelben Gewerbszweiges gedacht zu haben.

**) Vgl. z. B. noch im Jahrgang 1887 der Neuen Zeit, Seite 132: „Die Thätigkeit des Kaufmanns iſt nicht wertbildend; das kaufmänniſche Perſonal muß alſo aus dem Mehrwert bezahlt werden.“

Halbfabrikaten wird bei vollendetem Großbetrieb, wo jeder Produktionszweig eine Einheit bildet, in eine mäßige Zahl von Käufen konzentriert (z. B. zwischen Spinnerei und Weberei), die keiner vermittelnden Handelsunternehmung bedürfte. Der gesamte auswärtige Handel fiele (nach Vollmar) einem gemeinnützigen Betriebe als Monopol zu. Der hiernach allein verbleibende Vertrieb fertiger Genußmittel an ihre Konsumenten würde nach Bebel und Vollmar in großen Bellamyschen Bazars zentralisiert, die jedoch, wie im folgenden Abschnitt noch zu erörtern sein wird, nichts weniger als freie Privatunternehmungen vorstellten; er würde überdies, wie sich noch zeigen wird, eine andre wesentliche Vereinfachung erfahren. Die Konzentration des Handels in einer Hand würde ferner erlauben, den gesamten Bedarf an Tauschmitteln im inländischen Verkehr mit billigem Papiergeld zu decken. Die zu einem einheitlichen Geschäft verbundne Kaufmannschaft des Landes würde dies Papiergeld ausgeben, und zwar an die Produzenten, denen es ihre Produkte abnimmt, und würde diese Produkte gegen dasselbe Papiergeld den Konsumenten eintauschen. Zum Einkauf der Rohprodukte könnte etwa den einzelnen Produktivgenossenschaften ein entsprechender Vorrat an Papiergeld zur Verfügung gestellt werden; dasselbe bildete einen Teil ihrer Arbeitsmittel.

Der allgemeine Vorteil des Großbetriebes ist in erster Linie die durch Arbeitsteilung und Arbeitsgemeinschaft ermöglichte Kostenersparnis.

Indes wird von den Sozialisten nicht ganz geleugnet, daß einzelne Arbeitszweige die Anwendung des Großbetriebes nicht zulassen. Auf dem Stuttgarter Parteitage (1870) räumte Bebel den Süddeutschen ein, daß der Weinbau zu diesen Ausnahmen gehöre; die sozialistische Zentralgewalt soll sich hier vermutlich darauf beschränken, durch ihr Obereigentum am Weinberge dem Einzelbetrieb sein kapitalistisches Rückgrat auszubrechen, etwa wie Henry George sich die Konfiskation der Grundrente vorstellt. In seinem Buche über die Frau geht dieses selbe unverbesserlich spießbürgerliche enfant terrible der Parteitheoretiker noch einen Schritt weiter, indem er in scheinbarem Einklang mit Marxschen Andeutungen nach einem übrigens schon von Owen in den sozialistischen Plan aufgenommenen

Vorschlag jede Stadt dezentralisieren und mit einer Zone von Kleinbetrieben des Gartenbaues zum eignen städtischen Bedarfe umgeben will,*) was doch wohl soviel heißt, als daß jeder Arbeiter einen Lappen Land zu seinem Privatnutzen und zu seiner Behaglichkeit (Bebel besitzt einen ausgeprägten Sinn für Blumenzucht) haben soll. Im Anschluß an Bebels Ausführung gelangt Bruno Geiser zu dem scharfsinnigen Satze, die sozialistische Gesellschaft werde, soweit die Landwirtschaft weder den Großbetrieb noch die gemeinschaftliche Benutzung von Maschinen erfordere, das Land „mit einem Netze isolierter Sonderbetriebe überziehen."

In die gleiche Kategorie der Ausnahmen gehören aber vor allem die liberalen Berufsarten des Arztes, des Lehrers, des Schriftstellers u. s. w. Man müßte denn sagen, daß die Ausbildungskosten dieser Leute ihr Kapital vorstellen, und daß dieses Kapital in der sozialistischen Gesellschaft nicht mehr von den Einzelnen selbst, sondern vom Fiskus im großen aufgebracht wird, indem etwa in der Form öffentlicher Stipendien alles Erforderliche dem würdigen Benützer zur Verfügung stände. Der Vorteil des Großbetriebes wäre hier die Erweiterung des Kreises der Aspiranten, eine weitere Konsequenz die Verbilligung der ärztlichen Pflege u. s. w. Die Ausübung der liberalen Berufe zu sozialisieren wird indes wohl nie in größerm Maßstabe gelingen, und ist auch nicht beabsichtigt. An Stelle der freien Konkurrenz von Ärzten und Lehrern mag man sich, obwohl dies nicht notwendige Konsequenz, zunächst das Gehaltssystem durchgeführt denken (Bebel u. A.). Die Schriftsteller dagegen will wenigstens Bebel neuerdings nicht mehr, wie seine Ansicht früher war, auf Gehalt setzen. Er betrachtet die Schriftstellerei augenscheinlich als Nebenbeschäftigung, vielleicht nicht einmal als entgeltliche Thätigkeit. Wer etwas geschrieben hat, reicht es einer demokratisch gewählten Zensurbehörde ein, von der ein Appell an die „Gesamtheit" „jederzeit" möglich sein soll; das für würdig Befundene wird gedruckt; auch der Bücherverlag also zentralisiert und — verstaatlicht.

*) Ob in der Landwirtschaft Klein- oder Großbesitz rentabler sei, ist eine alte Streitfrage der Nationalökonomie. Daß im Gartenbau die Vorteile des Großbetriebes aufhören, räumte schon Lassalle ein.

2a. Eine Konsequenz des durchgeführten Großbetriebes ist die Ermöglichung einer Reform der Arbeitsteilung.

Die depravierenden Folgen der weitgetriebenen Arbeitsteilung, die den Menschen an eine Arbeit von oft geisttötender und körperverstümmelnder Einseitigkeit fesselt, sind längst eine crux der Menschenfreunde gewesen. Unter den ältern Sozialisten haben Fourier und Owen durch einen geordneten Wechsel der Beschäftigungsarten diesen Mißstand beseitigen wollen. Dabei sollte die den natürlichen Trieben angepaßte Abwechselung geistig und körperlich so günstig auf die Spannkraft des Arbeiters wirken, daß die durch Verwendung von lauter nur halb eingeübten Arbeitskräften zunächst eintretende Minderleistung reichlich ausgeglichen würde. Marx eignet sich diesen Grundgedanken seiner Vorgänger an; aber wie er alles aus der industriellen Entwicklung ableitet, wird nach ihm auch diese Reform erst dadurch möglich, daß die Dampfkraft an Stelle der früher benutzten Wasserkraft vom Orte unabhängig sei, und daß der vordringende Maschinengebrauch alle gelernte Arbeit durch ungelernte einfache Maschinenbedienung ersetze; Marx beruft sich auf die Geschwindigkeit, mit der selbst Kinder ihre Funktionen an der Maschine lernen, und auf den erzwungenen Berufswechsel zahlreicher Arbeitskräfte bei technischen Umwälzungen und Krisen. Mit der Richtigkeit dieses Gedankens, der namentlich in seinen ältern Theorien eine beherrschende Rolle spielt, steht und fällt seine Reform der Arbeitsteilung.

Der Glaube an eine solche universelle Befähigung des Menschen wird indes nicht ausschließlich auf die günstige psychologische Wirkung des Beschäftigungswechsels gegründet, sondern zugleich auf einen neuen Erziehungsplan: für die Jugend „über einem gewissen Alter," sagen wir vom 10. bis 20. Lebensjahre, soll eine Verbindung von wissenschaftlichem Unterricht, Gymnastik und produktiver Arbeit „als einzige Methode zur Produktion vollseitig entwickelter Menschen" eingeführt werden; allgemeines Verbot der Kinderarbeit ist nach Marx ohnehin unverträglich mit der Existenz der großen Industrie.

Die modifizierte Arbeitsteilung soll nicht etwa nur innerhalb der einzelnen Fabrik Platz greifen, sodaß jeder mit der Zeit alle in

seiner Fabrik vorkommenden Beschäftigungsarten durchmacht — was ja dem Ideal unsrer Lehrlingsausbildung einigermaßen nahekommt —, sondern auch zwischen den Gewerbszweigen einen regelmäßigen Austausch des Personals herstellen, dergestalt, daß „jeder eine ganze Reihe von Produktionszweigen von Anfang bis zu Ende praktisch durchmacht" (Engels). Nach einer gelegentlichen Bemerkung von Engels, die im Manuskripte Marx vorgelesen ist, wird an einen unter Umständen halbstündigen Wechsel gedacht. Mit jedem Berufszweige, der in den Turnus hineingezogen wird, wird ein weiterer Gegensatz dialektisch aufgelöst. Der letzte und schlimmste Gegensatz ist der zwischen Stadt und Land. Derselbe wird aufgelöst durch egale Ausbreitung der Industrie über das gesamte platte Land mit Personalunion der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiter, wobei zu bemerken ist, daß nach Marx' ursprünglichem Programm Rußland als Stammsitz der europäischen Reaktion mit Feuer und Schwert ausgerottet werden sollte. Für die Dezentralisation der Städte werden agrikultorische, pädagogische, gesundheitliche und industrietechnische*) Argumente angeführt. Die starke Vermehrung der Transportkosten und anderweitige Nachteile der Dezentralisation sind in den Kauf zu nehmen. Die schon jetzt sehr erhebliche Auswanderung der Fabriken aufs Land wird als geschichtliches Hilfsargument herangezogen, obwohl dieselbe hauptsächlich der hohen städtischen Bodenpreise wegen geschieht, die es im Zukunftsstaat nicht mehr giebt.

Nichtsdestoweniger haben die Großstädte eine weltgeschichtliche Aufgabe, nämlich als sozialdemokratische Agitationszentren zu dienen. Mit Genugthuung wird an das Bismarcksche Bonmot vom Jahre 1850 erinnert, das diesen Revolutionszentren die Vernichtung androhte.

Lassalle hat die Frage der Arbeitsteilung nicht berührt.

3. Die andre Seite der sozialistischen Produktionsreform würde ich Verstaatlichung nennen, wenn diese Vokabel nicht von den Sozialdemokraten verpönt wäre.

*) „Erstes Erfordernis der Dampfmaschine und Haupterfordernis fast aller Betriebszweige der großen Industrie ist verhältnismäßig reines Wasser. Die Fabrikstadt aber verwandelt alles Wasser in stinkende Jauche."

Wie die Verteilung des gemeinsamen Ertrages zwischen Arbeitgeber und Arbeitern jetzt auf der freien Konkurrenz des Arbeitsmarktes beruht, so die Regulierung der Produktion (was und wie viel produziert werden soll, damit keine Hungersnot entsteht, u. s. w.) durch das Mittelglied der Preisbildung auf der freien Konkurrenz des Warenmarktes. Die regulierende Wirkung der Preise ersetzt durch ein kunstreiches Balancierſystem einen nicht vorhandenen volkswirtschaftlichen Produktionsplan. Das Gleichgewicht zwischen Warenbedarf und Warenproduktion stellt sich also jetzt wesentlich durch die aus Angebot und Nachfrage resultierenden Marktpreise und die auf diese gegründete Spekulation von vielen Tausenden isoliert handelnder Geschäftsleute her. Die damit verbundenen ungeheuern Nachteile der Volkswirtschaft: der überflüssige Aufwand zu Konkurrenz- und Reklamezwecken, der Verlust in der Konkurrenz unterliegender Kräfte, die Schwindel- und Schundproduktion und vor allem die moderne Überproduktion mit ihren kolossalen Wirtschaftskrisen, machen dem Sozialismus die Kritik dieſes seit dem 18. Jahrhundert oft so überschwenglich gepriesenen „naturgemäßen“ Systems leicht.

Wenn der Sozialismus den Großbetrieb bis zur äußersten Grenze durchgeführt hat, würde er wahrscheinlich nicht lange sich in der Notwendigkeit befinden, diese freie Konkurrenz erst abzuschaffen; sie wäre ohnehin zerstört. Seine Absicht, die gesamte Volkswirtschaft unter eine planmäßige Produktion zu stellen, geht aber in erster Linie nicht von dieser Erwägung, sondern von der Kritik des gegenwärtigen Mechanismus aus. Diese in einem Großstaat und im Zeitalter des Weltmarktes zunächst übermenschlich scheinende Aufgabe wird bei näherm Zusehen durch mehrere Umstände erleichtert. Die regulierende Zentralstelle hat zunächst eine aufs höchste vervollkommnete Statistik zur Verfügung. Die Statistik würde erstens eine Statistik der Konsumenten und des Begehrs und zweitens eine Statistik der Arbeitskräfte sein. Die Statistik des Begehrs würde außerordentlich vereinfacht durch die Kenntnis der gesamten Kaufkraft, durch die Konzentration des Detailhandels, durch die Einschränkung des im Bedarf schwankendsten Artikels: nämlich der Luxuswaren, die jetzt fast ausschließlich von einem kapitalistischen Kundenkreise gekauft werden, und durch den Wegfall der Konjunktur-

schwankungen und Krisen. Mit diesen Hilfsmitteln die Richtung der Produktion für längere Zeiträume vorauszubestimmen, etwa jedesmal für ein Vierteljahr, bleibt trotzdem eine sehr prekäre Aufgabe, und es ist nicht zufällig, daß die sozialistische Theorie aus einer Zeit stammt, wo man die Statistik noch für wesentlich allmächtiger hielt als jetzt. Die Pflege der Statistik sollte schon in der 1864 von Marx gegründeten Internationalen Arbeiter-Assoziation eine wichtige, für die sozialistische Zukunft vorbereitende und erziehende Rolle spielen. Für die subalternen Köpfe der Partei taucht die Vorstellung von den Aufgaben der Statistik in die allgemeine Phrase unter, daß alles dies „Sache der Wissenschaft" sein werde.

Die Allwissenheit der Zentralstelle würde zweitens ermöglichen, unter Beseitigung des Markt- und Börsenwesens die Waren auf geradem Wege vom Produktionsplatz an ihre Bestimmungsorte zu dirigieren, womit die schon berührte Vereinfachung des Handels erzielt wäre.

Bei fehlender oder doch mangelhafter Konkurrenz ist drittens eine Festsetzung der Verkaufspreise fast unabweislich und in der That von den einschlägigen Parteischriftstellern vorausgesetzt. Den auswärtigen Handel, für den ihm sein statistisches Wissen, einheitliches Vorgehen und sein starker Kredit zu gute kommt, monopolisiert, wie schon angedeutet wurde, der sozialistische Staat nach Vollmars Vorschlag ohnehin und verfügt hier über die Preise. Im inländischen Handel eine Preistaxe zu normieren, ist nicht nur eine Notwendigkeit, sondern auch heilsam, sofern es Übervorteilungen seitens der Kaufleute abschneidet. Die Normierung hat zufolge der sozialistischen Wertlehre nach dem Arbeitsquantum zu geschehen, das in jedem Produkt steckt, oder vielmehr das zu seiner Herstellung erforderlich ist. Wenn man, wie es im Grunde von den sozialistischen Theoretikern geschieht, aber zu agitatorischen Zwecken vielfach verschleiert wird, unter Arbeit auch die dirigierende Thätigkeit mitbegreift, wenn man ferner statt des aufgewendeten Arbeitsquantums aufgewendeten Arbeitslohn setzt (unter Vorbehalt, den Arbeitslohn nach dem Arbeitsquantum zu normieren), wenn man endlich den Kapitalzins als beseitigt voraussetzt, so bleibt

gegen dies Prinzip der Preisbildung nichts einzuwenden. Dies gilt jedoch für die Preise, zu denen die Bazars einkaufen; daß die Bazars beim Verkaufe an den Konsumenten einen vielleicht sehr geringen Zuschlag machen müssen, der dem heutigen Kapitalzins zu vergleichen ist, wurde vorhin (S. 16, Anm.) erwähnt. Diese Zuschläge würden gleichfalls von der Zentralstelle festgesetzt. Die so normierten Verkaufspreise würden übrigens auch bei gleichbleibender Arbeitstechnik nicht ganz unbeweglich sein dürfen, sondern behufs Ausgleichung der unvermeidlichen Irrtümer im Produktionsplane vorübergehende Abänderungen zulassen; sie würden etwas erhöht werden, wenn es sich zeigt, daß von einer Ware etwas zu wenig produziert ist, ermäßigt, wenn sich ein kleiner Überfluß herausstellt. Ausgesprochen ist diese Konsequenz meines Wissens nirgends, weil sie die Kritik des heutigen Handels abzuschwächen und die Unfehlbarkeit der sozialistischen Statistik herabzusetzen geeignet wäre; aber zurückweisen wird man sie auf die Länge schwerlich. Zur Verhütung eines plötzlichen Mangels würde die Zentralstelle mindestens von den notwendigsten Artikeln einen Reservevorrat anlegen.

Mit diesen Eingriffen in das innere wirtschaftliche Getriebe hängt aufs engste die sozialistische Steuerpolitik zusammen, die die kompliziertesten Probleme der Finanzwissenschaft mit einem Schlage zu lösen beansprucht. Die Sozialdemokratie ist bekanntlich Feindin aller Spezialsteuern und insbesondre der indirekten Einzelsteuern. Die Vereinfachung und Offenkundigkeit des gesamten Geschäftslebens würde es nach ihrem Dafürhalten ermöglichen, von dem jährlichen Ertrage jedes Betriebes oder Produktionszweiges sofort an der Quelle den fiskalischen Bedarf abzuziehen, sodaß entweder den Produktivgenossen ihr Ertrag schon entsprechend verkürzt zugeteilt oder (welche Möglichkeit nicht ausdrücklich hervorgehoben zu werden pflegt) der Verkaufspreis jeder Ware a conto des Fiskus entsprechend erhöht würde; man hätte im ersten Falle eine allgemeine Gewerbesteuer, im zweiten eine allgemeine indirekte Steuer, die beide unfehlbar auf sämtliche Einkommen gleichmäßig übergewälzt würden.

Wir haben nun eine Zentralgewalt, die das gesamte volkswirtschaftliche Kapital aufbringt und austeilt, die dessen Benutzung überwacht, die die Betriebe konzentriert, die vorschreibt, was und

wieviel produziert, wo es verkauft und zu welchen Preisen es verkauft werden und wieviel von dem Ertrag abgezogen werden soll. Was trennt die gesamte Volkswirtschaft noch vom Stadium der Verstaatlichung? Was den Produktivgenossenschaften bleibt, ist nur ihre innere Organisation, die Verwaltung der laufenden Geschäfte im Rahmen des ihnen zudiktierten Produktionsplanes und die Verteilung des durch Produktionsplan und Preistaxe ihrem Einfluß gleichfalls wenig zugänglichen Geschäftsertrages unter ihre Mitglieder. Die Produktion (einschließlich des Handels) verdient demnach eher öffentliches Amt als freie Unternehmung zu heißen. Aber auch in diese letzte Zufluchtsstätte des freien Spiels der Kräfte würde die tausendfingrige Zentralgewalt hinübergreifen. Wieweit, darüber giebt es keine authentische Auskunft, kaum daß die Hauptpunkte gelegentlich berührt werden. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die drei Gebiete der Personalien, der Arbeitsordnung und der Ertragsteilung.

Die Personalienfrage, die etwa an Stelle der heutigen Arbeitsvermittlung träte, regt die weitere Frage des Rechtes auf Arbeit an. Obgleich man eine befriedigende Auskunft der Parteiautoritäten vergeblich sucht, entspricht doch dem spiritus der Partei unzweifelhaft die Anerkennung dieses Rechtes.*) Der allgemeine Produktionsplan muß so aufgestellt werden, daß jeder Beschäftigung finden kann, was mit Hilfe eines variablen Arbeitstages nicht unmöglich ist. Es liegt nun sehr nahe, daß die Zentralgewalt, die so die Arbeitsgelegenheit darbietet und gleichzeitig für Arbeitsmittel sorgt, auch auf die Besetzung der Arbeitsstellen Einfluß habe. Geradezu gefordert wird dieser Einfluß vom Gesichtspunkt eines gleichmäßigen Rechtes für alle gleich qualifizierten Bewerber, damit nicht die begehrtern Plätze mit verletzender Willkür besetzt werden. Anderseits wäre eine Ernennung von oben her undemokratisch, und schon zur Ermöglichung eines gedeihlichen Zusammenarbeitens vielmehr eine Kooptation durch die Arbeitsgenossen angezeigt, die aber wieder Gefahr liefe, ungerecht zu sein; der Demokrat Bebel

*) Daß die Formulierung eines Rechtes auf Arbeit als reaktionärer Einfall zurückgewiesen wird, thut nichts zur Sache.

dachte mindestens früher einer gelegentlichen Andeutung zufolge an letztern Modus. Der Ausweg aus diesem Dilemma dürfte ein Mittelweg sein, etwa eine an komplizierte Regeln gebundene Kooptation. Jedenfalls wäre der heutige Modus, der eine Verbindung von Bevorzugung des Mindestfordernden mit Willkürlichkeiten des Arbeitgebers oder seines Beauftragten darstellt, auszuschließen. Mit den Gesichtspunkten der ernennenden Zentralbehörde und der kooptierenden Genossenschaft könnte Rücksichtnahme auf die Neigung des Arbeitsuchenden verbunden werden, die ja schon in seiner Bewerbung zum Ausdruck kommt. Viel freier als die Wahl der Arbeitsstelle könnte die Berufswahl sein, wie dies ja auch Bebel in der „Frau" sich vorstellt; die schon bei den liberalen Berufsarten erwähnte Unentgeltlichkeit des Fachunterrichts würde diese Freiheit auch nach der finanziellen Seite garantieren. Wer trotz aller Vorkehrungen und schuldlos vorübergehend ohne Arbeit bliebe, erhielte vermutlich Diäten, ebenso wie Kranke, Invaliden und Greise.

Die Werkmeister und Direktoren werden nach Bebel von den Beteiligten gewählt, offenbar aus deren Mitte. Die durch das gleichmäßigere Einkommen nivellierte Bildung würde dies ermöglichen. Bebel ist sich noch nicht ganz klar, ob an Stelle dieses Verfahrens mit der Zeit ein regelmäßiger Reihendienst für diese höhern Arbeitsposten treten kann.

Eines zwingenden Eingriffs in die Arbeitsordnung bedarf es bei genossenschaftlichem Betriebe nur zum Schutz der Arbeiter gegen ihren eignen Leichtsinn (zur Durchführung unbequemer Unfallverhütungsmaßregeln) und höchstens noch zur einheitlichen Festsetzung des normalen Arbeitstages, sofern die Zentralstelle nicht vorzieht, diese Normierung auf indirektem Wege durch Kontingentierung der Produktion auszuführen. Bei Kenntnis des Produktionsplans und der Arbeitskräfte wird der normale Arbeitstag durch ein bloßes Divisionsexempel für alle Gewerbszweige zusammen gefunden; bei nachträglicher Änderung des Produktionsplans oder bei unerwartetem Angebot von Arbeitskräften giebt die elastische Länge des Arbeitstages die Möglichkeit des Ausgleichs.

Die Verteilung des Produktionsertrages zwischen den Mitgliedern der Genossenschaft würde auf Grund der Produktionsreform

ohne weiteres im Sinne viel größerer Gleichmäßigkeit zu stande kommen als jetzt. Die Zentralisation des Handels in Staatshänden — der Wegfall des direkten Tauschs zwischen Einzelnen — schiebt einen Riegel vor zahllose Übervorteilungen. Namentlich aber sind heute die wirtschaftlichen Machtverhältnisse, insbesondre das Privateigentum, aber auch die Talents- und Bildungsverschiedenheiten der eigentliche Grund der Ungleichheit des Einkommens, und im Widerspruch mit ihnen ließe sich nicht einmal durch gesetzlichen Zwang die vorhandene Ungleichheit wesentlich mildern; dieser Grund zur Ungleichheit fiele mit dem Privatkapital allmählich fort. Dieser nicht genug anzuerkennende Grundsatz der marxistischen Theorie hindert indessen nicht die unwidersprochene Voraussetzung der neuern Parteilitteratur, daß der Ertragsanteil des Einzelnen direkt von oben her zu regeln sei. Als Verteilungsmaßstab gilt durchgängig die von Marx hinter den Coulissen verunglimpfte Gerechtigkeit; den Nützlichkeitsrücksichten, wie beispielsweise durch Prämiierung des seltenen Stellenwechsels, wird ein Einfluß nicht gestattet. Nur welche Verteilung gerecht sei, darüber herrscht vollständiges Chaos der Meinungen. Hierüber Näheres unter der folgenden Ziffer, zuvor jedoch eine Zwischenbemerkung.

Wir haben bisher vorausgesetzt, daß die gesamte von oben her erforderliche Regulierung und Reglementierung durch die Zentralstelle geschehe. Diese Zentralstelle braucht keine despotische Spitze, sondern kann in der Theorie wenigstens auch eine Exekutive des Volkswillens sein. Die Funktionen der Zentralstelle können aber teilweise delegiert werden, sei es an die Kommunen, sei es an die Produktivgenossenschaften, sei es an sonstige Zwischenorgane. Es würde mit dieser heilsamen Entlastung eine Art Selbstverwaltung des sozialistischen Wirtschaftskörpers durchgeführt. Einer solchen kommunalen Selbstverwaltung haben eine verhältnismäßig große Zahl der neuern Schriftsteller, unter denen auch Bebel sich früher befand, und zu deren Verbreitung der vorübergehend Schule machende Sozialismus Dührings beigetragen hat, sich geneigt bewiesen. Ob sie mit dem Marxschen Ideale sich verträgt und Lassalles Geschmack entspräche, ist zweifelhaft. Ohne Dezentralisation wäre indes die sozialistische Verwaltung schwer zu denken.

Anderseits wäre ein partikulariſtiſch zerſplittertes Sozialiſtenreich ein Monſtrum.

4. Verteilung. — Unter Verteilung im volkswirtſchaftlichen Sinne verſtehen manche den Handel. Der Handel iſt jedoch nur Handlanger der Verteilung, während wirklich beſtimmend für die Verteilung heute der ganze volkswirtſchaftliche Organismus, im ſozialiſtiſchen Staate der ausdrückliche Staatswille iſt.

Unter Verteilung im ſozialiſtiſchen Zukunftsplan iſt ferner nicht eine Verteilung der Kapitalien, des Vermögens, zu verſtehen, ſondern Verteilung des Ertrages, des Einkommens. Die Kapitalien ſollen im Gegenteil gemeinſchaftlich werden, was freilich ſoviel heißt als das Anrecht an ihnen unter alle gleich auszuteilen.

Wenn auch der Kapitalzins als Einkommen nicht arbeitender und als Einkommensteil arbeitender Perſonen von den Sozialiſten beſeitigt wird, ſo kann es doch nicht nachdrücklich genug betont werden, daß die hier entwickelten Grundſätze des Sozialismus mit der Forderung einer gleichen Bezahlung aller Arbeitsarten, der intelligenten und kunſtfertigen wie der Handlangerarbeit, nicht notwendig verbunden ſind. Es wird wohl kaum bezweifelt, daß die jetzt übliche Differentiierung der Arbeitslöhne keine rein willkürliche Bevorzugung der geiſtigen Arbeit iſt; wie überall, regieren auch hier die Geſetze von Angebot und Nachfrage und bewirken, daß da der Lohn hochſteht, wo die Vermehrung des Arbeitsangebots, die Erziehung des qualifizierten Arbeiters erſchwert iſt; dazu kommt, daß die geiſtige Thätigkeit in der Regel nur gedeiht, wenn ein gewiſſes Maß äußern Komforts und eine durch die Lebenshaltung bedingte Stufe ſozialer Geltung ihr geſichert wird. Wenn im weſentlichen auf dieſen zwei Momenten der höhere Lohn der ſogenannten qualifizierten Arbeit beruht, ſo iſt dennoch nicht geſagt, daß im volkswirtſchaftlichen Intereſſe gerade ſeine heutige Höhe erfordert werde. Der hohe Preis einer Ware hat volkswirtſchaftlich den Zweck, das Angebot dieſer Ware zu ſteigern; wo dieſer Zweck nicht erreicht werden kann, z. B. bei alten Kunſtwerken, iſt der hohe Preis vom Übel. Der Lohn iſt der Preis der Arbeitskraft. Der hohe Lohn einer beſondern Arbeitsgattung hat volkswirtſchaftlich den

Zweck, das Angebot dieſer Arbeitsgattung zu ſteigern, und ſinkt dann wieder herab. Wo dieſer Zweck nicht erreicht werden kann, iſt der hohe Lohn vom Übel. Als extreme Fälle dieſer Art ſind die Gagen unſrer Kunſtvirtuoſen und die Rechnungen ärztlicher Autoritäten bekannt genug. gänzlich fehlt ein ſolches gemeinſchädliches Lohnelement vielleicht nur bei wenigen qualifizierten Arbeitsarten; insbeſondre liegt es beim Unternehmer nahe, daß ſich mit der ſeiner Leiſtung gebührenden Entſchädigung eine darüber hinausgehende Extraeinnahme monopoliſtiſcher Natur, eine Tantieme des Kapitalzinſes verbindet. Die Abſicht des Sozialismus, ſolche Auswüchſe zu beſeitigen, iſt bezüglich des Unternehmers ausdrücklich und nachdrücklich bezeugt und bezüglich der andern Beiſpiele vorauszuſetzen; es iſt kaum zweifelhaft, daß große Ärzte auch bei erheblich mäßigerer Bezahlung ihr Licht nicht unter den Scheffel ſtellen würden, beſonders wenn ſie auf ihrer Hände Arbeit angewieſen ſind; das Mittel, um hier Wandel zu ſchaffen, hätte der Sozialismus in Geſtalt einer Taxe.

Ganz anders ſteht aber die ſozialiſtiſche Theorie der innerlich motivierten Lohnverſchiedenheit gegenüber. Niemand hat rückhaltloſer als Laſſalle die Berechtigung anerkannt, höhere Leiſtung höher zu belohnen; ja dieſer hat ſelbſt die Konſequenz nicht geſcheut, daß an der von ihm erſtrebten Steigerung des durchſchnittlichen Arbeitslohnes der geiſtige Arbeiter entſprechend partizipieren müſſe. Als Autorität der andern ſozialdemokratiſchen Fraktion ſei der Bebel des Jahres 1872 genannt, der in einer damals erſchienenen, aber noch heute von Parteiwegen verbreiteten Broſchüre die verſchiedene Bezahlung verſchiedener Thätigkeiten beibehält. Dem gegenüber proklamiert der ſpätere Bebel in ſeinem Buche über die Frau die gleichmäßige Entſchädigung für höhere und niedere Arbeit, nachdem inzwiſchen Engels den qualifizierten Lohn mit der Begründung abgewieſen hatte, die die Lohndifferenz rechtfertigenden Ausbildungskoſten des Arbeiters würden im Sozialismus aus öffentlichen Mitteln aufgebracht und dürften daher nicht dem Einzelnen zu gute kommen; mit Genugthuung wies Marx 1871 darauf hin, daß in der Pariſer Kommune der öffentliche Dienſt gegen Arbeiterlohn geleiſtet worden ſei; — während anderſeits noch

jüngstens die alte Meinung in der Reichstagsfraktion vertreten wurde.

Gehen wir bis zum Jahre 1875 weiter, so lehrt das noch heute giltige Gothaer Programm: Allen arbeitenden Gesellschaftsgliedern gehört das ganze Arbeitsprodukt, „jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen." Was will das sagen? Im Protokoll der Gothaer Verhandlungen suchen wir vergebens Belehrung. Zunächst könnte man versucht sein, die Betonung der vernunftgemäßen Bedürfnisse auf die vorhin erwähnte Bedürftigkeit geistiger Arbeit zu beziehen (geistige Arbeit gedeiht nicht ohne ein gewisses Maß von Komfort); allein diese Auslegung, auch wenn sie nicht durch die einzige dürftige Andeutung des Protokolls ausgeschlossen wäre, würde sicher viel zu eng sein.*) Vielmehr wird hier offenbar von einem radikal entgegengesetzten Standpunkte aus gesprochen. Hier handelt es sich nicht mehr um die Frage, ob qualifizierte Arbeit besser zu bezahlen ist als mechanische, hier wird überhaupt nicht mehr nach dem Maßstabe geleisteter Arbeit verteilt, sondern jeder bekommt geradezu soviel er bedarf.**)

Der Sinn dieser kurzen aber grundlegenden Andeutung scheint indes in den maßgebenden Kreisen der Parteiführung entweder kein Verständnis oder keine Anerkennung gefunden zu haben; nach dem Vorgang einer Mostschen Schrift vom Jahre 1876 wird in einer 1885 erschienenen Broschüre von offiziösem Charakter frischweg als letztes Ziel der sozialistischen Verteilungslehre das uns aus Bellamy wohlbekannte Prinzip der „absoluten Gleichheit aller Einkommen" genannt; ein Prinzip, das weder mit der programmmäßigen Löhnung nach dem Bedürfnis noch mit der Löhnung nach der Leistung noch mit Lassalles und Bebels Prämiierung der höhern Arbeit in Einklang gebracht werden kann.

*) Auf die hier abgewiesene Deutung ist dennoch verfallen der bekannte Sozialdemokrat Bracke in einer Schrift vom Jahre 1873, also vor dem Gothaer Programm.

**) Die Prämiierung höherer Arbeit wäre dabei übrigens doch nicht notwendig ausgeschlossen. Wenn man dem Wortlaut Gewalt anthun will, ließe sich sogar eine Kombination von Verteilung nach dem Bedürfnis und nach der Leistung denken. Ferner könnte in Frage kommen, ob nicht mit der Zeit „Herkommen und Bedürfnis" die Verteilung bestimmen sollen, wie dies Engels von dem altindischen Gemeinwesen und den südslawischen Familiengemeinschaften rühmt.

Nun müssen wir noch einen weitern Besuch bei Bebels „Frau“ machen; dieselbe will (wie erwähnt) alle Arbeitsarten gleichmäßig belohnen, aber ihre Verteilungsprinzipien sind damit nicht erschöpft; ihr Maßstab ist die Arbeitszeit pure et simple. Dies ist etwas ganz Neues: es widerspricht Lassalle; es widerspricht der Einkommensgleichheit, denn Bebel läßt ausdrücklich Überstunden der Einzelnen nach Belieben zu; es widerspricht der Löhnung nach der Leistung, denn Bebel will ausdrücklich den schnellen Arbeiter ebenso bezahlen wie den langsamen; es widerspricht vor allem dem Programm.

Vollmar empfiehlt als Verteilungsmaßstab die Anstrengung, die natürlich weder mit der Leistung noch mit der Arbeitszeit noch mit den andern genannten Maßstäben übereinkommt.

Der Vollständigkeit halber sei noch auf eine gelegentlich auftauchende Theorie hingewiesen, die ich aus den Parteischriften allerdings nicht zu belegen weiß, nach der die grobe Arbeit zu prämiieren, die dürftiger belohnte geistige Arbeit mit dem in ihr selbst liegenden Lohne zu vertrösten ist.

Und bei alledem ist von keinem dieser Wortführer auch nur Bezug genommen auf den Widerspruch seiner Vorgänger.*) Auch existiert meines Wissens an keiner andern Stelle eine Auseinandersetzung über den Streitpunkt. Dagegen gelegentlich als Variante der allgemeinen Behauptung, „die Organisation der sozialistischen Gesellschaft werde sich schon von selbst machen,“ die Behauptung, daß der Verteilungsmodus cura posterior sei, „wenn man nur erst zu verteilen habe.“ Daran ist so viel richtig, daß der Verteilungsmodus von der sonstigen sozialistischen Organisation in gewissen Grenzen unabhängig bleibt. Aber für nebensächlich zu erklären, ob die gesamte Volkswirtschaft durch Belohnung der Leistung auf die psychologische Triebfeder des individuellen Selbstinteresses ge-

*) Die einzige Spur einer solchen Bezugnahme finde ich in Bebels Vorwort zum unveränderten Neudruck der erwähnten 1872er Broschüre (1885). Er sagt, er könne sich mit dem eigentlich positiven Teil seiner damaligen Ausführungen nicht mehr allenthalben einverstanden erklären, da seine Anschauungen „mit der Entwicklung der Bewegung weiter vorgeschritten“ seien. Er veröffentliche daher den Neudruck erst nach längerm Zögern und ungeändert, da der Versuch einer Umarbeitung den ganzen Inhalt in Frage gestellt hätte.

gründet werden soll, und ob durch Prämiierung der höhern Arbeit dem Streben und Ehrgeiz der ganzen Bevölkerung diese dem Interesse des Ganzen entsprechende Richtung gegeben werden, eine nach der Arbeitsqualität unterscheidende soziale Klassenbildung geschaffen werden soll, ist eine Dreistigkeit.

Auch die schon erwähnte abstrakte Versicherung, die neue Verteilung ergebe sich aus der neuen Produktionsweise von selbst, hält nicht, was sie verspricht. Wenn die Verteilung von der Produktionsweise beeinflußt wird, wird sie darum noch lange nicht von ihr bestimmt. Die stereotype Behauptung gewinnt etwas greifbarere Gestalt in dem Buche, das Engels mit Marx gemeinschaftlich gegen Dühring geschrieben hat. Engels nennt hier als auf die Verteilung wirkenden Faktor neben der Produktions- (und Austausch-) Weise noch „die geschichtlichen Vorbedingungen der jeweiligen Gesellschaft." Was mit letztern gemeint sei, wird nicht mitgeteilt. Engels beginnt nun zu exemplifizieren. In der primitiven Stamm- oder Dorfgemeinde mit gemeinsamem Grundeigentum verstehe sich eine „ziemlich gleichmäßige" Verteilung der Produkte ganz von selbst. Der landwirtschaftliche Großbetrieb setze stets eine ganz andere Verteilung voraus als Kleinbetrieb. Da landwirtschaftlicher Kleinbetrieb nun ziemlich gleichmäßige Verteilung zuläßt, so sollte man glauben, der landwirtschaftliche Großbetrieb erfordere notwendig ungleiche Verteilung; da aber im Sozialismus die Landwirtschaft im großen betrieben werden soll, so ergiebt sich, daß der Sozialismus ungleicher verteilt als die alte Dorfkommune. Ferner: Landwirtschaft im kleinen betrieben lasse verschiedene Teilungsarten zu „je nach den geschichtlichen Vorbedingungen, aus denen sie sich entwickelt hat." Ein Bauerndorf ist bei Wucherern verschuldet, sodaß ein großer Teil des Ertrages sich unter die Wucherer verteilt. Nun gründen die Bauern einen Raiffeisenschen Darlehnskassenverein und gewinnen den ganzen Ertrag für sich zurück. Oder die Hypothekenschulden werden durch Gesetz gestrichen wie in Athen. Hat nun der Kleinbetrieb sich aus andern geschichtlichen Vorbedingungen heraus entwickelt mit dem Augenblicke, als die Raiffeisensche Kasse gegründet oder die Solonische Seisachthie verhängt wurde? Oder soll diese Gründung oder dieses Gesetz eben die von Engels hinein-

geschmuggelte geschichtliche Vorbedingung sein? Dann wünschen wir eben die geschichtliche Vorbedingung zu erfahren, von der der Sozialismus seine Verteilung abhängen lassen will.

Zur bessern Einsicht in den Thatbestand füge ich hinzu, daß die Verteilung nach dem Bedürfnis — eine Formel aus dem französischen Sozialismus — dem Marxschen Ideale entspricht. Man denke der Veranschaulichung halber an eine Ordnung gleich der in einer großen Familienwirtschaft, wo jedes Glied nach Kräften zum gemeinsamen Unterhalt beiträgt und ohne Rücksicht auf das Maß seiner Kräfte mit allen Bedürfnissen versorgt wird. Die Utopisten stellen sich die Form der Verteilung nach dem Bedürfnis herkömmlich seit Plato nach Art der lacedämonischen Syssitien vor, die auf den ältesten Kommunismus der menschlichen Geschichte zurückweisen: also eine Art Großbetrieb der Konsumtion. Diese Gemeinschaftlichkeit der Mahlzeiten und Genüsse ist indes keineswegs eine notwendige Folge des Prinzips, und man wird sich erinnern, daß Bellamy sie nicht angenommen hat. Ebenso wenig folgt aus der Verteilung nach dem Bedürfnis die kühne Phantasie des englischen Verfassers der Utopia (1516),*) daß jeder von den Vorräten bekommt, so viel er will; es könnte auch jedem zudiktiert werden, wie weit sein Bedürfnis reiche. Vielleicht wählt Marx einen gemäßigten Mittelweg; vielleicht würden bei der Verteilung wohl die individuellen Wünsche weitgehend berücksichtigt, aber doch von den Verteilungsbeamten korrigiert und beschnitten, soweit sie vom Gesichtspunkte einer gewissen Gleichmäßigkeit und vom Gesichtspunkte der Grenzen des Arbeitsertrages nicht „vernunftgemäß“ sind. Es wäre indes auch ein unbeschränktes Aneignungsrecht der Einzelnen wenigstens für den Kreis der notwendigsten Unterhaltsmittel nicht gänzlich utopisch, weil eben viele Bedürfnisse eine natürliche Grenze haben. Schon die alten englischen Nationalökonomen wissen auseinanderzusetzen, daß die mittelalterlichen Großgrundbesitzer, als es noch keinen Kapitalismus und keinen Getreidehandel gab, den Überfluß ihrer Bodenfrüchte unmöglich selbst genießen konnten, sondern zu verschenken genötigt waren. Es sind

*) Für diese utopische Freigebigkeit entscheidet sich der Sozialdemokrat Stern.

nicht die schlechtesten Gastwirte, die den Grundsatz befolgen, ihre Gäste, die eine Mahlzeit bezahlen, bis zur Sättigung zu speisen, aber freilich nur selten auch die billigsten. Wenn im Zukunftsstaate Table d'hote gespeist werden sollte, so würde ohnehin Sitte und gegenseitige Kontrolle der Unbescheidenheit Schranken ziehen.

Der Grundsatz einer Verteilung nach dem Bedürfnis spricht eindringlich genug für sich selbst. Dennoch hat man nicht versäumt, ihn durch eine gesuchte Argumentation zu unterstützen. Wenn ich eine Stelle bei Engels richtig auffasse, wird deduziert, 1. daß weil Arbeit den Wert (Tauschwerth) bilde, sie selbst nicht am Wert gemessen werden könne, also (— sophistisch —) eine nach der geleisteten Arbeit abgestufte Entgeltlichkeit ein Unding sei. (In den heutigen Verhältnissen sei nicht die geleistete Arbeit entgeltlich, sondern die sie leistende Arbeitskraft oder der Unterhalt des Arbeiters.) 2. „Die Verteilung, soweit sie durch rein ökonomische Rücksichten beherrscht wird, werde sich regeln durch das Interesse der Produktion, und die Produktion werde gefördert am meisten durch eine Verteilungsweise, die allen Gesellschaftsgliedern erlaube, ihre Fähigkeiten möglichst allseitig auszubilden, zu erhalten und auszuüben."

Ohne Zweifel ist durch Marx' Jünger Liebknecht, den eigentlichen Träger und Hüter der Theorie innerhalb der Partei, der 1874 das alte, damals vor dem Vereinigungskongreß für seine Fraktion noch gültige Programm für „einen 1869 notwendig gewesenen Kompromiß der sozialistisch-kommunistischen Auffassung mit dem Lassalleanismus" erklärte, dies recht eigentlich kommunistische*) Element der Verteilung nach dem Bedürfnisse in das 1875er Gothaer Vereinigungsprogramm hineingeschoben worden; das 1869er Programm redet nur in Lassallescher Sprache vom „vollen Arbeits-

*) Kommunismns ist der ältere Name für Sozialismus; nach dem heutigen überwiegenden Sprachgebrauch bezeichnet Kommunismus den Sozialismus mit dem Prinzip der Verteilung nach dem Bedürfnisse; Marx ist also in doppeltem Sinne Kommunist, sowohl als alter 48er wie wegen seines Verteilungsgrundsatzes. Die Sozialisten selbst (z. B. Liebknecht) wollen übrigens die Vokabel Kommunismus in demselben farblosen Sinne gebraucht sehen wie Sozialismus, sodaß die Beschränkung des Gemeineigentums auf die Arbeitsmittel (der auf französisch neuerdings sogenannte collectivisem) eine Unterart des Kommunismus wäre.

ertrag für jeden Arbeiter," worunter sich schließlich beinahe alles verstehen läßt. Das 1875er Programm als abermaliges Kompromißprogramm unterliegt den Einflüssen des „Fortschritts der Bewegung". Es ist richtig, daß das Programm gleich bei seiner Entstehung als provisorischer Kompromiß nachdrücklich bezeichnet worden ist; man hatte damals sogar eine Revision nach zwei Jahren in Aussicht genommen, offenbar im Sinne einer völligern Beseitigung der Lassalleschen Schlagworte: der Staatshilfe, der Produktivgenossenschaften als Übergangsmittel und des ehernen Lohngesetzes, das Liebknecht übrigens schon bei den Gothaer Verhandlungen als Referent vergeblich bekämpfte, und das auch Bebel vor einigen Jahren öffentlich desavouierte. Der Eigensinn des Lassalleschen Anhangs zeigte sich etwas langlebiger, als man erwartet hatte, und erlebte noch das Sozialistengesetz (1878). Dagegen trat im letztvergangenen Jahrzehnt der „Fortschritt der Bewegung" in einer zuletzt offenkundig zunehmenden Indifferenz nach der theoretischen Seite zu Tage. Als daher seit 1887 die Programmreform endlich in Fluß kam und seit dem Hallenser Kongreß (Oktober 1890) energisch in Angriff genommen wurde, konnte es kaum zweifelhaft sein, daß der zielbewußte Veteran Liebknecht, der auch seit 1887 in der betreffenden Kommission saß, die Marxschen Grundsätze zum schärfern Ausdruck bringen würde. In Halle ist dies zum Überfluß ausgesprochen worden. Zweifelhaft war jedoch, ob dasselbe auch mit dem kommunistischen Verteilungsprinzip der Fall sein würde, mit dem Marx selbst in seinen Schriften zeitlebens ziemlich zurückhaltend gewesen ist. Seitdem jedoch in den ersten Wochen des Jahres 1891 in der „Neuen Zeit" aus Marx' Nachlaß ein Schriftstück veröffentlicht ist, das neben andern Belehrungen das von Marx gebilligte Verteilungsprinzip auch unbelesenern Augen enthüllt, ist wenigstens eine ausdrückliche Negation dieses Prinzips im Programm ohne das Risiko eines Skandals kaum noch möglich. Nach Liebknechts Andeutungen in Halle geht die Absicht dahin, den Ausdruck des Programms, das gesamte Arbeitsprodukt gehöre allen Mitgliedern der Gesellschaft nach gleichem Recht, vor der Deutung einer Verteilung zu gleichen Teilen sicherzustellen, mehr den Charakter der Gemeinschaftlichkeit in Produktion und Verteilung zu

betonen und für die „vielverspotteten“ vernunftgemäßen Bedürfnisse eine „etwas glücklichere Fassung“ zu finden. Es ist nicht sicher vorauszusehen, ob diese glücklichere Fassung eine schärfere Präzisierung oder eine wohlthätige Verschleierung des kommunistischen Prinzips sein wird.

Gilt das Marxsche Verteilungsprinzip in seiner schroffen Form, so müßte aller Warenaustausch, alle Verrechnung desjenigen, was der Einzelne abgiebt, gegen das, was er empfängt, aufhören. Aller Handel, ob zentralisiert oder nicht, alle Preisbildung und Preistaxen wären überflüssig. Ich muß daher an dieser Stelle alles widerrufen, was ich über die Regelung dieser Angelegenheiten von seiten der Zentralstelle gesagt habe. Die Zentralstelle, indem sie den Produktionsplan aufstellt, müßte zwar immer noch die in jedem Produkt steckende Arbeitsmenge veranschlagen, um unnötige Arbeit zu sparen, sie würde auch die Nachfrage des Publikums noch berücksichtigen, aber sie würde keine Preise mehr machen, und sie wäre an diese Gesichtspunkte nicht unbedingt gebunden. Sie ist weitsichtiger als die Herde der Käufer und ersetzt manches billigere Produkt wohlweislich durch ein mehr Arbeit kostendes; sie ist über den gesellschaftlichen Zwang erhaben und schließt manches marktgängige Modeprodukt 2c. vom Produktionsplane aus; sie bevormundet die Konsumtion. In der Fachsprache ausgedrückt: für den Produktionsplan sind nicht mehr nur die Tauschwerte (wie jetzt), sondern daneben die Gebrauchswerte jedes Produkts maßgebend.

Wie sind aber die Widersprüche der abweichenden Verteilungsprinzipien möglich? Lediglich durch die Indifferenz, die in theoretischen Dingen in der Partei herrscht. Man lese nur das leider selten gewordene Protokoll der 1875 in Gotha über das Programm geführten Verhandlungen: sie drehen sich, wenn man von dem mit gewohnter Virtuosität abgefaßten Referate Liebknechts absieht, um die unglaublichsten Nichtigkeiten und um den Streit über die Beibehaltung liebgewordener Schlagwörter ohne einen Funken selbständiger Einsicht, nur flüchtig unterbrochen durch die Querköpfigkeiten einzelner Autodidakten. Das dürftige, der Versammlung oktroyierte Programm sollte durch eine Broschüre „erläutert“ werden, die aber

meines Wissens ausgeblieben ist, bis 1885 mit Benutzung eines französischen Originals die schon erwähnte anonyme kleine Schrift*) zu stande kam, die allgemeine Einkommensgleichheit als Ziel voraussetzt — wahrscheinlich in Anlehnung an den nichtssagenden Ausdruck: Verteilung „nach gleichem Recht," der sich im Programm vorfindet.

Selbst diese Leistung scheint gegenüber dem in der Partei vorhandenen auch nur rezeptiven Belehrungsbedürfnis fast als eine Überproduktion. Die Buchhandlung des „Vorwärts," die das Lager der Hottinger Volksbuchhandlung übernommen hat, vertreibt noch heute nach dem ungeahnten Wachstum der Partei die erste Auflage der genannten Broschüre. Während der ganzen Zeit des Sozialistengesetzes wurde der wiederholten Aufforderung zur Diskussion des Programms nach Liebknechts eigner Aussage „so gut wie nicht" entsprochen; „nur von wenigen Genossen wurden einige vereinzelte und fast bloß untergeordnete Fragen angestreift, zu einer eingehenden Erörterung, zu einer Diskussion des Programms kam es nicht." Selbst ein auf dem Kongreß von 1887 gefaßter Beschluß, die öffentliche Auseinandersetzung über das Programm nun endlich zu beginnen, blieb trotz eindringlicher Aufrufe des Londoner Parteiorgans ebenso wirkungslos. Auf dem letzten Hallenser Kongresse durfte Liebknecht unter einem Heiterkeitsausbruche der versammelten Mandatsträger proklamieren, „daß unter dem Sozialistengesetz zwar eine kampfesmutige Generation herangewachsen ist, daß aber die theoretische Ausbildung etwas Not gelitten hat unter den Erfordernissen des Kampfes"; ein andrer badensischer Redner bemerkte, die Versammlung werde ihm darin zustimmen, „daß sogar einzelnen Genossen die Bestimmungen des Programms vielfach unbekannt sind," und ein dritter (Berliner) Delegierter teilte mit, ihm sei gestern privatim die Meinung ausgesprochen worden, eine Programmdiskussion habe keinen Wert, er selbst würde es aber für eine bedenkliche Blamage halten, wenn man diesen so laut angekündigten Punkt der Tagesordnung unter den Tisch fallen lasse.

*) Gesellschaftliches und Privateigentum. Ein Beitrag zur Erläuterung des sozialistischen Programms. Heft 1 der Sozialdemokratischen Bibliothek. Hottingen-Zürich, Volksbuchhandlung. 10 Pfennige, früher 20 Pfennige. Für den Verfasser halte ich Bebel.

Noch wesentlich verwunderlicher ist die schon bezeichnete Stellungnahme Bebels in seinem Werk über die Frau. Bebel ist bekanntlich an Bildung ein Parvenü, ein enragierter Autodidakt aus den Arbeiterbildungsvereinen der sechziger Jahre, der mit seinem ehrlichen gesunden Menschenverstande die orakelnden Sprüche von Marx und Engels sich zurechtlegt und popularisiert. Hier ist es ihm nun passiert, daß er den allerdings tief verschleierten Kommunismus von Marx verkannt, trotzdem aber dessen kommunistischen Jargon beibehalten hat. In Bebels Volkswirtschaft dauert die Entgeltlichkeit zwischen Geben und Empfangen fort, die Produkte werden gekauft und verkauft (letzteres ausschießlich vom Staate) und bleiben deshalb Waren; der viel verketzerte Tauschwert fährt fort, die Verteilung zu beherrschen; ein Tauschmittel (Geld) bleibt notwendig; der Staat bleibt auf die Gutwilligkeit der Käufer angewiesen, die vielleicht ihr Geld lieber sparen, wenn ihnen der augenblickliche Produktionsplan nicht konveniert, und dann ihre angesammelte Kaufkraft plötzlich auf Einen Artikel werfen; die Schwierigkeit des Produktionsplans wäre hier in Bebels Staat viel größer als der Meinung seines Meisters entspricht. Daneben aber hält er an Marx' Lehre von der ausgespielten Rolle des Tauschwerts fest, versichert, daß die Begriffe billig und teuer in der künftigen Gesellschaft nicht mehr existieren, und beteuert, daß die Konsumtionsfähigkeit nicht mehr von der Kaufkraft abhängen werde! Von Geld und Ware werden komischerweise nur die Namen abgeschafft,*)

*) Von Abschaffung des Geldes zu sprechen, wo ein allgemeines Tauschmittel beibehalten wird, erlaubt sich übrigens nicht Bebel allein. Wahrscheinlich ist er durch Engels verführt. Was dieser in seinem Buch gegen Dühring über das Geld sagt, macht weder seiner Offenheit noch dem Scharfsinn seines Publikums Ehre. Die Ausführungen daselbst treffen übrigens zum Teil auch Bebels Standpunkt. Einzuräumen ist selbstverständlich, daß das Geld im sozialistischen Staate nicht mehr Arbeitsmittel kaufen und darum auch nicht mehr so leicht zinsbar angelegt werden kann. Aber mit der Eintauschbarkeit gegen Arbeitsmittel, die es mit allen andern Gütern teilt, ist das Sündenregister des Geldes bei weitem nicht erschöpft. Geld ist vor allem 1. die Inkarnation des Entgeltlichkeitsprinzips, der „gefühllosen baren Zahlung"; 2. allgemeinstes und nach juristischer Terminologie „abstraktes" wirtschaftliches Machtmittel, nach dessen Herkunft nicht gefragt wird: „non olet." Vergl. auch Marx: „Das Geldsystem ist ein notwendiges Produkt des Austauschprozesses, worin verschiedenartige Arbeitsprodukte einander thatsächlich gleichgesetzt und daher thatsächlich in Waren verwandelt werden." Noch einschlägiger ist, was Marx über einen

während Bellamy wenigstens ein Geld einführt, das nicht übertragbar und in der Regel nur bis zum Jahreswechsel giltig ist. Ein ferneres Beispiel: einmal sagt Bebel wörtlich, wenn jemand findet, daß seine Bedürfnisse geringer sind, als was er für seine Leistung erhält, so arbeitet er entsprechend kürzere Zeit; ein andresmal: die Gesellschaft hat das Recht, zu fordern, daß jeder, der seine Bedürfnisse befriedigen will, auch nach Maßgabe seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten an der Erzeugung der Produkte zur Befriedigung der Bedürfnisse thätig sei! An noch andrer Stelle versteigt er sich zu dem unergründlichen Satze, die sozialistische Gesellschaft solle den Austausch von Gegenständen gleichen Gebrauchswertes unter ihren Gliedern bewerkstelligen! und das als Frucht der Lektüre eines Marx, der mit seinen Gebrauchs- und Tauschwerten mit so seltner Virtuosität Fangball zu spielen verstand.

Wie Marx über entgeltliche Verteilung dachte, ist in seinen ältern Schriften mit mehr als genügender Offenheit und Ausführlichkeit zum Ausdruck gebracht worden. Die Unbekanntschaft mit diesen Schriften hat indeß noch bei ganz andern Leuten als Bebel, und zwar sowohl innerhalb als außerhalb der Partei, das Mißverständnis möglich gemacht, die Marxsche Wertlehre sei ein Rezept für die Zukunft, nicht eine Analyse der Gegenwart, und Marx selbst wolle den Arbeitswert zum ausschließlichen Maßstab der Verteilung machen. Ein eigentümlicher Zufall hat unmittelbar nach der neuen Auflage des Bebelschen Werkes das schon erwähnte Schriftstück aus Marx' Nachlaß an die Öffentlichkeit gebracht: eine Kritik des Entwurfs zum Gothaer Programm. Es ist, als ob Marx hier ein prophetisches Gericht übte. Aus Anlaß der Vokabel „Arbeitsertrag," in der er das später von Bebel begangene Mißverständnis wittert, schreibt er: „Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus"; und entwickelt dann in

---

Vorgänger Bebels, den englischen Sozialisten Gray, im Jahre 1859 schrieb: „Was bei Gray versteckt und namentlich ihm selbst verheimlicht bleibt, nämlich daß das Arbeitsgeld eine ökonomisch klingende Phrase ist für den frommen Wunsch, das Geld, mit dem Geld den Tauschwert, mit dem Tauschwert die Ware, und mit der Ware die bürgerliche Form der Produktion loszuwerden . . ."

der unmißverständlichsten Form, daß nach Beseitigung des Privateigentums an den Arbeitsmitteln die Entgeltlichkeit mit Hilfe von Arbeitsscheinen (Geld) nur provisorisch gelten dürfe, so lange die neue Gesellschaft noch mit den Muttermalen der alten behaftet sei, aus der sie hervorgegangen. „Das gleiche Recht" (bei der Verteilung) „ist hier immer noch dem Prinzip nach — das bürgerliche Recht." Dabei findet Marx es selbstverständlich, daß nicht die Arbeitszeit, sondern nur die Arbeitsleistung Maßstab der Entgeltlichkeit sein könne; und in der That setzt Bebel mit seinem die Faulheit herausfordernden Zeitlohn,*) der weder der verteilenden noch der austauschenden Gerechtigkeit Genüge thut, sich zwischen zwei Stühle.**)

Das Marxsche Elaborat war, wie Engels berichtet, 1875 zur Mitteilung an fünf Parteiführer, darunter Bebel, bestimmt. Bebel muß dasselbe aber seither aus dem Gedächtnis gekommen sein. Es heißt, seine Veröffentlichung sei durch einen Zufall ohne Bebels Genehmigung erfolgt.

Das Bebelsche Buch enthält die eingehendste Zukunftsbeschreibung, die meines Wissens die Parteilitteratur besitzt. Es ist nach

---

*) Der heute sogenannte Zeitlohn ist im Grunde auch Stücklohn. Wenn ein Maurer für 40 Pfennig Stundenlohn engagiert wird und leistet in der Stunde nur soviel wie andre in $^3/_4$ Stunden, so wird er nächstes Mal auf 30 Pfennige herabgesetzt. Umgekehrt wird allerdings der Stücklohn durch eine gewisse Rücksicht auf das Existenzminimum mitbestimmt; bei den im Stücklohn arbeitenden Bergleuten ist es eine bekannte Kalamität, daß sie ihre Leistungskraft nicht voll anstrengen, weil sie fürchten, im Falle einer Mehrleistung für die nächste Lohnperiode verkürzt zu werden. Dennoch darf man sagen, daß bei beiden Lohnarten die Leistung der charakteristische Maßstab ist.

**) Vgl. auch Engels contra Dühring: „Soll die Gleichwertigkeit der Arbeitszeit den Sinn haben, daß jeder Arbeiter in gleichen Zeiträumen gleiche Werte produziert, ohne daß man erst einen Durchschnitt zu nehmen hätte, so ist das augenscheinlich falsch. Bei zwei Arbeitern, auch desselben Geschäftszweigs, wird sich das Wertprodukt der Arbeitsstunde immer nach Intensität der Arbeit und Geschicklichkeit verschieden stellen; diesem Übelstand, der indes nur für Leute à la Dühring einer ist, kann nun einmal keine (sozialistische) Wirtschaftskommune, wenigstens nicht auf unserm Weltkörper, abhelfen"; (Dühring legt wie Bebel den reinen Zeitlohn seinem System zu Grunde, bleibt sich übrigens in diesem Punkte nicht konsequent); und Liebknecht auf dem Hallenser Kongreß: „Bei der genossenschaftlichen Produktion wird es nicht möglich zu machen sein, das Arbeitsprodukt jedem Einzelnen ..... in mechanisch gleichen Teilen zu gute kommen zu lassen."

dem Gesagten nicht verwunderlich, daß man den Verfasser veranlaßt hat, seine Zukunftskonstruktion in der Einleitung ausdrücklich als sein privates und für die Partei nicht maßgebendes Machwerk zu deklarieren.

5. Der Sozialismus ist von der Regel nicht ausgenommen, daß jede große Bewegung, die auf einer allgemeinen Idee beruht, die nationalen Schranken übersteigend, eine *internationale* Gemeinschaft bildet. Die ehemalige internationale Arbeitergesellschaft von Karl Marx war der vollkommenste Ausdruck dieser Tendenz. Obgleich durch die deutschen Vereinsgesetze eine förmliche Eingliederung der Sozialdemokratie in diesen Verband verhindert war, sorgte doch Marx' Apostel in Deutschland, Liebknecht, sowohl für die teilweise bis in den Wortlaut hinein gewahrte Übereinstimmung des deutschen Programms wie für die Pflege solidarischer Beziehungen zu den ausländischen Sozialistenparteien.

Die Sozialdemokratie ist aber nicht nur in Bezug auf die Agitation international, sondern auch, und darauf kommt es hier an, in ihren Vorstellungen von der künftigen Wirtschaftsorganisation. Nicht sowohl in jenem erstern als in diesem zweiten Sinne war Lassalle Gegner des Internationalismus.

Zur Verdeutlichung muß hier auf Marx' materialistische Geschichtsauffassung Bezug genommen werden. Nach dieser gehört auch der Staat in seinen geschichtlich wechselnden Formen zu den Erzeugnissen der jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse; der künftige Weltmarkt, oder was im sozialistischen Gewande diesem entspricht, erfordert daher mit Notwendigkeit einen Weltstaat, wie ja auch manche Politiker schon heute der Überzeugung sind, daß die politisch-wirtschaftlichen Staatengebilde der Zukunft notwendig weit über die gegenwärtigen Staatsgrenzen hinausgreifen werden. Ein Weltstaat mit modernen Bevölkerungsziffern könnte selbstverständlich nur sehr locker gefügt sein, und hier trifft die Konsequenz des Marxschen Internationalismus mit dem Marxschen Staatsideal zusammen, von dem noch zu sprechen sein wird.

Lassalle war diesem Internationalismus entgegen, weil er vom *Staate* ebenso hoch wie Marx gering von ihm dachte. Er

schnitt daher seine Vorschläge auf den nationalen Rahmen zu; der tiefere Gegensatz des „nationalen“ Lassalle und der „internationalen“ Marx, Liebknecht, Bebel lag aber auf staatsphilosophischem Gebiet.*)

Die internationale Gesellschaftsform würde auf einer internationalen, aber stark dezentralistischen wirtschaftlichen Leitung beruhen. Eine internationale statistische Behörde, die „vielleicht insgesamt soviel kosten würde, als heute ein paar unsrer gänzlich unnützen Gesandtschaften erheischen“ (Bebel), hätte den Produktionsplan zu entwerfen. Die statistischen Erhebungen der ehemaligen Internationalen Arbeitergesellschaft waren als experimentelle Vorbereitung einer solchen Organisation gedacht.

Am Schlusse dieser Bemerkungen über die sozialistische Volkswirtschaft wäre es angezeigt, durch einen Rückblick auf die tiefgreifende organische und demokratische Umgestaltung des gesamten Wirtschaftskörpers die Ergebnisse nochmals zu veranschaulichen. Dieser Zweck der Veranschaulichung ist indessen in dem den meisten Lesern vielleicht schon vertrauten Werke des Amerikaners Bellamy trotz mancher Abweichungen von den deutschsozialistischen Zielen vollständiger erreicht worden,**) als es hier geschehen könnte. Ich beschränke mich daher auf einige Bemerkungen.

a) Privateigentum bleibt an allen für den Einzelnen brauchbaren Gegenständen erhalten, ausgenommen vielleicht Haus und Garten, die aber noch privatim benutzt werden können. Eine Fabrik wäre für den Einzelnen unbrauchbar; sie nützt ihm jetzt nur, indem sie ihn in den Stand setzt, andre Leute zur Lohnarbeit zu nötigen. Der Vererbung des Privateigentums steht nichts im Wege; Bebel will ausdrücklich dieselbe nicht ausschließen; das

*) Es braucht kaum bemerkt zu werden, daß Lassalle so wenig Chauvinist war, wie Marx als echter Achtundvierziger sich dem Einfluß der patriotischen Idee völlig zu entziehen vermochte. Der Nationalkrieg, schreibt Marx 1871, ist der höchste heroische Aufschwung, dessen die alte Gesellschaft noch fähig war; freilich fügt er hinzu: und dieser erweist sich jetzt als reiner Regierungsschwindel.

**) Die neueste deutsche Utopie, der von dem Wiener Journalisten Theodor Hertzka verfaßte Roman „Freiland“ (Leipzig, 1890), ruht auf gänzlich andrer Grundlage und empfiehlt sich für den angegebenen Zweck nicht.

1848 von Marx und Engels veröffentlichte kommunistische Manifest spricht jedoch von Abschaffung des Erbrechts: eine Reminiszenz an den Sozialisten Bazard, der schrieb, ehe der auf Gemeineigentum an den Arbeitsmitteln begründete Sozialismus erfunden war.

b) In wessen Eigentum die Arbeitsmittel und die noch nicht verteilten Arbeitsprodukte stehen, ist schwer zu sagen, weil Eigentum ein vieldeutiger Begriff ist. Hält man den für den Eigentümer einer Sache, der über dieselbe verfügen darf, so ist Eigentümer der Arbeitsmittel zunächst die betreffende Produktivgenossenschaft, die mit ihnen täglich hantiert, in zweiter Linie die öffentlichen Beamten oder Beamtenkollegien, die den Produktivgenossenschaften ihre Arbeitsmittel zuweisen, in dritter Linie die Gesamtheit, die diese Beamten anstellt, in vierter Linie diejenigen, die über die mit den Arbeitsmitteln hervorgebrachten Arbeitsprodukte verfügen. Über die Arbeitsprodukte vor ihrer Verteilung verfügen wieder teils die Produktivgenossenschaften, teils die mit dem Verschleiß betrauten Organe, teils die hinter diesen stehende Gesamtheit. Es besteht also in gewissem Sinne an den Arbeitsmitteln und ihren Erträgen Gemeineigentum, aber wenn die Gesamtheit sich zur Ausübung dieses ihres Eigenthums nicht sehr geschickt organisiert, so kann es kommen, daß ihre Organe thatsächlich mehr Verfügung über den zu besitzenden Gegenstand haben als sie selbst.

c) Die sozialistischen Produktivgenossenschaften würden etwas wesentlich Anders sein, als was heute diese Bezeichnung trägt. Die heutigen Produktivgenossenschaften nehmen erstens Profit und sind zweitens der mörderischen Konkurrenz unterworfen, die das heutige Erwerbsleben überhaupt beherrscht. Die sozialistische Produktivgenossenschaft produziert, was ihr aufgetragen wird, und ist ihres Absatzes sicher; kein Konkurrent macht ihr denselben streitig; sie braucht noch nicht gleich zu Grunde zu gehen, wenn sie um fünf Pfennig teurer arbeitet als ein Mitproduzent, sie umfaßt vielleicht alle Mitproduzenten in sich. Geringe Ungleichmäßigkeiten in den Produktionskosten, z. B. durch Verwendung von halbinvaliden Arbeitskräften hervorgerufen, brauchen zwar nicht geduldet zu werden, können aber ertragen werden. Den Ausdruck Produktivgenossenschaft habe ich indes faute de mieux beibehalten. Die ältere sozialistische Idee,

aus der die heutigen Produktivgenossenschaften hervorgegangen sind, war auch die von Genossenschaften, die den ganzen Konkurrenzspielraum umfassen und so die Konkurrenz beseitigen; die isolierten, der kapitalistischen Konkurrenz ausgesetzten Produktivgenossenschaften wurden nur aus Not, als unfreiwilliger Übergangszustand zugelassen.

d) Der Arbeiterstand wird durch bessere Erziehung und besseres Einkommen allmählich auf eine höhere Stufe gehoben. Auch seine Beschäftigung würde ihn günstiger als jetzt beeinflussen In erster Linie käme hierfür die reformierte Arbeitsteilung in Betracht. Dazu träte die Teilnahme jedes Einzelnen an leitender Wirtschaftsthätigkeit, zunächst mindestens die Wahl der leitenden Personen, und die noch zu berührende Teilnahme an der Politik. Die höhere finanzielle Wertschätzung auch der geringern Arbeit — sei es in einem entgeltlichen System, sei es bei Verteilung nach dem Bedürfnis — würde die vermehrte Verwendung von Maschinen als wirtschaftlich erscheinen lassen, auch wo sie sich heute nicht rentiert (man denke an die Verbreitung der Maschinerie in den Vereinigten Staaten, wo der Lohn hoch steht); insbesondere die gröbste und unangenehmste Arbeit, die jetzt vielfach durch Menschenkraft sogar zu ermäßigtem Preise geliefert wird, würde von der Maschine übernommen; Bebel rechnet, daß die von der deutschen Reichsstatistik als „Lohnarbeit wechselnder Art" und „häusliche Dienstleistung" zusammengefaßten Thätigkeiten auf die eine oder andre Weise ganz in Wegfall kommen; nach Angabe des neuesten Enthusiasten auf diesem Gebiet wird sogar das Kloakenreinigen mit Hilfe des voraussichtlichen Kloakendesinfektionsmittels der Zukunft „eine völlig geruchlose und ganz appetitliche Beschäftigung" sein. Mit der Dürftigkeit wird nach Bebel die Sitte des Branntweinsuffs schwinden, das Gros der Arbeiter vielmehr in seinen reichlich bemessenen Mußestunden der Wissenschaft und Kunst obliegen, denn bezahlte Wissenschaften und Künste verfallen der Korruption. Verallgemeinerung der Ferienreisen wird nicht nur die Annehmlichkeit des Daseins erhöhen, sondern auch den Gesichtskreis erweitern. Die Arbeitsräume werden mit dem Wegfall des Arbeitgebertums und der Konkurrenz nicht mehr zu Gunsten Unbeteiligter stief-

mütterlich behandelt, sondern zu Gunsten ihrer Bewohner gesund, bequem und schön ausgestattet werden, von der Wohnungsreform gar nicht zu sprechen. So muß sich nach und nach der Bann lösen, der die große Masse der arbeitenden Bevölkerung seit mehreren Jahrhunderten von den Alleinbesitzern der Bildung scheidet. Der Arbeiter bedarf derselben Pflege wie ein verwahrlostes und zum Arbeitstier herabgewürdigtes Kind, das man erst reinigt, kämmt und an saubere Umgebung gewöhnt, ehe man es mit wohlgeratenen Altersgenossen auf gleichem Fuße erzieht.

e) Der verkürzte Arbeitstag, den diese Lebensweise des Arbeiters voraussetzt, ist eine alte Überkommenschaft der Utopisten. Thomas Morus im Anfang des 16. Jahrhunderts glaubte an einen sechsstündigen Arbeitstag, Robert Owen im Anfang des 19. an einen zweistündigen, sein älterer Kollege Godwin an einen halbstündigen, Cabet wieder an einen 6—7stündigen, der Sozialdemokrat Bracke an einen 5—6stündigen, Bebel berechnet unter Berufung auf die moderne Technik und auf die dreisten Aufstellungen des Konjekturalstatistikers Hertzka einen vielleicht 2—4stündigen. Er legt jedoch auf die Stundenziffer kein Gewicht, und in der That würde die sozialistische Einrichtung auch bei 6—8stündiger Arbeitszeit ebenso vorstellbar sein; achtstündige Arbeitszeit ist schon jetzt in Australien und in den Vereinigten Staaten vielfach üblich.

Bellamy verkürzt die Arbeitszeit auch dadurch, daß er den Feierabend des Lebens vorzeitig anbrechen läßt, nämlich mit dem vollendeten 45. Jahre. Ein Analogon zu diesen Staatspensionären bietet Mosts extravagante Idee, die Arbeitspflichtigkeit auf das 18.—28. Lebensjahr zu beschränken.

f) Kostspielige Lebenshaltung und kurzer Arbeitstag, auf die gesamte Bevölkerung angewendet, scheinen die zwei äußersten, einander ausschließenden Extreme menschlicher Annehmlichkeiten zu sein. Mit Recht fragt man, wie denn die verhältnismäßig beschränkte Quantität von Genußgütern, die den obern Zehntausend abgenommen werden kann, hinreichen solle, um den Millionen bei kürzerer Arbeit so viel mehr Einkommen zu gewähren. Man darf diesen Zweifel aufrecht erhalten, selbst wenn man Eugen Richters

ſtatiſtiſches Kunſtſtück*) als gänzlich bedeutungsloſen Verſuch mit unzureichenden Mitteln beiſeite ſchiebt.

„Allerdings iſt die Vermehrung der Produktion eine unerläßliche Bedingung jeder Verbeſſerung unſrer ſozialen Zuſtände," ſchrieb ſchon Laſſalle; ähnlich Marx, und die neueſten Zukunftsſchilderer ſind in dieſem Punkte nicht nur unter ſich und mit Marx und Laſſalle, ſondern auch mit ihren Vorgängern bis herauf zu Thomas Morus einig, wenn auch nicht in allen einzelnen Argumenten. Wenn wir zuſammenfaſſen, welche Quellen des Wohlſtandes der Sozialismus erſchließen ſoll, ſo ergiebt ſich etwa folgende Überſicht.

Erſtens wird die Überproduktion mit ihrer enormen Verſchleuderung von Arbeitswerten erſpart.**)

Zweitens wird die Vernichtung unzähliger Betriebsanlagen im Konkurrenzkampfe, die ganze Miſere des Kleinbetriebes und der Fehlgründungen erſpart. Von geſchäftskundiger Seite wird veranſchlagt, daß jetzt unter 100 induſtriellen Neugründungen durchſchnittlich 40 fehlſchlagen, 10 gedeihen und 50 notdürftig ihr Daſein friſten. Erſpart wird überhaupt die ſpekulative Unternehmerthätigkeit zum überwiegenden Teile. „Die Sorge um den Beſitz, die nach den pathetiſch vorgetragenen Verſicherungen unſrer Unternehmer und Kapitaliſten oft ſchwerer zu tragen ſein ſoll, als das unſichere und dürftige Los das Arbeiters, ſie wird ihnen für immer abgenommen" (Bebel).

Drittens kommen die Unkoſten der Reklame einerſeits, die Schädigung der durch Reklame oder durch Zufall mehr oder weniger enttäuſchten Käufer anderſeits in Wegfall. Jeder Käufer weiß, woran er iſt, ohne weiteres.

Viertens, auch abgeſehen von Täuſchungen, hört die von der heutigen Konkurrenz verſchuldete, ſcheinbar billige, im Grunde ſehr teure Schundproduktion auf, nur dauerhafte Ware wird mehr pro-

*) Die Irrlehren der Sozialdemokratie. Berlin, 1890.

**) Von Engels wird dieſe Erſparnis übertrieben. Er fingiert, daß unter der heutigen Produktionsweiſe bei Eintritt einer Wirtſchaftskriſe (Überproduktion ꝛc.) die momentane Entwertung der unverkäuflich werdenden Waren einen ebenſo großen volkswirtſchaftlichen Verluſt bedeute. So groß iſt der volkswirtſchaftliche Verluſt nicht; die Waren können ihren Wert zurückgewinnen, auch wenn ihr Tauſchwert einmal auf Null ſinkt.

duziert. In diesen Zusammenhang gehört auch die in vielen Stücken vollständig zu verschiebende Richtung der Produktion: zahlreiche Artikel werden heute nur dank ihrer unnatürlichen Billigkeit erzeugt (z. B. weibliche Arbeit); sie würden nicht oder in viel geringerm Umfange nachgefragt werden, wenn die zu ihrer Herstellung verwendeten Arbeitskräfte einen anständigen Lohn erhielten; dem Arbeitsaufwande bei der Produktion entspricht die mit ihm erkaufte Annehmlichkeit in der Konsumtion hier nicht, so daß volkswirtschaftlich diese Produktion einen Verlust bedeutet. Es würde ferner bei größerer Gleichmäßigkeit des Einkommens oder gar bei nach dem Bedürfnis erfolgender Verteilung das Geldprotzentum mit sämtlichen Protzausgaben fortfallen, die wirtschaftlich meist reinen Verlust bedeuten; auch würde die kostspielige Herrschaft der Mode beschränkt werden. Es würden endlich manche weitaussehende Unternehmungen wie Kanalbauten möglich, zu denen heute entweder die Vereinigung der erforderlichen Kapitalien oder das Interesse an einer erst spät beginnenden Rentabilität oder die Sicherung gegen nachfolgende Konkurrenz oder die Möglichkeit fehlt, den unzweifelhaften volkswirtschaftlichen Nutzen in baren Unternehmungsgewinn zu verwandeln, — und zu denen sich Staat und Kommune bisher nur sehr zögernd entschlossen haben. In Summa: neben dem jetzt herrschenden Tauschwert würde der Gebrauchswert im Produktionsplan eine Rolle spielen, und zwar eine sehr einträgliche.

Fünftens: die gesamten Vorteile des Großbetriebes.

Sechstens: die gesteigerte individuelle Arbeitskraft und Arbeitsfreudigkeit. „In einer höhern Phase der kommunistischen Gesellschaft," schreibt Marx, „nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind, und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen — erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden, und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!" Hierher

gehört auch die wirtschaftlichere Ausnutzung der Arbeitskraft: der Arbeiter wäre während eines längern Teiles seines Lebens arbeitskräftig und gesund statt pflegebedürftig; er wäre länger ein Aktivum statt Passivum im Volkshaushalt.

Siebentens wird besonders von Bebel (ähnlich wie von Bellamy und andern) eine überraschende Entwicklung der Technik in grellsten Farben in Aussicht gestellt. Soweit eine solche nicht mit dem Großbetrieb ohne weiteres gegeben ist, sieht man zunächst nicht, wieso diese ja nicht unmögliche Eventualität gerade ein Verdienst des Sozialismus sein würde. Man macht dafür geltend, daß die höhere Bezahlung oder sonstwie höhere Wertachtung der menschlichen Arbeitskraft von selbst auf Erfindungen hindränge, wie schon jetzt gelegentlich bei Streiks und in der ganzen nordamerikanischen Volkswirtschaft, und daß heute die berufensten Erfinder, die Arbeiter selbst, teils zum Erfinden zu ungebildet und überanstrengt seien, teils eine Erfindung lieber verheimlichten, die sie außer Brot setzen könnte.*) Dagegen ist anderseits zu erinnern, daß wenigstens in Bebels Zukunftsstaat mit dem Patentschutz auch jede privatwirtschaftliche Prämiierung des erfinderischen Gedankens in Wegfall kommt und höchstens durch öffentliche Anerkennung ersetzt wird, und daß jedenfalls der anderweitige Privatvorteil, den der heutige Unternehmer aus seinen oder fremden Erfindungen zieht, verschwindet, wozu noch die unvermeidliche Schwerfälligkeit der genossenschaftlichen Initiative kommt. Marx übrigens weiß die den technischen Fortschritt anregende Wirkung des privatkapitalistischen Systems vollkommen zu würdigen, die moderne Ausstattung der Industrie ist in seiner Geschichtskonstruktion die spezifische Leistung der privatkapitalistischen Epoche, „die Produktionsanarchie, die Quelle so vielen Elends, ist gleichzeitig die Ursache alles Fortschritts," und wenn es nach der Konsequenz ginge, dürfte Marx die technischen Fortschritte der sozialistischen Zukunft nicht allzu zuversichtlich betonen, was auch meines Erinnerns von ihm nirgends geschieht.

*) Bebel meint noch, der Einzelne werde auch aus Privatinteresse leidenschaftlicher Erfinder werden, weil seine Erfindung jetzt der Gesamtheit, also auch ihm zu gute komme, während sie heute auf die Dauer nur der herrschenden Klasse nützt. Das Argument besitzt sehr geringe Überzeugungskraft.

Achtens käme hierzu die Arbeit der jetzt Arbeitslosen einschließlich eines Teiles der Prostituierten, Zuhälter und vom Verbrechen lebenden, Ersparung der Armenpflege für Arbeitstüchtige in ihren verschiedenen Formen. Der Umfang der Arbeitslosigkeit wird von Unkundigen gewöhnlich unterschätzt, wirklich kundig ist indes niemand. Über den Umfang der Arbeitslosigkeit in Berlin ist kürzlich zwischen Sozialdemokratie und Regierung gestritten worden, allein die Berechnung der letztern („nicht über 20—25 000") giebt wohl nur Minimalzahlen. Was man über den Umfang der Arbeitslosigkeit zuverlässig weiß, beruht namentlich auf einer neuern englischen Statistik, nach der auch in gelernten Berufszweigen und unter den Mitgliedern gut organisierter Gewerkvereine regelmäßig einige Prozent im Lauf des Jahres arbeitslos werden, und in einzelnen Gewerkvereinen (wie in dem der Schriftsetzer) regelmäßig etwa 10 Prozent, während in gewissen Londoner Arbeitervierteln an Einem Tage (im März 1887) viel höhere Sätze, bis über 50 Prozent Arbeitsloser, konstatiert wurden.

Neuntens träte die Arbeitsleistung der jetzt unthätigen Rentiers als volkswirtschaftliches Aktivum ein. Eine Minderheit vergeudet jetzt die aufgesummten Feierabendstunden, die sie der arbeitenden Mehrheit wegnimmt (Marx). Im nächsten Abschnitt wird noch zu erwähnen sein, daß die Sozialdemokratie auch eine sehr große Zahl der heutigen Staatsdiener mit Einschluß des Militärs für entbehrlich hält.

Wenn man annimmt, daß die rapide Bevölkerungszunahme und der noch viel rapidere Fabrik- und Eisenbahnbau der letzten Generationen nicht in alle Zukunft fortdauern werde, darf man auch die jetzt alljährlich kapitalisierten und alljährlich für den Nachwuchs verausgabten Werte im Budget der Zukunft beschränken. So rentabel eine Fabrikanlage sein mag, so nehmen doch die Anlagekosten ihrem ersten Besitzer einen guten Teil des Gewinns vorweg. — Es bliebe indes auch hier nachzuweisen, inwiefern diese Vorteile spezifische Folgen des Sozialismus sind. Es hat freilich nicht an sozialistischen Schlaumeiern gefehlt, die aus der bessern Körperpflege und allgemeinen Beleibtheit des dereinstigen Geschlechts auf dessen geringere Fruchtbarkeit schlossen. Neuerdings hat ferner der Neumalthusianismus, der die

Fortpflanzung künſtlich beſchränken will, unter den Sozialiſten deutſcher Sprache vorübergehend einzelne Anhänger gewonnen, und auch Bebel, ſo ſehr ſeine geſunde Empfindung die neumalthuſianiſchen Mittel verabſcheut, hält es doch für denkbar, etwa durch eine beſondre Ernährungsweiſe dasſelbe zu erreichen. Im allgemeinen beherrſcht jedoch die Partei der antimalthuſianiſche Optimiſtenglaube an einen unbeſchränkten Vermehrungsſpielraum des menſchlichen Geſchlechts, der eine laxe Bevölkerungspolitik mindeſtens nahe legt.

Zu dieſen Poſten, die durchgängig eine geſteigerte Produktion bedeuten, käme ſchließlich für die große Maſſe der Effekt der veränderten Verteilung, alſo namentlich der Anfall des geſamten Kapitalzinſes und Unternehmergewinns, ſoweit er heute ein über das Durchſchnittsniveau der künftigen Lebenshaltung geſteigertes Einkommen gewährt.

Gegen dieſe Vorteile wären aufzurechnen die möglichen unwirtſchaftlichen Wirkungen des ſozialiſtiſchen Syſtems, inſonderheit die aus der Kaltſtellung der wirtſchaftlichen Sonderintereſſen zu erwartenden. Bei der Unſicherheit beider Rechnungsreihen wird nur ein Befangener oder ein ſeltner Spezialkundiger die größere Produktivität des Sozialismus behaupten oder ableugnen wollen.

Unabhängig von dieſer Frage der Geſamtproduktion iſt das ſozialiſtiſche Argument, die gleichmäßigere Verteilung werde mit gegebenen Mitteln die gegebenen Bedürfniſſe beſſer befriedigen, weil ſie dringendere Bedürfniſſe befriedigen würde. Am vollkommenſten trifft die Behauptung zu bei Verteilung nach dem Bedürfnis. Das Argument iſt ſo wahr, daß die Verteidiger der heutigen Verteilung mit Notwendigkeit zu dem Nachweisverſuche gedrängt werden, dieſelbe entſpreche nicht nur den Geſetzen des Marktes und dem Maßſtabe der Leiſtung, ſondern einigermaßen auch den individuellen Bedürfniſſen, oder ſolle ihnen doch entſprechen. Das zweiſchneidige eherne Lohngeſetz hat vor Laſſalle vielleicht öfter dieſem Nachweiſe gedient als ſeinem ſpätern agitatoriſchen Zwecke.

Nebenher befriedigt der Sozialismus auch das Bedürfnis der wirtſchaftlichen Exiſtenzſicherheit, während jetzt die wirtſchaftliche Exiſtenz der ungeheuern Mehrzahl durch Zufall, leichte oder ſchwere Schuld von heute auf morgen zu Bruche gehen kann.

g) Um auf einen flüchtig schon berührten Punkt zurückzugreifen: ein ebenso naheliegender wie üblicher Einwand befürchtet vom Wegfall der Konkurrenz einen Rückgang der Leistungen. Die Stärke des Arguments wird gewöhnlich übertrieben. Man muß unterscheiden die Konkurrenz zwischen den Unternehmungen, die die Unternehmer zur Anstrengung spornt, von der Konkurrenz zwischen den Arbeitern um ihre Arbeitsplätze, die die Arbeiter anspornt. Was den ersten Fall, also die Leistung der Unternehmer betrifft, so wird ein sehr wichtiger Teil derselben, das eigentlich spekulative Element in ihr, die Verbindung von Geriebenheit, Kühnheit und Beharrlichkeit im Riskieren, im sozialistischen Staate nahezu überflüssig, er stellt vom sozialistischen Standpunkt im heutigen Staate faux frais der Volkswirtschaft vor.*) Im übrigen liegen schon unter den heutigen Fällen Beispiele umfassender öffentlicher Betriebe vor, denen der stimulus konkurrierender Sonderinteressen fehlt, und die doch glänzend funktionieren. Pflichttreue und Ehrgeiz vertreten den Platz des von der Konkurrenz gestachelten wirtschaftlichen Einzelinteresses der Betriebsleiter.

Gemeinsinn und Wetteifer sind ebenso nach sozialistischer Lehre, abgesehn von der außerordentlich zu steigernden Annehmlichkeit des Arbeitens, der künftige Sporn zur Arbeit. Die demokratische Organisation verbreitet diese Antriebe von der Schicht höherer Arbeiter,

---

*) Lassalle: „In der That, ein Talent ist der Bourgeoisie ganz eigentümlich: das spezifische Spekulationstalent. Dies spezifische Spekulationstalent löst sich seinem realen Inhalt nach überall auf in die Frage: Durch welche Listen reiße ich am besten den Absatz oder das Einkommen meines Mitproduzenten an mich? Es ist das aus der freien Konkurrenz hervorgehende Talent, welches nicht die Steigerung und Vermehrung des gesamten Produktionsertrages, sondern die Verteilung desselben, seine Umschüttung aus den Händen des einen Individuums in die des andern zur Folge hat. Es ist das Talent der Übervorteilung. Hierin steht, der Wahrheit die Ehre, die bürgerliche Periode unerreichbar da! Von Jugend an erzogen in dieser Lebensluft der freien Konkurrenz, ist dieselbe den Herren Bürgern zu einem angeborenen Elemente geworden. Wie der Indianer in den Wäldern die Spur des Wildes an Zeichen gewahrt, welche dem Europäer schlechthin unverständlich sind, so haben sie einen eignen Sinn dafür erlangt, jede Übervorteilungsmöglichkeit auszuspüren. Der Arbeiter ist produktiv, das produktive Talent der Bourgeoisie teilt er vollkommen. Aber dieses spekulative Talent derselben hat er allerdings nicht und wird es hoffentlich nie bekommen.“ Lassalle sprach aus Erfahrung, wie sein jetzt veröffentlichtes Breslauer Tagebuch zeigt.

die unſern Unternehmern zu vergleichen ſind, auf die geſamte Arbeiterſchaft und erſetzt damit auch die Konkurrenz zwiſchen den Arbeitern um die Arbeitsplätze. Es iſt übrigens nicht abzuſehen, warum dieſe zweite Konkurrenzweiſe im Sozialismus aufhören ſoll; ſie wird nur abgeſchwächt. Der ſozialiſtiſche Staat darf den faulen Arbeiter nicht mehr mit Arbeitsloſigkeit, wahrſcheinlich auch nicht mehr mit Lohnverkürzung bedrohen, aber er kann ihn mit unerwünſchter Arbeit und geſellſchaftlichem Makel bedrohen und kann ihm erwünſchtere Arbeit und geſellſchaftliche Auszeichnung in Ausſicht ſtellen.

Zur Entwicklung der pſychologiſchen Antriebe des Wetteifers und Gemeinſinns bedarf es einer vorgängigen Erziehung der Individuen, reſpektive der Erziehung einer dieſe individuellen Motive tragenden Sitte. Die Sozialiſten meinen ſchon von dem Wegfall der heutigen ſyſtematiſchen Begünſtigung des Egoismus einen weſentlichen Fortſchritt in dieſer Richtung erwarten zu dürfen und berufen ſich auf den ſtarken Gemeinſinn, der in allen Lebenskreiſen herrſcht, in die die Tauſchwirtſchaft noch nicht eingedrungen iſt. Die Antiſozialiſten leugnen die Möglichkeit einer ſolchen Erziehung ſelbſt unter jenen vorauszuſetzenden günſtigern Bedingungen, oder ſie leugnen doch, daß die Menſchen jemals geradezu „Engel werden“ könnten, oder daß ſie plötzlich zu Engeln werden können. Die Plötzlichkeit wird indeſſen, wie noch auszuführen ſein wird, von Marx' Lehre nicht beanſprucht, ſondern ein Proviſorium vorgeſehen.

Einen Sozialismus, der die individuelle Leiſtung als Verteilungsmaßſtab beibehielte, trifft der Einwand überhaupt nur in ſtark abgeſchwächtem Maße.

h) Ein andres Bedenken trifft die Schwerfälligkeit des zentraliſierten wirtſchaftlichen Organismus. Indes wurde ſchon bemerkt, daß weitgehende wirtſchaftliche Selbſtverwaltung dieſe Schwerfälligkeit weſentlich mildern würde. Auch die Momente, die im beſondern die Schwierigkeit eines einheitlichen Produktionsplans zu erleichtern geeignet ſind, wurden ſchon berührt. Es kann noch hinzugefügt werden, daß auch auf dieſem Gebiete eine Teilung der Arbeit zwiſchen Selbſtverwaltung und Spitze denkbar iſt, und daß Anſätze zur wirtſchaftlichen Selbſtverwaltung in Geſtalt von Induſtrie-

kartellen, Konsumvereinen u. a. hier wie dort schon die heutige Volkswirtschaft erzeugt.

i) Der bösartigste Vorwurf gegen den Sozialismus ist, daß sein Ideal einem großen Zuchthaus ähnlich sehn würde. Richtiger würde man sagen: einer großen Armee. In der That sehen wir die heutigen Staatsbetriebe und überhaupt die Großbetriebe, deren Organisation ja nach sozialistischer Lehre dem Sozialismus vorarbeitet, in militärischer Weise diszipliniert, ja selbst unsre Beamtenhierarchie, die doch auch einen großen Betrieb vorstellt, ist der strengsten Subordinationsregel unterworfen. Mit der Zunahme des Großbetriebes muß zunächst gerade im heutigen Staate ein bis dahin unerhörter Zwang die breitesten Volksschichten ergreifen. Wer die litterarischen Anfänge der gegenwärtigen Sozialistenhäupter kennt, wird wissen, daß dieselben nur eine Linderung, nicht Verschärfung des industriellen Disziplinzwanges wollen konnten. Die Angreifer des Sozialismus vergessen leicht, daß es innerhalb des Sozialismus zwei teilweise scharf geschiedene Richtungen giebt, von denen nur die eine auf Uniformierung des Privatlebens ausgeht, und daß der Marxismus dieser Richtung nicht zugerechnet werden darf. Wenn die sozialistische Wirtschaftsverfassung demokratisch organisiert und mit Selbstverwaltung durchsetzt wird, und wenn es insbesondre möglich sein sollte, unter selbstgewählten Werkführern die Produktion fortzusetzen, so wäre das Bedenken erledigt. Bekanntlich kommt in den letzten Jahrzehnten die Überzeugung zum Durchbruch, daß das unbeschränkte Kommando des Fabrikherrn in nächster Zukunft ebenso notwendig durch Gewerkvereine, Arbeiterausschüsse u. s. w. beschränkt werden muß, als sein unbeschränkter Bestand bisher, zur Zeit des ersten Aufkommens der großen Industrie, unerläßlich gewesen ist.

Gelten diese Erwägungen für die Freiheit innerhalb der Arbeit, so würden die Wahl des Berufes und die Wahl der Arbeitsstelle innerhalb des Berufs, wie schon vorhin gesagt wurde, wahrscheinlich viel freier sein, d. h. der individuellen Neigung mehr entsprechen, als unter der heutigen formellen, aber durch Besitz und Zufall verschränkten Freiheit. Daß die Freiheit auf dem Gebiete der Konsumtion selbst bei Verteilung nach dem Bedürfnis in weitgehendem Maße gewahrt werden kann, wurde gleichfalls schon bemerkt.

Der sozialistische Arbeitszwang ist eine Phrase der Sozialisten. Wenn ein Künstler sich soviel vom Munde abspart, um einige Tage nur seiner Muse leben zu können, so wird kein Sozialistenstaat ihn hindern. Will jemand feiern, ohne gespart zu haben, so wird vermutlich gegen ihn einfach der Weg des laissez aller beschritten, d. h. die Hungerstrafe in Anwendung gebracht; es herrschte also formell derselbe Arbeitszwang wie heute.

Es ist hier nicht der Ort für eine vollständige kritische Würdigung der sozialistischen Vorschläge; es sollten nur die nächstliegenden Argumente registriert werden.

Daß man im Absprechen über die sozialistische Wirtschaftsreform nicht zu zuversichtlich sein sollte, legen Erfahrungen der jüngsten Zeit nahe genug. Die Entwicklung der Industriekartelle*) mit ihrer elementaren Umwälzung der Volkswirtschaft, eine bis vor kurzem fast unbekannte Erscheinung, hat in den letzten Jahren in und außerhalb Deutschlands so verblüffende Fortschritte gemacht, daß die Mitteilung derselben Gefahr läuft, beim erstenmale nicht geglaubt zu werden; sie hat die Fragestellung gegenüber dem Sozialismus wesentlich verschoben. Wenn sich unter dem Einfluß des industriellen Fortschritts die sämtlichen Betriebe je innerhalb der einzelnen Industriezweige zu einem großen Bunde und schließlich zu einem einzigen Gesamtbetriebe kartellieren, so scheint es, als sei auf weiten Gebieten der Volkswirtschaft überhaupt nicht mehr die Wahl gelassen zwischen freier Konkurrenz und Sozialismus, sondern als löste sich die freie Konkurrenz in eine Anzahl Riesenmonopole auf. Die sozialistische Konsequenz dieser Entwicklung wird auch dadurch nicht abgeschwächt, daß diese Entwicklung der sozialistischen Prognose ebenso widerspricht wie der

*) Die Litteratur über Industriekartelle hat in den letzten Jahren schon einen ansehnlichen Umfang erreicht, hauptsächlich in Zeitschriften. Eine Berliner Zeitschrift („Die Industrie") ist der Berichterstattung über die Fortschritte des Kartellwesens vornehmlich gewidmet. Die neueste und umfassendste Information bieten zwei Aufsätze in Schmollers „Jahrbuch für Gesetzgebung" ꝛc., 1891, 1. und 2. Vierteljahrsheft. Eine Bibliographie findet sich in den Anmerkungen eines Aufsatzes von Schönlank im Archiv für soziale Gesetzgebung 1890. Die Bedeutung der Kartelle und ihre gegenwärtigen Verdienste um die Volkswirtschaft werden übrigens auch von Nichtinteressenten meines Erachtens nicht selten übertrieben.

manchesterlichen. Es ist nur wenig zweifelhaft, daß Monopolbetriebe nicht auf die Dauer ohne eine scharfe Kontrolle des Staates in Bezug auf Preise und Leistung gelassen werden würden. Schreitet die Kartellierung im Tempo der letzten Jahre auch nur während weniger Dezennien fort, so wären die sozialistischen Programmpunkte sub 2) und 3) für den Bereich der Großindustrie nahezu durchgeführt. Es sind ja auch diese beiden Punkte im sozialistischen Programm unzweifelhaft die der Realisierbarkeit nächststehenden, und eine der ältesten sozialistischen Utopien, die die deutsche Litteratur aus der Feder des Philosophen Fichte besitzt (vom Jahre 1800), läuft im wesentlichen auf den Punkt 3. hinaus. Allein der natürliche Gang der Dinge würde vielleicht dem Sozialismus noch weitere Zugeständnisse machen. Da die vollendeten Kartelle in der Lage wären, die bisherigen Funktionen des Einzelunternehmers und Einzelkapitalisten sozusagen in Eigenregie zu nehmen — und zwar in noch höherm Maße als es heute die Aktiengesellschaften in ihrem Bereiche thun —, so würde der bisherige Dividendenbezug zu einem monströsen jus quaesitum ausarten; wenn der Staat ihnen ihre Kapitalanteile abkauft, so wäre auch der sozialistischen Forderung sub 1. genügt. Endlich:

Die lebensfähige Ausgestaltung des damit angebahnten extremen Staatssozialismus wäre in zwei Richtungen denkbar: entweder so, daß eine eiserne Disziplin die große Masse der Arbeitenden als willenloses Werkzeug unter die Autorität der leitenden Beamten beugte, oder daß die große Masse, jeder an seinem Platze, positiven Anteil an der volkswirtschaftlichen Verwaltung erhielte. Beide Alternativfälle stellen eine in sich konsequente und mögliche Organisationsform vor. Ein geschichtliches Beispiel des erstern ist der von Jesuiten geleitete Eingeborenenstaat in Paraguay oder der peruanische Inkastaat; Beispiele des zweiten sind nur in Bruchstücken zu finden, am besten in der jetzt nicht mehr geringen Zahl lebensfähiger großer Produktivgenossenschaften, in andrer Weise in einer großen nordfranzösischen Fabrik. Eine demokratische Verteilung des Produktionsertrages im zweiten Falle der Alternative, eine schroff aristokratische im ersten würde sich mit innerer Notwendigkeit ergeben. Wahrscheinlich unhaltbar wäre auf die Dauer

bei so strammgeordneter Volkswirtschaft nur der Mittelweg, der etwa dem heutigen Zustande der Arbeiter entspricht, wo diese weder als ganz willenlos behandelt werden dürfen noch — mit einzelnen neuern Ausnahmen — zur Mitverwaltung zugelassen werden. Den Versuch einer Herabdrückung unsers Arbeiterstandes auf die Kulturstufe der Natives von Paraguay wird selbst um den Preis einer planmäßigen Volkswirtschaft niemand wünschen. Vielmehr scheint die neuere Entwicklung selbst auf eine Erziehung des Arbeiterstandes zu kleinen Mitunternehmern und dementsprechende materielle Besserstellung hinzudrängen. Es ist daher wahrscheinlich, daß eine zunächst auf Unternehmervereinigung gegründete Volkswirtschaft auch auf diesem Wege, wenn auch recht langsam, dem sozialistischen Ziele sich annähern würde.

So hypothetisch diese Konstruktionen sind, ist es doch unumgänglich, sich mit ihnen abzufinden. Wer in den Konsequenzen der Kartellbewegung ein starkes sozialistisches Ingrediens erkennt, braucht darum keineswegs eine sozialistische Zukunft gerade in einer der von der Sozialdemokratie konstruierten Formen für wahrscheinlich oder auch nur für möglich zu halten. Aber anderseits kann ein richtiger Gedanke nicht dadurch falsch werden, daß die Sozialdemokratie ihn auf ihr Parteischild schreibt. Diese Erwägung wird selbst dadurch nicht beeinträchtigt, daß sie längst jedem — oder noch nicht ganz jedem? — bis zur Trivialität vertraut ist. Wer die Sozialdemokratie bekämpfen will, kann nicht bedenklicher fehlgreifen, als wenn er ihre Wahrheiten angreift, oder wenn er solche von ihren Irrtümern angreift, die er nicht widerlegen kann.

Es ist ein Irrtum, zu meinen, man könne die sozialdemokratische Lehre verstehn, ohne sich mit ihr ehrlich zu befreunden. Ich habe es deshalb nicht für nötig gehalten, dieselbe zu karikieren, sondern sie von ihrer wahrsten Seite darzustellen.

Die Sozialdemokratie ist, geschichtlich angesehn, eine idealistische Phantastik aus den höchsten philosophisch-wissenschaftlichen Sphären, mechanisch aufgepfropft in die Köpfe der Proletariermasse. Sie ist von Anfang an die Mesalliance, die Lassalle später als „die Alliance der Wissenschaft und der Arbeiter“ definiert hat, „dieser beiden entgegengesetzten Pole der Gesellschaft, die, wenn sie

ſich umarmen, alle Kulturhinderniſſe in ihren ehernen Armen erdrücken werden"; und ſie entwickelt dieſen ihren „Widerſpruch," um in Marxſcher Sprache zu reden, mit dem fortſchreitenden Erfolge ihrer Agitation und mit dem fortſchreitenden Abſterben ihrer geiſtigen Produktivität zu einem Grade des Unhaltbaren, von dem dieſe Darſtellung einzelne Proben gegeben hat. Dennoch beruht der Zuſammenhalt der ſozialdemokratiſchen Partei gerade auf dem Schein einer gemeinſamen theoretiſchen Überzeugung und auf dem Glauben an eine ſolche Überzeugung; die Unkunde der Gegner half dieſen Schein und dieſen Glauben bis heute aufrecht halten. Der naturgemäße Weiterverlauf kann ein andrer nicht ſein, als daß nach dem Zwiſchenſtadium eines zwiſchen den epigonenhaften Führern ausbrechenden ſtupiden Theorieſtreites die Partei zu einer relativ untheoretiſchen Verfechterin nächſtliegender Arbeiterintereſſen wird. Die Pflege ſozialiſtiſcher Zukunftstheorien fiele dann an eine berufenere Geſellſchaftsklaſſe zurück.

II.

Daß eine ſo tiefgreifende wirtſchaftliche Reform wie die des Sozialismus auf alle Beziehungen des geſellſchaftlichen Lebens: Politik, Religion u. ſ. w. mehr oder weniger zurückwirken muß, wird eines beſondern Nachweiſes nicht bedürfen. Alle dieſe fernern Umgeſtaltungen wären indes nicht ſelbſt Sozialismus, auch nicht Mittel zur Herbeiführung des Sozialismus — hiervon ſpäter —, ſondern nur Konſequenzen des Sozialismus. Es kann daher der wirtſchaftliche Sozialismus von jemandem erſtrebt werden, der auf die außerwirtſchaftlichen Konſequenzen desſelben keinen Wert legt oder von ihnen nicht einmal Kenntnis beſitzt. Thatſächlich treten daher die ſozialiſtiſchen Beſtrebungen aller Zeiten mit verſchiedenem politiſchem u. ſ. w. Beiwerk und auch ohne ſolches auf. Wo es Beiwerk giebt, da wird dasſelbe gewöhnlich nicht als Konſequenz des Sozialismus zum Objekt des Begehrens gemacht, ſondern man iſt vom Beiwerk, und zwar regelmäßig vom politiſchen Beiwerk, erſt zum Sozialismus gekommen und ſchleppt die politiſchen Eierſchalen als Urſprungszeugnis mit ſich.

Der grundlegende Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie hat die Selbständigkeit des reinen Sozialismus mit vollkommenster Schärfe erkannt und zum Ausdruck gebracht, dennoch aber auf das Beiwerk nicht verzichten wollen. Die faustische Universalität des jugendlichen Marx ließ sich am wirtschaftlichen Departement des Zukunftsbildes nicht genügen, sondern unternahm es, zugleich Staatsform, Erziehung, Familie, Religion und alle Geisteswissenschaften in ihren Grundlagen zu verstellen. Überdies war Marx Demokrat und Freidenker gewesen, ehe er Sozialist wurde. Das Kommunistische Manifest von 1848 und andre damalige Schriften von Marx und Engels enthalten daher bereits die Grundgedanken einer umfassenden Gesellschaftsreform angedeutet.

Den Zusammenhang zwischen seinem wirtschaftlichen und anderweitigen Reformprogramm befestigte und klärte Marx' materialistische Weltanschauung. Wenn Staat, Religion, Wissenschaft, Familie in ihren jeweiligen Varietäten lediglich Produkt der jeweiligen Wirtschaftsform sind, so ist der Zusammenhang gegeben.

Er ist aber damit zugleich übertrieben. Staatsform u. s. w. hängen nicht ausschließlich von der Wirtschaftsform ab, auch wirken sie ihrerseits auf die Wirtschaftsform zurück. Auf die Richtigkeit der Marxschen Ansicht kommt es jedoch hier nicht an, sondern auf eine Folge dieser Marxschen Ansicht. Weil Marx in der Wirtschaftsform die Generalursache sieht, den Angelpunkt, aus dem die bestehende Gesellschaft aus ihren Angeln zu heben ist, so konzentriert er mehr und mehr auf sie seinen Angriff und schweigt von dem übrigen. Infolgedessen tritt im Bewußtsein der Partei der politische und religiöse Radikalismus, sofern er nicht aus andern Quellen gespeist wird, in den Hintergrund, und die Informationsquellen für den Berichterstatter fließen hier besonders spärlich und trübe, indem thatsächlich diese außerwirtschaftlichen Gebiete so dürftig angebaut werden, daß man sie beinahe für Brachfeld ansehn kann.

Was von Partei wegen geschehen solle, wenn einmal der wirtschaftliche Sozialismus durchgeführt ist, aber seine Konsequenzen auf sich warten lassen, steht dahin. Das Nächstliegende wäre Anarchie der Meinungen. Indessen wird es doch möglich sein,

gewisse Grundlinien für Staat, Religion und Familie zu finden, wie sie der sozialdemokratischen Überlieferung entsprechen.

1. Politisch in eminentem Sinne ist der Sozialismus, weil er dem Staate eine unendlich höhere, weil verantwortlichere Aufgabe und einen immens erweiterten Geschäftsumfang zuweist. Obwohl er mit ziemlich jeder Staatsform verträglich allenfalls gedacht werden kann, wird er in praxi zunächst notwendig zur Diktatur hinneigen.

Ein Verständnis für die Größe dieses staatlichen Berufs hatte unter den Sozialisten nur Lassalle. Er wurde dadurch zur Betonung der nationalen Staatsgrenze und zu einer unwillkürlichen Annäherung an die Regierung gedrängt. Bei seiner Verbindung mit dem Grafen Bismarck und bei gewissen monarchiefreundlichen Anklängen in seiner rheinländischen Agitation spielten indes opportunistische Beweggründe wohl mit. Daß er jemals den Hohenzollern die soziale Frage abgetreten hätte, glaube ich nicht. Sein Staatsgedanke hat sich, abgesehen von einer gewissen Vorliebe für zentralistische Staatsverfassungen, nur in dem dürftigen Trümmer der mit Staatshilfe zu begründenden Produktivgenossenschaften in der Partei fortgepflanzt, und auch dieser im Kompromißwege 1869 und 1875 aufgenommene, vielumstrittene Programmpunkt soll jetzt beseitigt werden. Vielleicht könnte man noch in der zunehmenden Zentralisation der Partei ein Erbteil der Lassalleanischen Fraktion sehen.

Es klingt wie Ironie, wenn die gesamte Marxsche Schule zugleich mit dem Sozialismus die Beseitigung des Staates will. Marx' frühzeitig ausgeprägte Stellungnahme erklärt sich als ein Produkt seiner deutschdemokratischen Staatsfeindschaft mit Motiven des Proudhonschen Anarchismus; sie bildet zugleich ein wichtiges Glied seiner materialistischen Geschichtslehre. „Der Staat" ist bei Marx die Regierung, und zwar eine mit Zwangsgewalt ausgerüstete Regierung, und ist ein Produkt des Privateigentums an Arbeitsmitteln; das Privateigentum schuf soziale Klassen mit Klassengegensätzen und Klassenherrschaft, der Staat ist der zur Sicherung der Klassenherrschaft geschaffene Apparat mit Polizei und stehendem

Heere; er ist in der Regel ein Ausschuß der herrschenden Klasse, kann aber auch zu einer Koterie mit selbständigen Sonderinteressen ausarten und balanciert dann möglicherweise seine Herrschaft auf mehreren Klassen, wie der aufgeklärte Despotismus des achtzehnten und die Berliner Regierung des neunzehnten Jahrhunderts. Der heutige preußisch-deutsche Staat ist ein Übergangsprodukt zwischen der alten absoluten Monarchie und dem modernen Bonapartismus. Die Grundbedingung der alten absoluten Monarchie ist das Gleichgewicht von Bourgeoisie und Grundadel, welch letzterer in Preußen noch nicht antiquiert ist. Die Grundbedingung des Bonapartismus ist das Gleichgewicht von Bourgeoisie und Proletariat; seine Existenzform ist der Scheinkonstitutionalismus mit dem gleichen Wahlrecht, der zugleich die Auflösungsform der alten absoluten Monarchie vorstellt. Sowohl die alte wie die bonapartistische Monarchie verkörpert sich in einer großenteils erblichen Offiziers- und Beamtenkaste, die den Schein einer selbständigen Existenz des Staats verursacht; in Wirklichkeit beruhen beide Staatsformen auf einer komplizierten Klassenherrschaft. Der Klassengegensatz verschwindet mit dem Privateigentum an Arbeitsmitteln und mit beiden ihr Produkt, der Staat. Er wird nicht „abgeschafft," wie der Anarchismus sich auszudrücken beliebt, sondern er „stirbt ab." Folgerecht heißt in der orthodox-marxistischen Terminologie der sozialistische Verfassungskörper nicht Staat, sondern „Gesellschaft," und es war stilwidrig, wenn ich mitunter vom sozialistischen Staate gesprochen habe.

Diese Theorie verkennt, daß, wenn wirklich die Klassen- und sonstigen Interessengegensätze mit dem Kapitaleigentum beseitigt wären, die Keime zu den alten und zu neuen Interessengegensätzen nicht ebenso leicht zu vertilgen sind.

„Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt — die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft —, ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach dem andern überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle (!) der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von

Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen." (Engels.) „Mit Worten läßt sich trefflich streiten."

Vor einigen Jahren hat Engels Marx' nachgelassene Papiere über die geschichtliche Entstehung des Staates bearbeitet und herausgegeben. Es ist lehrreich, daselbst seine Bemühung zu verfolgen, den mit Polizei und Soldaten ausgerüsteten Staat als etwas von der alten kommunistischen Verfassung spezifisch Verschiedenes und als bloßes Produkt des Privateigentums, die ältere Verfassung nur als ein Stück Arbeitsteilung ohne Zwangsgewalt darzustellen. Positiv hat seine Ausführung für uns das Ergebnis, daß wir in der sympathisch geschilderten kommunistischen Verfassung einige Grundlinien des unstaatlichen Zukunftsstaates erkennen. Einen gleichartigen Anhaltspunkt gewinnen wir in der von Marx beifällig geschilderten Pariser Kommune von 1871. Nach Liebknecht ist auch die nordamerikanische Union kein „Staat," worin jedoch Engels andrer Meinung ist.

Das demokratische Prinzip herrscht. Die Chargierten der Produktivgenossenschaften werden durch allgemeines Stimmrecht gewählt. Außerdem bilden sich örtlich abgegrenzte Gemeinden, aus allen Berufsarten gemischt; auch diese wählen ihre Beamten nach gleichem Stimmrecht. Alle Amtsträger sind ihren Wählern verantwortlich und von ihnen jederzeit absetzbar, keiner ist Berufsbeamter, alle haben imperatives Mandat.*) Die Kommunen vereinigen sich bezirksweise zur gemeinsamen Wahl von Beamten für Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten. Eine von den Bezirken gemeinsam gewählte Zentralregierung übernimmt die dann für die Gesamtheit noch zurückbleibenden „wenigen aber wichtigen Funktionen," wie sich Marx mit einer kleinen Spitze gegen die Anarchisten ausdrückt. Die Beamtenschaften der Kommune, des Bezirks, der Gesamtheit sind ein Mittelwesen zwischen Regierung und Parlament, es sind wahre Volksvertretungen, aber ihre Aufgabe ist nicht wie heute, Reden zu halten, „Theatervorstellungen" zu geben und der rednerischen

*) Most dachte jedoch (1876) die Stellung der Beamten weniger demokratisch; er wollte dieselben nicht nur einer Aufsichtsinstanz unterstellen, sondern zog auch ihre jederzeitige Absetzbarkeit in Frage. Die betreffende Broschüre wird noch jetzt von Partei wegen vertrieben.

Eitelkeit zu dienen, sondern möglichst geräuschlos zu arbeiten; es sind „Verwaltungsausschüsse," die nach Liebknecht und Bebel auch von vornherein ressortmäßig zu scheiden sind. „Heute schon muß die Hauptarbeit des Reichstags in Kommissionen gethan werden." „Im modernen Staate," sagt Engels, „wird vorausgesetzt, daß jeder Staatsbürger urteilsreif ist über alle die Fragen, über die er abzustimmen hat"; ohne Zweifel soll das erhöhte Bildungsniveau im Zukunftsstaate dies Bedenken erledigen. Über die Gattung des Zukunftsstaates, ob Republik oder nicht, kann nichts ausgesagt werden, weil der Staat überhaupt eine Spitze nicht haben soll. „Die Frage: Republik oder Monarchie, ist zum Teil nur eine Formfrage. Das Prinzip, um das es sich hier in erster Linie handelt, ist das Gleichheitsprinzip, und das kann in der Republik so gut verletzt werden wie in der Monarchie" (Liebknecht). Ähnen wird der Staat mehr der Republik als einer Monarchie, vorausgesetzt daß das Plebiscit nicht „umschlägt" in die Diktatur.

In seiner Jugend war Marx im schroffen Gegensatz zu seinem gewesenen Freunde Proudhon für straffe Zentralisation, d. h. für einen möglichst engen Machtbereich der Kommunen. Erst seine spätere Ansicht ist die oben wiedergegebene. Engels entschuldigt diesen Meinungswechsel mit der erst neuerdings festgestellten Geschichtsthatsache, daß der zentralistische Staatsapparat Frankreichs nicht, wie man geglaubt, eine Schöpfung der Revolution, sondern erst ein Werk des ersten Napoleon sei.*)

Die demokratische Verfassung wird garantiert durch die Abwesenheit von Polizei und stehendem Heer; es bedarf dieser Machtmittel nicht, wo es keine unterdrückten Klassen niederzuhalten giebt So lange noch Kriege zu führen sind, genügt die Volkswehr.

Die Rechtsprechung fällt im wesentlichen fort. Mit dem Eigentum an Arbeitsmitteln, der privaten Lohnarbeit und dem privaten Handel verschwinden die privatrechtlichen Beziehungen und

*) Daß Marx in der 1850 geschriebenen Auslassung, auf die hier angespielt wird, von einer dauernden Staatsverfassung spricht, beweist der daselbst angewendete Ausdruck „sich verewigen;" daß er in der Kommuneverfassung Züge einer dauernden sozialistischen Staatsform erkannte, nicht nur eines Übergangsstadiums, beweist seine polemische Anspielung auf den Anarchismus.

die Zivilprozesse; allerdings, sollte man meinen, müßte eine sehr umfangreiche Verwaltungsgerichtsbarkeit an die Stelle treten. Delikte aus Armut oder im proletarischen Trunk begangen, sowie die Vagabondage kommen ebenso in Wegfall. Das sittliche Niveau ist überhaupt gehoben und das bürgerliche Gewissen geschärft. Immerhin werden nach Stern „Vorkehrungen gegen verbrecherische Ausschreitungen" nicht ganz entbehrlich. Mit den Gerichten fallen die Gefängnisse. Soweit es einer Rechtsprechung noch bedürfen sollte, wird vielleicht der Schiedsmann die Stelle des Richters ersetzen können. Der ganze Zoll- und Steuererhebungsapparat ist ohne weiteres abgethan.

„Wunderbar in der That war die Verwandlung, die die Kommune an Paris vollzogen hatte! Keine Spur mehr von dem buhlerischen Paris des zweiten Kaisertums. Paris war nicht länger der Sammelplatz von britischen Grundbesitzern, irischen Absentees, amerikanischen Ex-Sklavenhaltern und Emporkömmlingen, russischen Ex-Leibeignenbesitzern und walachischen Bojaren. Keine Leichen mehr in der Morgue, keine nächtlichen Einbrüche, fast keine Diebstähle mehr; seit den Februartagen von 1848 waren die Straßen von Paris wirklich wieder einmal sicher, und das ohne irgend welche Polizei. ›Wir,‹ sagte ein Mitglied der Kommune, ›wir hören jetzt nichts mehr von Mord, Raub und Thätlichkeiten gegen Personen; es scheint in der That, als ob die Polizei alle ihre konservativen Freunde mit nach Versailles geschleppt habe.‹ Die Kokotten hatten die Fährte ihrer Beschützer wiedergefunden ..."

Man sieht, der marxistische Staat ist eine durch Spekulation destillierte Auflage des vulgären demokratischen Programms. Lassalle hatte seiner Zeit mit unbarmherziger Konsequenz aus seiner lapidarischen Programmformel alles demokratische Beiwerk bis auf das allgemeine Wahlrecht ferngehalten; er konnte es, weil er seine Partei aus dem Nichts schuf. Dagegen hat sich die Liebknecht-Bebelsche Fraktion ganz allmählich aus den demokratischen Arbeiterbildungsvereinen entwickelt; ihre demokratischen Überlieferungen bedürfen noch jetzt der sorgfältigsten Schonung. So heftig Marx gegen diesen plebejischen Demokratismus hinter den Coulissen eiferte, mußte doch das Gothaer Programm (1875) die „alte weltbekannte

demokratiſche Litanei“ reproduzieren: lauter Forderungen, die im marxiſtiſchen Staate teils gegenſtandslos ſind, teils als ſelbſtverſtändliche Konſequenzen der Wirtſchaftsreform nicht in ein Kampfprogramm gehören. Wenigſtens gelang es, den Kleinkram der wirtſchaftlichen Deſiderien als ſchon „in der heutigen Geſellſchaft“ zu verwirklichende Forderungen in einen Anhang zuſammenzufaſſen. Übrigens werden auch die voranſtehenden politiſchen Einzelforderungen von Eingeweihten als Forderungen an den noch nicht ſozialiſtiſchen Staat betrachtet. Wo die Grenze zwiſchen dem heutigen und dem ſozialiſtiſchen, beziehungsweiſe demokratiſchen Staat liege, iſt namentlich dadurch unklar geworden, daß Laſſalle ſchon den durch das allgemeine Stimmrecht „wiedergeborenen“ Staat von dem heutigen weſentlich unterſchied. Die im Gange befindliche Reviſion des Programms will deſſen Dispoſition gänzlich umgeſtalten, außerdem wahrſcheinlich die „Rechtſprechung durch das Volk“ ſtreichen, weil Berufsrichter im heutigen Staate das geringere Übel ſind, ferner unentgeltliche Geſundheitspflege aufnehmen, und was dergleichen Kleinigkeiten mehr ſind; ſie wird ſich auch um Streichung des jetzt noch im Programm befindlichen ketzeriſchen „freien Staats“ bemühen. Für die ſtaatsmänniſche Einſicht der Partei iſt bezeichnend, daß ihr noch auf dem vorjährigen Kongreß von Liebknecht auseinandergeſetzt werden mußte, eine wirkliche direkte Geſetzgebung durch das Volk ſei zwar in den kleineren ſchweizer Kantonen, aber am Ende nicht mehr im Deutſchen Reiche angängig.

Obwohl gezweifelt werden darf, ob wirklich die Maſſe der Partei republikaniſch geſinnt iſt, würden doch die wiederholten Verſuche, das Wort „demokratiſch“ im Programm durch „republikaniſch“ zu erſetzen, wahrſcheinlich erfolgreich geweſen ſein, wenn man nicht die Vereinsgeſetze gefürchtet und außerdem von manchen Seiten die Republik für eine unter Umſtänden noch immer arbeiterfeindliche Staatsform gehalten hätte (blaue Republik ſtatt der roten).

Ein wirklicher Zwieſpalt, der an den Gegenſatz von Laſſalle und Bebel anknüpft, betrifft die zentraliſtiſche oder föderative Verfaſſung des Zukunftsſtaates. Die Bebelſche Richtung, aus der mittel- und kleinſtaatlichen Demokratie gebürtig, liebte ſelbſtverſtändlich

lokale Selbständigkeit. Nimmt man den bezüglichen Stellungswechsel von Marx hinzu, so ist die Verwirrung in diesem Stücke eine nicht unbedeutende. Deshalb betont Bebel in seinem Buche über die Frau mit besonderm Nachdruck, daß es vor der Hand absolut gleichgiltig sei, ob zwischen Gemeinde und Zentralregierung noch Mittelglieder der Selbstverwaltung einzuschieben seien.

Die „sozialdemokratische" Partei ist zugleich sozial und demokratisch. Das sozialistische und demokratische Programm sind ihrer allgemeinsten Tendenz nach eng verwandt, beide wollen dem „Volk" eine höhere Stellung im Staate geben, aber in ihren Mitteln sind sie entgegengesetzt; das eine will den Staat schwächen, das andre muß ihn verstärken. So ist die sozialdemokratische Partei ein innerer Widerspruch. Wenn einmal der Sozialismus in ihr durchgedrungen sein wird, wird sie der politischen Linken sachlich diametral gegenüberstehn; nur die gemeinsame Opposition gegen die bestehende Regierung wird sie verbinden, während jetzt die Sozialdemokratie noch beinahe als linker Flügel des Liberalismus erscheint.

2. Die Emanzipation der Frau und damit die Umbildung der heutigen Familienform ist seit vielen Jahren eine Privatdomäne Bebels. Sein noch vor dem Sozialistengesetz verfaßtes, nach demselben zuerst erschienenes Buch über die Frau hat durch die außerordentlich schnelle Verbreitung seines pikanten Inhalts die Bebelsche Auffassung zum Gemeingut der Partei erhoben. Es ist so verkehrt wie möglich, das Buch als frivol zu bezeichnen; Bebel ist nicht frivol, er ist nur radikal. Man täuscht sich auch, wenn man ihm vorwirft, die Weibergemeinschaft empfohlen zu haben. Bebel will die Ehescheidung erleichtern und überhaupt dem Staat keinen Eingriff in die ehelichen Beziehungen gestatten. „Es hat niemand darüber andern Rechenschaft abzugeben, und kein Unberufener hat sich einzumischen." Aber er denkt augenscheinlich, auch in den ältern Auflagen seiner Schrift, nur an feste eheliche Beziehungen und nur an die Einehe.

Mit Bebels Auffassung sympathisiert der Sozialdemokrat Stern. Mehr zu einer sittenlosen Geschlechtsverbindung scheint dagegen

Most in einer Schrift vom Jahre 1876, also vor dem Erscheinen des Bebelschen Werks, hinzuneigen, und dieser Standpunkt entspricht auch ungefähr der ziemlich weit zurückdatierenden Meinungsäußerung von Marx. Das Kommunistische Manifest (1848) bezeichnet nur die „offizielle" Weibergemeinschaft der Kommunisten als eine „angebliche," scheint also bloß geduldete Weibergemeinschaft in den Sitten seines Zukunftsstaats für eine Möglichkeit zu halten, die allerdings auch Bebel nicht ausdrücklich ausschließt.

Die Marx-Bebelsche, auf materialistischer Geschichtsgrundlage beruhende Konstruktion erkennt in der uns gewohnten Form der Ehe ein Produkt des Privateigentums. Diese Ehe will dem besitzenden Manne unzweifelhafte und gesetzlich geschützte Leibeserben sichern (matrimonium liberorum quaerundorum causa) und schließt darum die Ehefrau mit allen Zwangsmitteln der Gewalt, des Rechts und der Sitte vom Verkehr mit andern Männern ab. Die Frau ist anfangs beinahe Sklavin, so in Griechenland und Rom. Bei den Germanen, aber keineswegs durch das Christentum wird ihre soziale Stellung verbessert. Aber noch ist die Ehe ein bloßes Freundschafts- und Zweckverhältnis. Die spezifische Geschlechtsliebe im höhern Sinne kommt erst durch den ritterlichen Minnedienst auf, und zwar außerehelich; in die Ehe bringt sie erst spät und wesentlich nur innerhalb des Protestantismus ein, ohne jedoch der Frau die unverkürzte soziale Gleichberechtigung zu gewähren.

Innerhalb dieser Entwicklung hat die Bourgeoisie ihre spezifische Abart der Ehe erzeugt. Mit dem zunehmenden Erwerbssinn und den verschärften Konkurrenzbedingungen tritt die Geldheirat in den Vordergrund und als ihre Ergänzungen die eheliche Untreue und die weibliche Prostitution, welch letztere übrigens von vornherein neben der Ehe herging. Die Prostitution ist gleichzeitig ein Ausdruck der Klassenherrschaft und der Männerherrschaft. Sie wurde bis vor kurzem befördert durch die egoistischen Heiratserschwerungen, die die herrschende Klasse dekretierte.

Ist somit die Bourgeois-Ehe eine „heuchlerische" und nicht mehr wirkliche, so sind in der vermögenslosen, aber um so reinern Proletarier-Ehe die Bedingungen der Zukunftsehe schon vorhanden. In der sozialistischen Volkswirtschaft würde die Monogamie ihren

Zweck verfehlen und kommt von selbst in Wegfall. Diese Ausdrucksweise ist jedoch irreleitend. Monogamie im technischen Sinne der Sozialisten ist nicht Einehe, sondern staatlich anerkannte Einehe zu Vererbungszwecken mit staatlich erschwerter Lösung. Mit der „Monogamie" ist also die Einehe nicht abgeschafft.

In seinen letzten Lebensjahren interessierte sich Marx für die damals neuen urgeschichtlichen Forschungen Morgans über die Epoche des Mutterrechts. Auf Grund seiner nachgelassenen Papiere bearbeitete Engels den Gegenstand in einer zuerst 1884 erschienenen Schrift. Aus ihr übernahm Bebel den Stoff in seine neuesten Auflagen. Es wird in diesen Untersuchungen zweierlei nachzuweisen versucht: einmal, wie die Monogamie mit dem Privateigentum (zuerst Viehbesitz) aufkam, und zweitens, wie die merkwürdigen Formen der mutterrechtlichen Gruppenehe vor dem Privateigentum einen natürlichen Fortschritt zu immer höhern, der Einehe ähnlichern Formen erkennen und verstehen lassen. Die höchste erreichte Form ist die von der Monogamie streng zu scheidende „Paarungsehe": Einehe mit dauerndem Charakter, jedoch lösbar nach vergeblichem Aussöhnungsversuch von seiten der Verwandtschaft. Diese Lehre ist im Munde der Sozialisten deshalb von außerordentlicher Wichtigkeit, weil sie die Anerkennung der Einehe zur Evidenz bringt.

Die erleichterte Ehescheidung käme der Frau in erster Linie zu gute, weil der Mann sich an die Schranken der Ehe ohnehin nicht bindet. Selbstverständlich wird die Frau auch in jeder andern Beziehung emanzipiert: alle Erwerbszweige stehen ihr offen; sie genießt die jetzt dem Manne vorbehaltene Erziehung, „ausgenommen dort, wo die Geschlechtsverschiedenheit Abweichungen und eigenartige Behandlung unumgänglich machen"; sie wird dadurch ebenso selbständig wie der Mann, und wenn Neigung und Anlage sie immer noch auf bestimmte Beschäftigungen vorwiegend hinweisen mögen, gewinnt sie doch ihre ursprüngliche, dem Manne ebenbürtige Körperkraft wieder. Wenn sie keinen Kriegsdienst leistet, so bringt dafür der Mann keine Kinder zur Welt. Sie nimmt daher auch teil an dem gleichen Stimmrecht. Dieser Punkt hat sogar im Programm Aufnahme gefunden, wenn auch in der leicht verschleierten Form: „gleiches Stimmrecht aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten

Lebensjahre an.“ Dieſe Formulierung war auf dem Gothaer Kongreß ein Kompromiß mit denjenigen, die auf Grund ihrer perſönlichen Erfahrungen befürchteten, die Frauen würden doch nur antiſozialiſtiſch ſtimmen.

Vorausſetzung der lösbaren Ehe iſt ſtaatliche Kinderzucht, nur Stern will die Öffentlichkeit der Erziehung in das Belieben der Eltern ſtellen, und Geiſer giebt der elterlichen Erziehung den unbedingten Vorzug. Nach Bebel begiebt ſich die Mutter zur Niederkunft in eine öffentliche Anſtalt und verbleibt in derſelben bis zur Entwöhnung. Die fernere Erziehung geſchieht promiscue, aber nach den gemeinſchaftlichen Anordnungen der zu dieſem Zwecke einen Verein bildenden Elternſchaften. Die Eltern ſind von ihren Kindern nicht abgeſperrt, ſie können ſich ihnen vielmehr in einem Maße widmen, wie es heute unmöglich iſt. Der Unterricht kann um ſoviel vollkommener geſtaltet werden, daß auf je zehn Schüler ein Lehrer kommt. Wenn heute die große Maſſe der Jugend „durch demoraliſierende Lektüre, durch ſchamloſe Anreizung zur Genußſucht und durch die Zweideutigkeiten aller Art in der Preſſe, durch die Einwirkungen des Fabrikſyſtems, die Wohnungsmißverhältniſſe, die vollſtändige Ungebundenheit und Selbſtändigkeit in einem Alter, in dem der Menſch am meiſten der Zügel und der Erziehung zur Selbſtzucht und Selbſtbeherrſchung bedarf“ — eine äußerſt charakteriſtiſche Auslaſſung Bebels —, ſo „wird die Geſellſchaft der Zukunft alle dieſe und ähnliche Übel mit Leichtigkeit, ohne Zwangsmittel und Tyranniſierung vermeiden können.“ Von der in den ſpätern Stadien aus Unterricht und Gymnaſtik zu miſchenden Erziehung war ſchon an früherer Stelle die Rede.

Für das häusliche Leben der Eltern bleibt nicht viel übrig. Küche, Wäſche ꝛc. werden genoſſenſchaftlich und meiſt außerhalb des Hauſes beſorgt, die Frau iſt alſo in der Wahl ihrer Beſchäftigung auch nach dieſer Seite noch freier als die heutige Proletarierin. Tritt das Familienleben zurück, ſo bildet dafür das öffentliche Leben, namentlich die Arbeitsgemeinſchaft, allmählich neue Gemeinſchaftsformen und Sitten aus. Bebel denkt auch die Mußeſtunden in ſehr weitem Umfange der Gemeinſchaftlichkeit gewidmet.

Es liegt auf der Hand, daß eine ſolche Umgeſtaltung des

Familienlebens für die Durchführung des kommuniſtiſchen Verteilungsgrundſatzes von einſchneidender Bedeutung iſt.

Es braucht kaum ausdrücklich geſagt zu werden, daß Bebels Agitation für die Frauenfrage den Zweck hat, das weibliche Geſchlecht, insbeſondre die Arbeiterinnen für die Parteiſache zu gewinnen. Die letzten Auflagen ſeines Buches wurden ja auch mit einer bei ſozialdemokratiſchen Schriften ſo ſeltenen Eleganz ausgeſtattet, daß ſie augenſcheinlich beſtimmt ſind, die Boudoirs der Proletarierinnen zu zieren. Um ſo nachdrücklicher muß darauf hingewieſen werden, daß dieſe Taktik nach den eignen ſozialiſtiſchen Grundſätzen Bauernfang iſt.

1848 bezeichnete Marx die Bourgeoiſie und das Proletariat als die zwei einzigen revolutionären Klaſſen. Im Augenblicke der damals anbrechenden Bourgeois-Revolution ſollte das Proletariat die Bourgeoiſie unterſtützen, ſich aber dabei gegenwärtig halten, daß die Bourgeoiſie, kaum ans Ruder gelangt, verſuchen würde, ihre Waffe gegen das Proletariat zu kehren. Nach der materialiſtiſchen Geſchichtslehre kann die Bourgeoiſie nicht anders als ſo egoiſtiſch handeln. „Ihr habt geſehen," ſchrieb Marx 1850, „wie dies in Erfüllung gegangen iſt." Marx glaubte damals, eine Revolution von ſeiten der kleinbürgerlichen Demokratie werde in abſehbarer Zeit der bürgerlichen Revolution folgen. Die Proletarier ſollten im Augenblicke dieſer Revolution ſich zur Demokratie ebenſo ſtellen wie früher zur liberalen Bourgeoiſie, bis dahin aber anders. „Im gegenwärtigen Augenblicke, wo die demokratiſchen Kleinbürger überall unterdrückt ſind, predigen ſie dem Proletariat im allgemeinen Einigung ..., ſie ſtreben danach, die Arbeiter in eine Parteiorganiſation zu verwickeln, in der die allgemein ſozialdemokratiſchen Phraſen vorherrſchend ſind, hinter denen ihre beſonderen Intereſſen ſich verſtecken, und in der die beſtimmten Forderungen des Proletariats um des lieben Friedens willen nicht vorgebracht werden dürfen. Eine ſolche Vereinigung würde allein zu ihrem Vorteile und ganz zum Nachteile des Proletariats ausfallen." „Die Arbeiterpartei kann unter Umſtänden ſehr gut andre Parteien und Parteifraktionen zu ihren Zwecken gebrauchen, aber ſie darf ſich keiner andern Partei unterordnen."

Die Rolle, die damals Bourgeoisie und Demokratie gegenüber dem Proletariat spielten und die 1869 die Liebknechtsche Sozialdemokratie gegenüber der Demokratie spielte, „diese so verräterische Rolle“ spielt jetzt das männliche Proletariat gegenüber der weiblichen Klasse.

Sehr vorsichtig sagen die von Marx formulierten Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation, „daß die Bestrebungen der Arbeiter, um ihre Emanzipation zu erlangen, nicht dahin zielen dürfen, neue Privilegien zu gründen, sondern für alle gleiche Rechte und gleiche Pflichten feststellen müssen.“ Umsonst versichert das Eisenacher Programm (1869) in der verbalhornten Form des obigen Satzes, daß „der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte ist, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für Abschaffung aller Klassenherrschaft.“ Wäre dem so, so würde es schwerlich noch jetzt Sozialisten geben, wie Bebel mitteilt, „die der Frauenemanzipation nicht weniger abgeneigt gegenüberstehen, wie der Kapitalist dem Sozialismus.“ Der auf den sozialdemokratischen Kongressen wiederholt zu Tage tretende Interessengegensatz zwischen den Geschlechtern beruht zwar zunächst auf dem Konkurrenzneid, der im sozialistischen Staate keine Stelle mehr hätte, aber er giebt doch einen Vorschmack von den Möglichkeiten der Zukunft. Daß eine Benachteiligung der Frauen im sozialistischen Staate nicht denkbar sei, wird Bebel selbst nicht glauben. Zum Überfluß zeigen Bebels historische Auseinandersetzungen die Unhaltbarkeit einer solchen Fiktion. Wie stand es denn vor den „Klassengegensätzen“ um die Gleichberechtigung der Geschlechter? Die sozialistischen Gelehrten sind sich nicht ganz einig, ob die Frauen damals privilegiert oder unterdrückt, aber einig, daß sie nicht durchaus gleichberechtigt waren. „Kommunistischer Haushalt“ — sagt Engels — „bedeutet Herrschaft der Weiber im Hause.“ Anderseits hatten die Männer durch ihre Körperkraft und Wehrhaftigkeit das Übergewicht, wovon mancherlei Spuren.

„Was die Knechtschaft der Frau in der Urzeit begründete,“ lese ich in einer ältern Auflage des Bebelschen Buches, „diese im Laufe der Jahrtausende aufrecht erhielt und zu einer wesentlichen

Differenzierung in den physischen und geistigen Kräften der beiden Geschlechter führte, wodurch das Abhängigkeitsverhältnis der Frau noch mehr verstärkt wurde, das sind ihre Eigentümlichkeiten als Geschlechtswesen." Will Bebel ihre Eigentümlichkeiten als Geschlechtswesen abschaffen?

3. Daß die christliche Religion mit dem Sozialismus nichts weniger als unverträglich sei, liegt so auf der Hand, daß es weiterer Worte nicht bedarf. Beispiel für die Verbindung beider ist zwar nicht der christliche Halbsozialismus in England, wohl aber die Henry-George-Bewegung in den Vereinigten Staaten. Religionsfeindlich wird der Sozialismus erst durch seine Verquickung mit dem politischen Radikalismus, sofern dieser religionsfeindlich ist. Es braucht an dieser Stelle nicht erörtert zu werden, warum und unter welchen Umständen letzteres zutrifft. Der prinzipielle Boden, auf dem die Religionspolitik der Sozialdemokratie steht, ist dieser gemeinschaftlich mit ihren politischen Nachbarn zur Rechten bis an die Grenze, wo die Anerkennung des Königtums von Gottes Gnaden beginnt, und im ganzen dürfte zwischen dem religiösen Credo der Sozialdemokratie und dem des Liberalismus kein wesentlicherer Unterschied obwalten als der durch die verschiedene Bildungsstufe bedingte. Die religiöse Stellung beider ist selbstverständlich den großen geistigen Strömungen unterworfen, wobei die Arbeiterklasse naturgemäß etwas nachhinkt. Die Ära Häckel erreichte innerhalb der Sozialdemokratie in den siebziger Jahren ihren Höhepunkt und scheint jetzt, obwohl territorial verschieden, schon in allmählichem Abzuge begriffen. Die Sozialdemokratie umklammert die verschiedensten religiösen Schattierungen: eine wahrscheinlich nicht geringe Zahl Kirchengläubiger, einige freireligiöse Sekten, atheistische Heißsporne, indifferente Zweifler und Leugner, endlich philosophische Verächter.

Als zweiter Faktor wirkt natürlich die Stellungnahme des kirchlichen Amtes zur Sozialdemokratie auf das Verhalten dieser zurück. Die Polemik der christlichen Kirche richtet sich nicht mit derselben Schärfe gegen die demokratischen oder die ökonomischen Reformideen der Sozialdemokratie wie gegen ihre Irreligiosität und gegen den bösartigen Charakter ihrer Agitation. Die sozialdemokratische

Agitation ist bekanntlich in ihren Mitteln nicht immer wählerisch. Sie benutzt regelmäßig die Aufstachelung der ungezügelten Begehrlichkeit, des Neides und Hasses als Hebel ihrer Propaganda und predigt nicht selten die blutige Revolution mit blutrünstigen Phrasen. Es war dies vor allem 1848 und in den siebziger Jahren der Fall — unter welchen Einflüssen, ist hier nicht zu erörtern. Daß der entschlossene Widerspruch von kirchlicher Seite, wie er beispielshalber von Pius IX. und Leo XIII. ausging, eine geharnischte Erwiderung findet, daß der anfangs gegen die Religion gerichtete Kampf auf die Kirche ausgedehnt wird, ist selbstverständlich; und zwar nicht selbstverständlich, aber doch aus unsern Kulturzuständen begreiflich ist die Weise, in der dieser Kampf von sozialdemokratischer Seite geführt wird.

Hierzu kommt allerdings, daß die Sozialdemokraten Ursache zu haben meinen, den „Pfaffen" eine Parteilichkeit für die herrschenden Klassen vorzuwerfen, von denen sie angestellt sind und denen sie gesellschaftlich nahe stehn. Die Kirche erweise sich als kapitalistische Institution „mit einzelnen rühmlichen Ausnahmen."

Mit den religionsfeindlichen Instinkten der Masse harmonieren auch die obersten Führer. Sie sind Atheisten wohl ziemlich alle. Lassalle kommt hier wenig in Betracht. Von den Häuptern der marxistischen Schule scheint Marx einer der heißblütigsten Kämpen gewesen zu sein. Was uns hier interessiert, ist sein Versuch, den Atheismus in das Schema seiner materialistischen Geschichtslehre einzufügen. „Selbst alle Religionsgeschichte, die von dieser materiellen Basis" (der Wirtschaftsgeschichte) „abstrahiert, ist — unkritisch. Es ist in der That viel leichter, durch abstrakte Analyse den Kern der religiösen Nebelbildungen zu finden, als umgekehrt aus den jedesmaligen wirklichen Lebensverhältnissen ihre verhimmelten Formen zu entwickeln. Die letztere ist die einzig materialistische und daher wissenschaftliche Methode." Zur Lösung der hier gestellten Aufgabe sind einige Anläufe von Marx, Engels und Stern gemacht worden; uns gehen dieselben nur insoweit an, als sie noch auf die Gegenwart Bezug haben.

Jede Religion ist das Produkt der herrschenden Klasse. Das kirchliche Christentum ist die Religion der Bodenaristokratie; es ist

die feudale Religion und befestigte die feudale Wirtschaft. Seine Diener sind zuerst die spezifischen Werkzeuge der feudalen Klassenherrschaft, dann Lohndiener der Bourgeoisie. Die Religion der aufkommenden Bourgeoisie ist der Protestantismus mit seinen Vorläufern; er ist die revolutionäre Religion einer revolutionären Klasse. Er steigert sich zum Prinzip der Religionsfreiheit, die ein Analogon der freien Konkurrenz ist, und zur Aufklärung, die mit dem Siege der Bourgeoisie 1789 an die Herrschaft kommt. Er wird in Deutschland abgelöst durch den Idealismus unsrer klassischen Litteraturperiode, der aber im Zeitalter des egoistischen Erwerbs sehr schnell umschlägt zur Heuchelei, den Heineschen Spott, den Byronschen Weltschmerz und den Schopenhauerschen Pessimismus erzeugt (Stern). „Die Bourgeoisie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt“ (Marx). Die Religion oder das Analogon einer Religion des Proletariats ist der Atheismus. Das kirchliche Christentum ist jetzt nur ein heuchlerisches Werkzeug in den Händen der herrschenden Klasse, denn „dem Volke muß die Religion erhalten werden.“ Diese Rechnung stimmt offenbar nicht vollkommen, schon weil der Protestantismus längst auch „feudale“ Religion geworden ist. Ferner ist der Atheismus ein Produkt der Bourgeoisie, kann also nicht zugleich Produkt des Proletariats sein. Die zu erfindende Religion des Proletariats müßte vom Christentum so weit entfernt sein wie zwei sich berührende Extreme.

Neben dieser spezialisierten Argumentation findet sich noch eine summarische: die ganze bisherige Geschichte bewegte sich in Klassengegensätzen; der sozialistischen Überwindung der Klassengegensätze muß auch ein radikaler religionsgeschichtlicher Umschwung entsprechen, wie der von der Religion zur Religionslosigkeit. Dies schrieb Marx 1848, lange Zeit vor seinen urgeschichtlichen Studien. Nun herrschten vor den Klassengegensätzen Religionen, mit denen verglichen das Christentum auch dem Aufklärer als Aufklärung erscheint. Hängt die Religion von den Klassengegensätzen ab, so müßte mit dem Sozialismus der heidnische Aberglaube zurückkehren, vielleicht in vervollkommneten Formen.

Neuerdings hat Engels eine andre Konstruktion versucht. Danach ist Religion die Wiederspiegelung der den Menschen beherrschenden äußern Mächte, anfangs der Naturmächte. Der moderne Mensch beherrscht die Natur und hat keine Naturreligion mehr, aber er wird von den volkswirtschaftlichen Gesetzen, insbesondre von den Wirtschaftskrisen beherrscht, und fürchtet dieselben, auch nachdem er sie erkannt hat: „Der Mensch denkt, und Gott lenkt.“ Mit dem Augenblicke, wo der Mensch die Zügel der Volkswirtschaft selbst ergreift, bricht seine Religion zusammen.

Giebt diese Geschichtskonstruktion dem Atheismus eine tiefere Bedeutung, so hat sie auch eine unmittelbar praktische Konsequenz: vernichtet der Sozialismus die Religion von selbst, so braucht der Sozialist sich um ihre Vernichtung nicht zu bemühen; gleich dem Staat, wird die Religion nicht abgeschafft, sie stirbt ab. Das Produkt der Studierlampe kommt diesmal mit dem praktischen Bedürfnis überein, indem erfahrungsmäßig die sozialdemokratische Propaganda ohne religionsfeindliche Spitze weiterkommt. Der Angriff gegen die Religion darf nicht Pionier sein, sondern muß in gemessener Entfernung folgen. Deshalb gehören die atheistischen und freireligiösen Heißsporne zu den schwersten Heimsuchungen der Partei und werden nach Möglichkeit geduckt. Die höher gebildeten Führer müssen diesen Konvertiteneifer ebenso verachten wie mißbilligen. „Es giebt Heißsporne unter uns,“ sagt Liebknecht, „die sich mit besonderm Eifer auf die Religion werfen, weil noch ein Stückchen Jehovah in ihnen ist, den sie nicht ganz los werden können.“ „Es ist ein Zeichen geistiger Unfähigkeit und mangelnder Thatkraft, statt auf der Erde seine Energie zu bethätigen, in den unendlichen Himmel hinauszugondeln und Krieg zu führen gegen den bürgerlichen Gott da droben.“ „Diesen Leutchen, wenn sie unter sich sind, sind wir gar nicht radikal genug, weil wir nicht wenigstens einmal jeden Tag den lieben Herrgott absetzen.“ „Unsre Partei ist eine Partei der Wissenschaft. Die Wissenschaft steht der Religion feindlich gegenüber — aber sie kann und will sie nicht niederschlagen.“ Entsprechend beschränkt man sich in den Programmen auf die Forderung, die Kirche zur privaten Vereinigung zu degradieren und demgemäß die Religion vom öffentlichen Unter-

richt auszuschließen; so schon 1869. Ein Antrag, den sofortigen Austritt aus den Landeskirchen zu empfehlen, wurde 1872 vom Mainzer Kongreß angenommen, nachdem er ein Jahr früher in Dresden durchgefallen war. Dieser Beschluß hatte nur für die damals noch selbständige Bebel-Liebknechtsche Parteigruppe Giltigkeit, während das Gothaer Vereinigungsprogramm nur die Eine Forderung aufnahm: „Erklärung der Religion zur Privatsache." Auch spätere Versuche, eine der Mainzer ähnliche Bestimmung wieder aufzunehmen, schlugen fehl. Man wird sich entsinnen, daß die neuerliche Berliner freireligiöse Agitation für Lossagung von der Landeskirche durch den Parteivorstand nicht unterstützt wurde und kläglich mißglückte. Es scheint übrigens, daß Marx selbst eine radikalere Formulierung im Programm wünschte. Auch Engels erklärte noch jüngst, nur dem Staate gegenüber dürfe die Religion Privatsache werden.

Daß mit der Religion auch die Moral fallen solle, kann trotz mancher Ausschreitungen als Standpunkt der Partei nicht bezeichnet werden. Bebel verwahrt sich ausdrücklich und gewiß optima fide dagegen. Auch Lassalle spricht gelegentlich von einem durch den Sozialismus herbeizuführenden sittlichen Fortschritt, und Marx in den Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation postuliert „Wahrheit, Recht und Sitte" als Grundlage des „Betragens" gegen alle Menschen.

III.

Ein Haupthindernis einer verbreiteteren Kenntnis der sozialdemokratischen Ziele bildet der für manchen präjudizielle revolutionäre Charakter der Partei, welche für sie eintritt. Es schien uns indes schon um der Klarheit willen geboten, in einer Erörterung der sozialdemokratischen Bestrebungen Zweck und Mittel gründlich zu sondern.

Die Verwirklichung der sozialdemokratischen Pläne würde in zwei Akten erfolgen müssen: erstens Umwandlung der staatsleitenden Organe in sozialdemokratische, und zweitens, durch diese Organe

die sozialdemokratische Reform. Den Kern der praktischen Schwierigkeiten, die aller sozialdemokratischen Politik entgegenstehn, bildet natürlich immer der Widerstand der großen und einflußreichen Klasse, welche gegenwärtig sich im wohlerworbenen Besitze der Arbeitsmittel und im Genuß ihrer Renten befindet; mit Rücksicht darauf können wir die zwei Gegenstände, mit denen der vorliegende Abschnitt sich zu beschäftigen hat, mit einem Schlagwort a potiori als Frage der Revolution und der Expropriation bezeichnen.

1. a) Zur Gewinnung der Macht im Staate hat die Sozialdemokratie kaum jemals einen andern Weg ins Auge gefaßt als eine Wirkung durch das Proletariat und die angeblich zum Proletariat prädestinierten Kleinbürger und Bauern, wenn auch unter geschickter Verwertung allgemeiner politischer Konstellationen. Sie fühlt sich augenscheinlich je länger um so weniger gerüstet zu einem Versuche, die Intelligenz anders als sporadisch für ihre Sache zu gewinnen; nur Lassalle und Most haben auf diese Möglichkeit flüchtig hingewiesen; und der für 48er Demokraten ungeheuerliche Gedanke eines direkten Einflusses auf die Regierung ist, ausgenommen bei Lassalle und vielleicht bei v. Schweitzer, wohl nirgends aufgetaucht.

Das Proletariat sucht man zu gewinnen durch eine Propaganda, die zugleich interessiert, schmeichelt und imponiert. Es kann hier nicht auf ihre Modalitäten im einzelnen eingegangen werden. Mit dem Proletariat und seinen Anhängseln wäre die Majorität des Volkswillens gewonnen. Ob der gewonnene Volkswille die Bestimmung hat, auf gesetzlichem Wege zum Staatswillen erhoben zu werden oder durch Gewaltthat, dies ist unsre Frage.

Darüber kann, dies sei vorweg bemerkt, ernsthaft nicht gestritten werden, ob die Partei im äußersten Falle den Weg der Gewalt als ultima ratio zurückweisen würde, sobald sie die Macht besitzt; wie es umgekehrt sich von selbst versteht, daß sie ceteris paribus den gesetzmäßigen Weg vorziehen würde. Es hat wohl nie eine große politische Partei gegeben, die vor einem gewaltsamen Mittel zurückgeschreckt wäre, wenn Macht und Zweck zu dem Mittel nicht außer Verhältnis standen. Es kann sich nur darum handeln,

soweit einem Außenstehenden die Beantwortung möglich ist, wie weit die Partei bisher die Eventualität der Gewaltthat ins Auge gefaßt hat.

Die Sozialdemokratie erlaubt sich den Luxus einer vom Sprachgebrauche abweichenden Terminologie. Wie sie den Vokabeln Kapital, Staat, Monogamie, zum Teil auch Ware und Geld, neue Begriffe unterschiebt und es dann billig hat, diese scheinbar unentbehrlichen Dinge dem Untergang zu weihen, so verbindet sie mit dem Worte Revolution einen Doppelsinn. Revolution bedeutet in ihrem Munde nicht notwendig Blutvergießen, sondern ganz gewöhnlich jede soziale Verschiebung in großem Maßstabe, zum Beispiel die Fortschritte des Großbetriebs, — gleichviel durch welche Mittel.*) „Der Staatsanwalt vermag das Wort Revolution nicht zu lesen, ohne geschwungene Heugabeln vor seiner Phantasie zu sehen" (Lassalle). Die gesamte sozialdemokratische Litteratur bestätigt den von Lassalle in Anspruch genommenen Wortsinn. „Jede Partei darf das Recht beanspruchen, daß ihren Ausdrücken der Sinn untergelegt wird, den sie selbst ihnen unterlegt," sagt Liebknecht eben mit Beziehung auf den Revolutionsbegriff. Wenn sich daher die Sozialdemokratie mit Emphase eine revolutionäre Partei nennt, so darf hieraus für unsre Frage keine Konsequenz gezogen werden.

Indem wir im folgenden das Wort „Revolution" im vulgären Sinne anwenden, können wir die Stellung der Sozialdemokratie zur Revolutionsfrage nur auf geschichtlicher Basis entwickeln. Revolutionäre aus Herzensgrund sind fast nur die achtundvierziger Charakterköpfe; die andern sind höchstens Nachahmer.

Obgleich Lassalle sich bedingterweise sogar ausdrücklich für eine gewaltthätige Durchführung seines Programms ausgesprochen hat, so ließ doch thatsächlich seine Agitation für das allgemeine Stimmrecht die Revolutionsfrage in ihrer ganzen Schärfe nicht aufkommen.

---

*) Lassalle setzt diesem Begriff der Revolution einen Begriff der Reform entgegen, unter dem er jede nicht ein ganz neues Prinzip einführende Entwicklung versteht. Liebknecht weicht hiervon ab, sofern er ein reformatorisches Ziel überhaupt nicht kennen will, sondern vielmehr reformatorische, d. h. unblutige Mittel.

Marx, obwohl von Bildung ein echter Revolutionär, zeigt doch in der Revolutionsfrage eine zwiespältige Auffassung. Dieser Zwiespalt beruht darauf, daß er zuerst bei den französischen und dann bei den englischen Zuständen in die Schule ging. Durchgängige Voraussetzung für die proletarische Revolution ist für ihn ein gewisses Stadium der kapitalistisch entwickelten Volkswirtschaft. Allein diese Voraussetzung genügt nicht. Nach der Lehre seiner französischen Periode (vierziger Jahre) muß die proletarische Revolution agitatorisch vorbereitet sein und sich an eine bürgerliche oder kleinbürgerliche Revolution anlehnen, womöglich auch internationale Verwicklungen ausnutzen. Am reifsten sind die Dinge hierfür in Frankreich, und noch 1871 werden die französischen Arbeiter wieder als die Vorhut des ganzen modernen Proletariats bezeichnet. Die proletarische Revolution wird eine gewaltthätige und, wie aus mancherlei Andeutungen hervorgeht, voraussichtlich auch blutige sein.

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer Kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. — Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ (Kommunistisches Manifest, 1848.)

Durch den in Manchester kaufmännisch thätigen Friedrich Engels wurde Marx 1845 auf die industrielle Entwicklung Englands als des fortgeschrittensten Kapitalistenstaates hingewiesen. Dieselbe erlaubte ihm, seine zuerst aus der französischen Litteratur entnommene materialistische Revolutionstheorie viel feiner auszuführen. Ende des Jahrzehnts siedelte er von Paris nach London über und begann seine englischen Studien, deren späte Frucht sein Werk über das Kapital ist. Seine Prognose wurde nun eine wesentlich andre. Als Hebel der Revolution galt ihm jetzt in erster Linie das Vordringen des Großbetriebs mit nebenhergehender Zunahme des Proletariats und der Geschäftskrisen. Die in Paris voranstehende Weckung des Klassenbewußtseins durch Agitation und Ereignisse trat mehr zurück, zumal als die Ansätze zu Arbeiterbewegungen in Eng-

land, auf die Engels und er gebaut hatten, die in sie gesetzten Erwartungen enttäuschten. War ferner die industrielle Entwicklung für die Revolutionsreife maßgebend, so durfte nicht Frankreich, sondern mußte England zuerst revolutionieren. Hatten anfangs selbst Frankreich und Deutschland für revolutionsreif gegolten, so schien jetzt die Weltwirtschaft einer noch weitern Steigerung des Kapitalismus zu bedürfen. Der Revolutionszeitpunkt schob sich damit hinaus. Endlich war mit alledem die Möglichkeit einer zwar durch das Schwergewicht der Majoritätsinteressen, aber doch unblutig durchzusetzenden Lösung nahe gelegt. Zwar heißt es im „Kapital" noch, in der Geschichte spiele die Gewalt die große Rolle, und die Gewalt sei der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft (d. h. Gesellschaftsform), die mit einer neuen schwanger gehe, aber es wird doch nicht gesagt, ob diese geschichtliche Erfahrungsregel auf den aktuellen Fall zutreffe. Der Krieg der Geknechteten gegen ihre Unterdrücker ist für Marx 1871 selbstverständlich noch der einzig rechtmäßige Krieg und muß aber- und abermals in stets wachsender Ausbreitung sich erneuern; aber daneben begann er einzuräumen, daß es Länder gebe, wie die Vereinigten Staaten, England, Holland, wo der Sozialismus auf friedlichem Wege sich durchsetzen könne. Allerdings pflegte er für England hinzuzufügen, er glaube kaum, daß der Versuch einer gewaltsamen Kontrerevolution, „einer Sklavenhalterrebellion," gegen diese friedliche und gesetzliche Umgestaltung ausbleiben würde. Engels blieb wenigstens in bezug auf Deutschland noch nach Marx' Tode kampflustiger Revolutionär.

Es braucht kaum hervorgehoben zu werden, daß Marx bei diesem Meinungswechsel zugleich dem Einfluß der Zeit, der Zeitgenossen und der zeitgenössischen Thatsachen unterlag. Es nimmt nicht wunder, daß die Führer der neuern sozialdemokratischen Bewegung, so sehr sie sich auch hier an ihren Meister anlehnen, über seinen spätern gemäßigten Standpunkt eher noch hinausgehen. Besonders charakteristisch für diesen Zusammenhang mit Marx ist eine Aussprache Liebknechts auf dem Koburger Parteitage 1874. Liebknecht, obwohl ein aktiver Revolutionär von 1848 und hervorragender Marxist, nimmt hier selbst für Deutschland die friedliche Möglichkeit in Anspruch. Noch 1869 erklärte er den Sozialismus für

eine Frage nicht der Theorie, sondern einfach eine Machtfrage, die in keinem Parlamente, die nur auf der Straße, auf dem Schlachtfelde zu lösen sei, gleich jeder andern Machtfrage. Dagegen 1874: „Ein revolutionäres Ziel ist sehr wohl durch nicht gewaltsame, durch gesetzliche Mittel zu erreichen. Wir haben ein Beispiel an der englischen Reformbewegung, die insofern wenigstens revolutionär war, als sie der Klasse, welche bis dahin in England ausschließlich geherrscht hatte, trotz ihres Widerstandes diese ausschließliche Herrschaft entriß, ohne daß der gesetzliche Boden verlassen wurde — einfach, durch eine großartige Agitation, durch unwiderstehliche pressure from without — »Druck von außen«, d. h. aus dem Volk heraus. Hier ist auch für uns der Punkt, an welchem der Hebel anzusetzen. Zwar ist unser Vereinsrecht nach allen Richtungen hin beschnitten, unsre Preßfreiheit ein Spott auf den Namen, allein selbst mit diesen rostigen, mangelhaften Waffen, mit den Gesetzen, die gegen uns gemacht worden sind, getrauen wir uns, den Feind zu besiegen. Jedenfalls werden wir uns nicht von dem Boden der Gesetze abdrängen lassen, womit nur unsern Feinden gedient wäre".

Hiermit ist selbstverständlich die Möglichkeit einer Revolution von Liebknecht noch nicht verneint, aber es ist doch schon von Bedeutung, wenn auch nur dieser Ton angeschlagen wird. Selbst Most erklärt 1876 die Propaganda ohne Gewaltthätigkeit für einen zum Ziele führenden Weg. Ob es zur Revolution kommt, liegt nicht an uns, sondern an der Kurzsichtigkeit der besitzenden Klassen: so lautet die übliche Auskunft der Parteiführer. Allerdings, fügt Bebel mit einer Marxschen Reminiscenz hinzu, wäre es beispiellos, wenn die zu benachteiligende Klasse sich freiwillig in ihre neue Rolle hineinfände. „Wohl war die Gewalt", so interpretiert Liebknecht auf dem Parteitage von 1887, „bisher die Geburtshelferin neuer Gesellschaften, aber nur weil die alten Gesellschaften sich mit Gewalt dem sein Recht fordernden Neuen widersetzten. Die Gewalt macht keine Revolution, und ist überhaupt nicht revolutionär. Im Gegenteil: die Feinde der Revolution haben sich stets auf die Gewalt gestützt". Und auf seinen Antrag beschloß der Parteitag einstimmig gegen zwei Stimm-

enthaltungen: „Die Gewalt ist ebensogut ein reaktionärer als ein revolutionärer Faktor; ersteres sogar häufiger gewesen als das letztere". Die Sozialdemokratie habe sich dem Marxschen Programmpunkt: revolutionäre Diktatur des Proletariats, nie gefügt, versicherte kürzlich Grillenberger im Reichstage.

Diesen während der letzten Jahrzehnte sich vollziehenden Umschwung, auf dessen Begründung hier nicht eingegangen werden kann, veranschaulicht in besonders greifbarer Weise die Stellung zum Parlamentarismus. Als Paradigma wähle ich Liebknecht.

Das aus Frankreich gebürtige Mißtrauen gegen Parlamentarismus und allgemeine Wahlen übertrug sich durch die Kanäle der in den sechziger Jahren neugegründeten Arbeiterbildungsvereine auf die Bebel-Liebknechtsche Gruppe der Sozialdemokratie und wurde durch Preußenhaß gesteigert, als es 1867 galt, in den Norddeutschen Reichstag zu wählen. Dennoch war die Mehrheit nicht geradezu für Wahlenthaltung, in der Erkenntnis, daß man die Reichstagsbühne nicht gänzlich den Gegnern ausantworten dürfe. Liebknecht, der wohl seinen Proudhon noch im Kopfe hatte, ging jedoch in seinen Zugeständnissen nicht einmal so weit. Während diese den Parteivertretern im Reichstag eine dauernde protestierende Rolle zubilligen wollten, verlangte Liebknecht, sie sollten gleich anfangs nach einmaligem Protest mit Knalleffekt aus dem Parlamente scheiden. Er gab jedoch, wie er selbst erzählt, der Mehrheitsansicht nach.

Sein damals und in einer 1869 gehaltenen Berliner Volksrede, sowie auf dem Stuttgarter Parteikongreß 1870 zum Ausdruck gebrachter Standpunkt läßt sich dahin resümieren. Das Wahlrecht sei im Klassenstaate nicht frei, sondern ein Werkzeug in den Händen der Regierung. Kein Kandidat, den die Regierung ernstlich bekämpfe, werde die Majorität erhalten, — wenigstens in Preußen, fügte Liebknecht 1869 hinzu, da die sächsischen Reichstagswahlen günstig verlaufen waren. Eine dereinstige sozialdemokratische Reichstagsmehrheit sei nur der Traum einiger sozialistischen Phantasiepolitiker. Auch würde eine solche nichts nützen, da der Berliner Reichstag machtlos, eine bloße Komödie sei. Es sei ferner nicht daran zu denken, daß eine sozialistische Reichstagsfraktion auch nur einzelne prinzipiell wichtige Gesetze durchdrücke. Zu bloßen „praktischen" Zwecken aber

zu parlamenteln, könne nur der Verrat oder die Kurzsichtigkeit den Sozialisten zumuten. Ebenso unzweckmäßig sei die parlamentarische Rednerbühne für propagandistische Zwecke. Den Reichstag werde man nicht bekehren, auch wenn derselbe ein erstes Mal aus Neugier eine theoretische Rede zulasse. Abzulesen sei im Reichstage nicht erlaubt, theoretische Auseinandersetzungen daher leichter in der Presse möglich. Wahrheiten, die die Polizei außerhalb des Parlaments nicht zuläßt, würden ohnehin nicht ins Volk kommen, da nur eine unverkürzte Wiedergabe der Debatten, wie sie die Arbeiterpresse nicht liefern könne, straffrei sei. Lediglich der Wahlagitation wegen sei der Parlamentarismus annehmbar. Nur in Zeiten vollständiger Lethargie des öffentlichen Lebens und in Momenten höchster revolutionärer Aufregung habe das Parlament einen Selbstzweck. Das allgemeine Wahlrecht sei eine goldne Brücke, die Bismarck nach Napoleons Vorgang dem Radikalismus baue, über die aber die Sozialdemokratie nicht wandeln werde.

Nachdem die in den Norddeutschen Reichstag gewählten Sozialdemokraten — darunter Liebknecht selbst — trotz des letzteren Einspruch ihr Mandat zum Zwecke häufigerer Protestabgabe beibehalten hatten, erschien die Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund auf der Tagesordnung. Trotz Liebknechts abermaligen Widerspruchs konnten seine Kollegen sich nicht enthalten, im Interesse der Arbeiter und zu propagandistischen Zwecken diesmal eine Ausnahme zu machen und an der Verhandlung teilzunehmen. „Die Sozialdemokratie," erklärte Liebknecht noch 1869, „darf unter keinen Umständen und auf keinem Gebiet mit den Gegnern verhandeln. Verhandeln kann man nur, wo eine gemeinsame Grundlage besteht. Mit prinzipiellen Gegnern verhandeln, heißt sein Prinzip opfern. Prinzipien sind unteilbar, sie werden entweder ganz bewahrt oder ganz geopfert. Die geringste prinzipielle Konzession ist die Aufgebung des Prinzips. Wer mit Feinden parlamentelt, parlamentiert; wer parlamentiert, paktiert."

Indes ging die Praxis über Liebknechts Theorie hinweg. Auf dem Koburger Parteitage 1874 führte er selbst eine gänzlich andre Sprache. Sein schon mitgeteilter damaliger Ausspruch nimmt zwar einen friedlichen Sieg auf außerparlamentarischem Wege, durch

pressure from without, in Aussicht; aber zugleich räumte er doch ein: „Unsre Vertreter im Reichstage müssen stets das agitatorische Moment im Auge behalten. Können sie gesetzgeberisch etwas zum Vorteil der Arbeiterklasse durchsetzen — gut, dann mögen und sollen sie es thun. Prinzipienreiterei treiben wir nicht. Im wesentlichen werden sie sich jedoch negativ, kritisch zu verhalten, dem heutigen Klassenstaat die Maske abzureißen, im Parlament den Parlamentarismus ad absurdum zu reduzieren haben. Detaillierte Vorschriften lassen sich da nicht machen; die Taktik der Gegner wird die unsrige bestimmen. Jedenfalls werden wir, wenn man anständig gegen uns ist, trotz unsrer Verachtung für den Parlamentarismus dem parlamentarischen Prinzipienkampf nicht ausweichen, vor dem unsre Feinde, wo es sich um die Sozialdemokratie handelt, eine so heilige Scheu haben — trotz ihrer Schwärmerei für den Parlamentarismus." Auf seinen Antrag ging fast einstimmig eine Resolution durch, die die Teilnahme an den Reichstagswahlen und Reichstagsverhandlungen „wesentlich nur zu agitatorischen Zwecken" „gegenüber den jetzigen politischen Gestaltungen Deutschlands" vorschreibt.

In den nächsten Jahren folgte die Vereinigung mit den parlamentsfreundlichen Lassalle-Anhängern, die schnelle Zunahme der sozialistischen Stimmzahlen, endlich die Ära der Sozialreform. Die sozialdemokratischen Abgeordneten erreichten für die Legislaturperioden 1884—87 und 1890 flg. die Stärke einer Fraktion und traten mit eignen Gesetzentwürfen an den Reichstag. Die weitgehende parlamentarische Mitarbeit eines Teils der sozialdemokratischen Vertreter selbst bei abseits liegenden Gegenständen rief energische Opposition und Spaltungen innerhalb der Partei wach, die auf den Parteikongressen 1883 und 1887 wesentlich zu Gunsten der Parlamentarier abgeurteilt, jedoch nicht aus der Welt geschafft wurden. Die genannten Kongresse vereinbarten mit Einstimmigkeit folgende Resolutionen:

1883: „Der Kongreß erklärt, daß er in Bezug auf die sogenannte Sozialreform im Deutschen Reiche weder an die ehrlichen Absichten noch an die Fähigkeit der herrschenden Klassen nach deren bisherigem Verhalten glaubt, sondern der Überzeugung ist, daß die

sogenannte Sozialreform nur als taktisches Mittel benützt wird, um die Arbeiter vom wahren Wege abzulenken.

„Der Kongreß hält es aber für die Pflicht der Partei, resp. deren Vertreter in den Parlamenten, bei allen auf die ökonomische Lage des Volkes gerichteten Vorschlägen, gleichviel welchen Motiven sie entspringen, die Interessen der Arbeiterklasse energisch wahrzunehmen, selbstverständlich ohne dabei auch nur einen Augenblick auf die Gesamtheit der sozialistischen Forderungen zu verzichten."

1887: „Der Parteitag ist der Überzeugung, daß nach wie vor die Stellung der Partei zu der parlamentarischen Thätigkeit der Abgeordneten im Reichstag und in den Landtagen die bisherige bleiben muß; wie bisher ist das Hauptgewicht auf die kritische und agitatorische Seite zu legen und die positive gesetzgeberische Thätigkeit nur in der Voraussetzung zu pflegen, daß bei dem heutigen Stande der Parteigruppierung und der ökonomischen Verhältnisse über die Tragweite dieser positiven Thätigkeit im Parlament für die Klassenlage der Arbeiter in politischer wie ökonomischer Hinsicht kein Zweifel gelassen und keine Illusion geweckt werden kann."

Ähnlich äußerte sich der Parteitag von 1890.

Kehren wir nun wieder zu Liebknecht zurück, der zu den angegriffenen Parlamentariern gehört, so finden wir im Eingang des 1883er Kongreßprotokolls eine Ansprache, die vermutlich auf ihn zurückgeht und folgenden Passus enthält: „Wir sind keine parlamentarische Partei — nicht um zu parlamentieren, schicken wir unsere Abgeordneten in die verschiedenen Vertretungskörper —, wir sind aber auch keine Revolutionsmacher. Die deutsche Sozialdemokratie ist stolz darauf, in ihrem Verhalten stets den Grundsätzen ihres großen Meisters Marx gefolgt zu sein, der weder vom Parlamentarismus noch von der Revolutionsmacherei etwas wissen wollte. Wir sind eine revolutionäre Partei, unser Ziel ist ein revolutionäres, und wir geben uns über seine Durchführung auf parlamentarischem Wege keinen Illusionen hin."

In einer Auslassung vom Dezember 1888 geht er einen Schritt weiter. Zwar sei „unter den heutigen Verhältnissen" eine sozialdemokratische Reichstagsmajorität undenkbar, aber die Bedingungen für die Möglichkeit einer solchen könnten durch tüchtige

Propaganda noch geschaffen werden. Auf dem jüngsten Parteitage (1890) bezeichnet er das Wahlrecht als „das gewaltigste Agitations- und Erziehungsmittel für die Massen, welches existiert," und nicht die amtliche Wahlbeeinflussung, sondern der „Unverstand der Massen," d. h. die noch nicht befriedigende Anstrengung der Propaganda trage an den noch immer unzureichenden Wahlergebnissen die Schuld. Die neueste Version datiert von einer am 12. Februar 1891 in Charlottenburg gehaltenen Rede, in der es nach dem „Vorwärts" hieß: „Wir haben bisher uns keinen Illusionen über das Können des Reichstags hingegeben. Wenn behauptet worden, daß selbst eine sozialdemokratische Mehrheit nichts werde ausrichten können, so weise er dem gegenüber auf die verflossenen Jahre hin. Die Zeiten ändern sich, und mit ihnen die Ideen der Menschen. Fragen, über die vor kurzer Zeit noch heiße Kämpfe entbrannt seien, selbst innerhalb unsrer Partei, seien gelöst." Und nach einem Vordersatz, der die steigenden sozialdemokratischen Stimmzahlen erörtert: „... bis wir [im Reichstag] thatsächlich in die Majorität kommen. Dann muß sich die Minorität fügen, so gut wie sie sich jetzt fügen muß. Es würde dann die Regierung wohl durchaus nicht die Waffen strecken und würde alles versuchen, um ihre Macht zu behaupten, doch würde sie es dem anerkannten Volkswillen gegenüber nicht lange thun können." Vielleicht um abzuschwächen, fügt die Redaktion des „Vorwärts" in einer der nächsten Nummern hinzu: „Wir anerkennen nicht im geringsten die gegenwärtige Sozialpolitik als ein Mittel zur Herbeiführung eines friedlichen Überganges ... Lernt die Bourgeoisie nicht bald und viel, so wird ihr die Diktatur des Proletariats kaum erspart werden".

Also: zuerst Beteiligung an den Wahlen der Wahlagitation halber, Eintritt in den Reichstag zum Zwecke einmaligen Protestes, dann chronische Protestrednerei im Reichstage, dann legislatorische Mitarbeit zu propagandistischem Zwecke und gleichzeitig im objektiven Interesse der Arbeitersache, dann schüchterner Ausblick auf eine sozialistische Reichstagsmajorität, dann Begeisterung für das Wahlrecht, schließlich Wendung des Kurses und Hinsteuern auf die Reichstagsmajorität mit voller Segelkraft, bei gleichzeitig gewechselter Meinung über die Tragweite einer deutschen Reichstagsmajorität

und des deutschen Parlamentarismus. So kam der Appetit beim Essen.

Liebknecht entschuldigt seinen Meinungswechsel 1888 mit dem Umstande, daß der Norddeutsche Bund ihm stark antipathisch und überdies von zu zweifelhafter Bestandsfähigkeit gewesen sei, um auf ihn eine sozialdemokratische Politik zu basieren. „Allein das Deutsche Reich hat ein selbständiges Leben, es hängt nicht ab von der Gnade des Auslandes und kann weder von außen noch von innen mit einem Ruck, durch einen mechanischen Stoß umgestürzt werden. Aus dieser großen Kaserne, umschlossen von einem größern Gefängnis, kann ein freier Staat nur erstehen auf dem Weg innerer organischer Entwicklung." Die Rechtfertigung scheint mir wenig glücklich, aber bemerkenswert. Übrigens hatte Liebknecht 1872 geschrieben, er habe von seiner Kritik des Bismarckschen Parlamentarismus nichts zu widerrufen noch zu mildern, der sich im Deutschen Reichstage nicht minder glorreich bethätige, als weiland im Norddeutschen Reichstage. Dagegen habe er die Verurteilung dieses „spezifischen Auswuchses" auf den Parlamentarismus überhaupt auszudehnen.

Die Ansichten seiner Fraktionsgenossen weisen bereits vielfach eine ähnliche, wenn auch minder scharf ausgeprägte Entwicklungstendenz auf, natürlich mit zeitlichen Abweichungen im einzelnen. So hatte Bebel, früher gleichfalls ein Gegner des allgemeinen Stimmrechts, sich schon vor Liebknecht mit dem Parlamentarismus ausgesöhnt. Auf das Chaos unter den sozialdemokratischen Größen dritten Ranges kann hier nicht eingegangen werden.

Ebenso würde die ganz analoge und außerordentlich wichtige Entwicklung in der Stellung der Partei zur Gewerkschaftsfrage uns zu weit abführen.

Ein Ausdruck des veränderten Verhältnisses zum Parlamentarismus ist die von Liebknecht auf dem Hallenser Kongreß angekündigte Absicht, im Programm an Stelle des bisherigen Wahlrechtes die Listenwahl zu fordern, die der Fraktion bekanntlich einen sehr erheblichen Zuwachs eintragen würde.

Nachträglich sei noch bemerkt, daß die bezeichnete Entwicklung durch die ersten Jahre des Sozialistengesetzes unterbrochen wurde.

Die nächste Folge des Sozialistengesetzes war das Aufkommen der anarchistisch-revolutionären Most'schen Clique. Nach deren auf dem Wydener Kongresse 1880 in aller Form erfolgter Ausstoßung blieb jedoch auch innerhalb des Restkörpers der Partei die Stimmung zunächst eine sehr gereizte. Derselbe Wydener Kongreß strich aus dem Programm das Wörtchen „gesetzlichen" vor „Mitteln," womit jedoch nach den authentischen Erklärungen nur gegen das Sozialistengesetz demonstriert, nicht eigentlich der Revolutionswille kundgegeben werden sollte.

b) Mit der Revolutionsfrage hängt eng zusammen die Frage nach dem geglaubten Zeitpunkt der Umwälzung. Auch hier müssen wir auf Marx zurückgehn.

Vor 1848 hält Marx das französische und das deutsche Proletariat für vollständig revolutionsreif. Das deutsche Proletariat sei zwar noch nicht revolutionär vorgebildet, aber es unterliege doch der kapitalistischen Ausbeutung, und die Macht der sozialistischen Theorie werde das Fehlende ergänzen. Sein Freund Engels berechnete 1844/45 mit Hilfe seiner Lehre von den Handelskrisen die in wenigen Jahren bevorstehende Proletarier-Revolution fast aufs Jahr.

1848 soll die Bourgeoisie den Vorkampf übernehmen, das Proletariat sich beteiligen, um dann den Platz der Bourgeoisie einzunehmen. Noch 1849 und 1850 wird von der Initiative des französischen Proletariats der Anstoß zur internationalen Proletarierrevolution erwartet. In Deutschland soll dieselbe aber jetzt durch eine vorhergehende kleinbürgerliche (demokratische) Revolution vermittelt werden. Die Proletarier sollen (März 1850) durch die Teilnahme an dieser Revolution indeß noch nicht unmittelbar zur Herrschaft kommen, denn sie müssen „erst eine längere revolutionäre Entwicklung ganz durchmachen"; aber während dieses Zwischenstadiums zwischen der demokratischen und der endgiltigen proletarischen Revolution soll durch bei jeder Gelegenheit zu wiederholende Putsche und ähnliche Mittel „die Revolution in Permanenz" erhalten werden.

Zwischen Juni und September 1850 ließ Marx die Hoffnung auf eine nahe bevorstehende proletarische Erhebung in Paris und

eine solche demokratische in Deutschland fahren. Er riet den Arbeitern von unmittelbaren Revolutionsversuchen ab, erklärte das Proletariat und die Verhältnisse für revolutionsunreif und vertröstete auf künftige internationale Konstellationen. „Die Arbeiter haben 15, 20, 50 Jahre Bürgerkriege und Völkerkämpfe durchzumachen, nicht nur um die Verhältnisse zu ändern, sondern um sich selbst zu ändern und zur politischen Herrschaft zu befähigen." Speziell die deutschen Arbeiter wies Marx auf die „unentwickelte Gestalt des deutschen Proletariats" hin. Von den 15 bis 50 Jahren sind jetzt 41 abgelaufen. Die Pariser Kommune scheint Marx überrascht zu haben.

Wie eng dieser Meinungswechsel mit Marx' gleichzeitig veränderter Stellung zur Revolutionsfrage zusammenhängt, von der vorhin die Rede war, liegt auf der Hand.

Engels, der mit Marx zweieinig ist, war noch in einer zuerst 1877/78 erschienenen Schrift überzeugt, der deutsch-französische Krieg habe „alle kontinentalen Großstaaten gezwungen, das verschärfte preußische Landwehrsystem bei sich einzuführen und damit eine Militärlast, bei der sie in wenigen Jahren zu Grunde gehen müssen" — selbstverständlich zu Gunsten des Proletariats. Nach einer Äußerung vom Oktober 1885 glaubte er noch damals an eine im Laufe der nächsten drei Jahre in Deutschland bevorstehende demokratische Herrschaft, die Marx 1850 vertagt hatte. „Die kleinbürgerliche Demokratie ist auch jetzt noch diejenige Partei, die bei der nächsten europäischen Erschütterung, die nun bald fällig wird (die Verfallzeit der europäischen Revolutionen, 1815, 1830, 1848—52, 1870, währt in unserm Jahrhundert 15 bis 18 Jahre), in Deutschland unbedingt ans Ruder kommen muß als Retterin der Gesellschaft vor den kommunistischen Arbeitern." 1887 meint er, wenn einmal in Deutschland die vielgequälte Hausindustrie, dieses Übergangsglied zwischen Handwerk und Fabrikarbeit, vollends zur kapitalistischen Fabrikindustrie revolutioniert sein sollte, so werde dann spätestens das deutsche Proletariat losschlagen.

Lassalle erwartete den Sieg des Proletariats 1860 noch in diesem Jahrhundert, 1862 in ein bis zwei Jahrzehnten.

Liebknecht meinte 1869, die „proletarische" Revolution werde zwar nicht ein halbes Jahrtausend in Anspruch nehmen, wie die

der Bourgeoisie, aber doch auch nicht in wenigen Jahren fertig werden. Zu warten, bis etwa im Jahre 1933 der Reichstag eine sozialistische Mehrheit habe, sei jedoch zu lange.

Auf dem vorletzten Parteitage (1887) teilte Bebel mit, daß auch innerhalb der Reichstagsfraktion Meinungsdifferenzen beständen „über das Stadium des Abwirtschaftungsprozesses, in dem die bürgerliche Gesellschaft sich befinde.“ „Wer der Ansicht sei, daß die letztere in absehbarer Zeit an ihren eignen Übeln zusammenbreche und dann unsre Zeit komme, oder wer der Meinung sei, daß darüber noch Generationen hingingen und man froh sein müsse, Forderungen, wie sie der Arbeiterschutzgesetzentwurf enthalte, am Ende seines Lebens durchgesetzt zu sehen, werde in seinem taktischen Verhalten von ganz andern Gesichtspunkten ausgehn.“ Vollmar teilt in einer Broschüre vom Jahre 1880 die Annahme, „daß ich als Zeitpunkt der Organisation dieses ersten sozialistischen Staates nicht eine in nebelhafter Ferne liegende Zukunft, sondern einen der Existenzmöglichkeit heute Lebender erreichbaren Termin im Auge habe.“ Bebel selbst hat noch in der neunten Auflage seiner „Frau“ (die Vorrede datiert vom 24. Dezember 1890) wieder den Satz abgedruckt: „Das 19. Jahrhundert wird schwerlich zu Ende gehn, ohne daß dieser Kampf so gut wie entschieden ist.“ Nach einer andern wahrscheinlich auf ihn zurückgehenden Mitteilung (1885) wird die Entscheidung „durch die internationalen politischen Komplikationen, die selbst wiederum in dem wirtschaftlichen Konkurrenzkampf der Nationen unter einander ihre letzte Erklärung finden, sowie namentlich durch die verhängnisvollen Folgen der industriellen Entwicklung Amerikas und Australiens mit Naturnotwendigkeit gezeitigt werden.“ Auf dem internationalen Arbeiterkongreß zu Paris 1889 eröffnete er jedoch seinen Bericht über die deutsche Arbeiterbewegung mit folgender Erklärung:

„Es ist eines der allerwichtigsten Symptome für den Gang unsrer Entwicklung, daß man heute die Frage einer internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung erörtern kann. Vor noch kaum zwanzig Jahren wäre es unmöglich gewesen, mit einem solchen Programme Verhandlungen zu eröffnen. Die Arbeiterbewegung beschäftigte sich damals weniger mit der Praxis als mit der Theorie. Die Dis-

kussion der Prinzipienfragen legte die Vorstellung nahe, daß die Umgestaltung der Gesellschaft unmittelbar vor der Thür stehe. Seitdem hat man eingesehen, daß die bürgerliche Ordnung der Dinge zwar unwiderruflich zum Untergang verurteilt ist, für den Augenblick aber noch Widerstandsfähigkeit genug besitzt, um sich einige Zeit lang aufrecht zu halten; und daß anderseits die Kräfte der Arbeiterklasse noch nicht genügend erstarkt sind, um die notwendige gesellschaftliche Neugestaltung herbeiführen zu können. Die praktischen Fragen, die Fragen nach dem, was sogleich geschehen soll, um unmittelbar Nutzen zu schaffen, drängen sich in den Vordergrund, und sie haben dazu umsomehr ein Recht, als sie eine eminente Werbekraft besitzen, die Arbeiterklasse mehr und mehr in die sozialistische Strömung ziehen und so dem Sozialismus die Wege bahnen."

Friedliche Umwälzung, Anerkennung des Parlamentarismus sowohl als entscheidenden politischen Machtmittels wie zur Erlangung von Abschlagszahlungen, Hinausschiebung des kritischen Augenblicks, all dies sind charakteristische Errungenschaften der neueren Entwicklung. Es ist vielleicht nicht nötig, an diesem Orte vor Überschätzung ihrer Tragweite zu warnen, und es bedarf ebenso wenig der Hervorhebung, daß die Entwicklung, deren Zielpunkte ich hier bezeichnete, noch nicht in allen Köpfen sich vollendet hat. Die tägliche Erfahrung wird vielfach gegenteilige Beobachtungen bringen, und wer so voreingenommen ist, nur das Schwarze zu sehn oder doch im Gedächtniß zu behalten, wird vielleicht noch nach Jahren die veränderte Sachlage verkennen.

Es ist begreiflich, daß die auswärtigen Parteigenossen in dieser Umwandlung zurückbleiben und daß der greise Engels, der noch in den achtziger Jahren in kampfesfreudigem Glauben an eine blutige deutsche Proletarierrevolution schrieb, das allgemeine Stimmrecht könne im heutigen Staate nie mehr sein als ein Gradmesser für die Reife des Proletariats, in dem auf deutschem Boden sich vollziehenden Umschwung eine erbärmliche Schwäche sieht. Er schreibt im Januar 1887:

„In der sozialdemokratischen Partei selbst, bis in die Reichstagsfraktion hinein, findet ein gewisser kleinbürgerlicher Sozia-

lismus seine Vertretung. Und zwar in der Weise, daß man zwar die Grundanschauungen des modernen Sozialismus und die Forderung der Verwandlung aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum als berechtigt anerkennt, aber ihre Verwirklichung nur in entfernter, praktisch unabsehbarer Zeit für möglich erklärt. Damit ist man denn für die Gegenwart auf bloßes soziales Flickwerk angewiesen, und kann je nach Umständen selbst mit den reaktionärsten Bestrebungen zur sogenannten „Hebung der arbeitenden Klasse" sympathisieren. Das Bestehen einer solchen Richtung ist ganz unvermeidlich in Deutschland, dem Land des Spießbürgertums par excellence, und zu einer Zeit, wo die industrielle Entwicklung dies alteingewurzelte Spießbürgertum gewaltsam und massenweise entwurzelt. Es ist auch für die Bewegung ganz ungefährlich bei dem wunderbar gesunden Sinn unsrer Arbeiter, der sich gerade in den letzten acht Jahren des Kampfs gegen Sozialistengesetz, Polizei und Richter so glänzend bewährt hat. Aber es ist nötig, daß man sich darüber klar werde, daß eine solche Richtung besteht. Und wenn, wie dies notwendig und sogar wünschenswert ist, diese Richtung später einmal festere Form und bestimmtere Umrisse annimmt, dann wird sie zur Formulierung ihres Programms auf ihre (kleinbürgerlich-sozialistischen) Vorgänger zurückgehn müssen."

2. a) Ob durch blutige Gewaltthat oder nicht, erringt das Proletariat die Gewalt, es wird zur herrschenden Klasse. Es schafft also den Klassengegensatz und den Staat zunächst nicht ab, sondern steigert beide vorübergehend zum Extrem.*) Es gebraucht aber seine Macht, um die wirtschaftliche Grundlage der Gesellschaft sozialistisch umzugestalten, d. h. den Klassengegensatz zu beseitigen und dann abzudanken. Dies ist Marx' Lehre von der revolutionären, d. h. revolutionierenden Diktatur des Proletariats, die schon im Kommunistischen Manifest von 1848 vorgezeichnet ist und noch in Marx' jüngster posthumer Veröffentlichung aus dem Jahre 1875 festgehalten wird, der aber nach Grillenberger die Sozialdemokratie nie-

*) Nach Engels stände die proletarische Diktatur vielmehr zwischen Staat und Nichtstaat in der Mitte. Dies ist jedoch nicht glaublich.

mals zugestimmt hat. Wohl aber haben ihr einzelne sozialdemokratische Häuptlinge zugestimmt.

Wie schon bemerkt, geht nach Marx in Deutschland eine demokratische Herrschaft der proletarischen voraus. Engels bezeichnet noch in einer 1884 erschienenen und 1890 zuletzt aufgelegten Schrift die demokratische Republik als die „höchste Staatsform, die in unsern modernen Gesellschaftsverhältnissen mehr und mehr unvermeidliche Notwendigkeit wird und die Staatsform ist, in der der letzte Entscheidungskampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie allein ausgekämpft werden kann." Marx nennt jedoch 1871 aus Anlaß der Pariser Kommune den „Imperialismus" „die prostituierteste und zugleich die schließliche Form" des (groß-)bürgerlichen Staates. Die Reihenfolge würde also sein: großbürgerlicher Imperialismus, kleinbürgerliche Republik, proletarische Diktatur. Dazwischen liegt eine demokratische und eventuell eine proletarische Revolution. Nach dem früher Gesagten ist Preußen im Übergang zum großbürgerlichen Imperialismus begriffen. Diese Vorstellung setzte offenbar Engels auch voraus, als er 1885 die demokratische Herrschaft in Deutschland für unmittelbar bevorstehend erklärte.

Die Pariser Kommune von 1871 war nach Marx „die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte," d. h. die revolutionäre Diktatur des Proletariats. Sie scheint indessen aus Mißverständnis eine keineswegs diktatorische Verfassung angenommen, sondern teilweise diejenige vorweggenommen zu haben, die der vor dem Klassengegensatz bestandenen und im vollendeten Sozialismus wiederkehrenden Urverfassung entspricht.

Die „revolutionäre Diktatur des Proletariats" ist auch ohne vorausgegangene blutige Revolution allenfalls denkbar: durch parlamentarische Majorisierung oder pressure from without.

Wie revolutioniert das zur Diktatur gelangte Proletariat die Gesellschaft? Die Antwort ist keine einheitliche.

b) Zunächst scheint über den Punkt neuerdings Einstimmigkeit zu herrschen, daß dieses Geschäft eine längere, ja vielleicht eine lange Zeit erfordere; es sei selbst nicht ausgeschlossen, ja wahrscheinlich, daß Mißgriffe unterlaufen, die natürlich verzögernd wirken

müßten, und es sei unvernünftig, vom Proletariat zu verlangen, daß es aus dem Stegreif ein vollendetes Werk schaffe. Daß jedoch die einzelnen sich ergebenden Schwierigkeiten eine Lösung überhaupt zulassen, und daß das Proletariat geschickt genug sein werde, diese Lösung schließlich überall zu finden, wird stillschweigend vorausgesetzt. In der wahrscheinlich von Bebel verfaßten anonymen Schrift vom Jahre 1885 wird jedoch betont, es sei zu befürchten, das Proletariat könne seine Herrschaft wieder verlieren, wenn es nicht gleich mit einem fertigen Aktionsprogramm auftrete. Anders Marx 1871:

„Die Arbeiterklasse verlangte keine Wunder von der Kommune. Sie hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen. Sie weiß, daß, um ihre eigne Befreiung und mit ihr jene höhere Lebensform hervorzuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigne ökonomische Entwicklung unwiderstehlich entgegenstrebt, daß sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch die die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoße der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben."

Das Proletariat würde seine Diktatur um so sichrer in die Hände von Männern wie Marx legen müssen, je vollständiger diese das Proletariat verhindert haben, sich die erforderlichen Maßnahmen im voraus klar zu machen. Die Diktatur würde um so länger in ihren Händen bleiben, je länger sich der Revolutionsprozeß hinzieht.

Lassalle meinte gegenüber Rodbertus, die sozialistische Entwicklung von den mit Staatskredit zu begründenden Produktivassoziationen bis zur vollendeten Ablösung des Kapitals werde zwar nicht fünf (wie Rodbertus behauptet zu haben scheint), aber doch ein bis zwei volle Jahrhunderte in Anspruch nehmen. Auch Engels hält die sozialistische Reform 1890 für „die Aufgabe der nächsten Generationen."

c) Der Kernpunkt des Problems ist vom Gesichtspunkte der Besitzenden die Überführung des Kapitals in das gemeinschaftliche Eigentum: ein Analogon zur Ablösung der Leibeigenschaft.

Wiederholt wird hervorgehoben, die Übergangsmaßregeln würden von der Intensität und Dauer des Widerstandes beeinflußt werden, den die Bourgeoisie der proletarischen Entwicklung entgegensetzt, sowie von dem Stadium der kapitalistischen Entwicklung.

Maßnahmen wie Abschaffung oder Einschränkung des Erbrechts, stark progressive Besteuerung, Konfiskation des Eigentums von Emigranten werden schon im Kommunistischen Manifest empfohlen und kehren auch neuerdings wieder. Es sind nur Hilfsmaßregeln.

Lassalle, der zwischen heutigem Staate und proletarischer Diktatur nicht unterscheidet, forderte Staatskredit für Produktivassoziationen. Dieselben würden zunächst in Gestalt von Assekuranz- und Kreditverbänden und dann zu weitern Zwecken mit einander in Verbindung treten und so den sozialistischen Organismus von unten herauf gründen, jedoch unter regulierendem Eingriff des Staates. Obwohl seine Assoziationen das Privatkapital im Wege der Konkurrenz totmachen sollen, nimmt er doch zugleich eine Expropriation des privaten Kapital- einschließlich des Grundeigentums in Aussicht, und zwar, obwohl sein prinzipieller juristischer Standpunkt einfache Konfiskation zuläßt, im Wege der Ablösung. Ihm folgt Dietzgen und, jedoch mit stärkerer Betonung des letzteren Modus, Most. Beachtenswert ist, daß selbst Marx es kurz nach Lassalles Tode für „selbstverständlich“ erklärte, daß „das Kreditwesen, ganz wie es z. B. im Anfang des 18. und später wieder des 19. Jahrhunderts in England dazu diente, das Vermögen von einer Klasse auf die andre zu übertragen, unter bestimmten ökonomischen und politischen Umständen zur Beschleunigung der Emanzipation der arbeitenden Klasse dienen könne.“

Bebel, in den siebziger Jahren Anhänger des Lassalleschen Modus, aber schon damals eine unter Umständen zulässige Konfiskation in Aussicht nehmend, erklärte später, sich für eine „radikalere Lösung“ entschieden zu haben. Wenn ich mit Recht in ihm den Verfasser der 1885 erschienenen Broschüre über „gesellschaftliches und Privateigentum“ sehe, so ist diese Lösung die unter allen Umständen vorzunehmende Konfiskation, d. h. Expropriation ohne Entschädigung, also nicht Ablösung.

Mit dem Wegfall der Lassalleschen Produktivgenossenschaften, die zwar im Gothaer Programm in verklausulierter Form noch stehn, aber jetzt beseitigt werden sollen, wird die direkte Expropriation zur Notwendigkeit. Es fragt sich nur, ob mit oder ohne Entschädigung. Das Kommunistische Manifest (1848) scheint an Entschädigung noch zu denken. Bald darauf forderte Marx aber Konfiskation. Engels läßt die Entschädigung von den Umständen abhängen, bemerkt aber gelegentlich, daß alle bisherigen Revolutionen auf Konfiskation von Eigentum hinausgelaufen sind. Dietzgen empfiehlt eine mäßige Entschädigungsrente. Einen Mittelweg schlägt auch Vollmar in seiner Schrift vom Jahre 1880 ein, ähnlich wie Frohme 1883. Er erklärt Entschädigung vom Standpunkte der Gerechtigkeit aus für überflüssig, aber aus praktischen Gründen ein „Trost- oder Beschwichtigungsgeld" für nützlich. Auch diese Douceur soll Emigranten und „Landesverrätern" vorenthalten bleiben. Die vom Staat gezahte Entschädigung in Gestalt einer Genußmittelrente soll, von dem Werte des enteigneten Kapitals nur bis zu einer gewissen Grenze abhängig, das Durchschnittseinkommen der Bürger „nicht allzu unverhältnismäßig" übersteigen und mit dem Tode des Berechtigten endigen. Handelskapital, Wertpapiere, Besitz der Ausländer, Grundbesitz fallen der Enteignung ohne Aufschub anheim; für viele Gewerbszweige aber wird es möglich sein, einen Übergangszustand zu schaffen durch Verschiebung des Enteignungstermins, vor dessen Ablauf die freiwillig veräußernden Kapitalisten einen erhöhten Entschädigungsanspruch erlangen.

Die Pariser Kommune beschloß die von ihren Eigentümern verlassenen Werkstätten gegen Entschädigung in Besitz zu nehmen, und streckte ihre Hand zaghaft nach den Geldern der Bank aus. Sie verfuhr nach Marx in Anbetracht der Umstände glimpflicher, als sie von Anstands wegen nötig hatte.

Die Sozialdemokraten sprechen nicht mit Unrecht von der Expropriation des kleinern Kapitalisten durch den großen, die jetzt im Wege der Konkurrenz ohne Entschädigung vor sich geht. Volle Entschädigung der Kapitalisten kann übrigens der sozialistische Staat nicht leisten, er kann höchstens den Marktpreis oder den Er-

stehungspreis dem Kapitalisten zahlen, nicht aber für den künftigen Rentenentgang entschädigen. Der Marktpreis des Kapitals würde freilich unter der proletarischen Diktatur fast auf Null sinken.

Die Enteignung würde übrigens nach dem Kommunistischen Manifest, sowie nach neuern Aussagen nicht sofort alle Arbeitsmittel treffen, sondern zunächst, abgesehen von den verpachteten Staatsdomänen, die zum Einheitsbetriebe geeignetsten Wirtschaftszweige, namentlich Landwirthschaft, Verkehr, Bankwesen. Nach Most soll der Staat zuerst die Monopolbetriebe, jede Gemeinde gleichzeitig die Lebensmittelproduktion sozialisieren, und soll dann bei den technisch mit diesen in Verbindung stehenden Industriezweigen fortgefahren werden. Nach Engels sind auch die Wohnungen sofort zu enteignen. Das Kommunistische Manifest schlägt Einrichtung von Nationalwerkstätten vor, zu denen man sich trotz ihrer Ähnlichkeit mit Lassalles Produktivassoziationen wohl entschließen müßte, um die Arbeitslosen zu beschäftigen. Dann folgte allmählich die industrielle Enteignung. Der Anonymus will wenigstens das Kleinhandwerk zum Übertritt in die staatlichen Großbetriebe nicht zwingen, sondern abwarten, bis dasselbe zur Einsicht kommt. Ähnlich Most. Vollmar will den Übergangszustand ausfüllen mit staatlichem Eingriff in den Produktionsplan und in die Verteilung (Minimallöhne, nach Dietzgen sofort das 2—4fache des heutigen Lohns).

Über die enteigneten und zusammengelegten Betriebe soll nach dem Anonymus der Staat zunächst vielleicht nur eine kontrollierende Oberleitung führen. Nach Geiser sollen zunächst die Gewerkschaften (Fachvereine) Träger der Produktion werden. Nach Engels wird der Nießbrauch der Arbeitsmittel mit Einschluß der Wohnhäuser wenigstens für die Dauer einer Übergangszeit schwerlich ohne „Entschädigung der Kosten" an Einzelne oder Gesellschaften überlassen werden. Nach dem Kommunistischen Manifest soll der Staat auf die Verschmelzung von Ackerbau und Industrie, auf allmähliches Auslöschen des Unterschiedes von Stadt und Land Bedacht nehmen. Die großen Städte sind nach Engels ein Erbteil der Zivilisation, das zu beseitigen viel Zeit und Mühe kosten wird. „Aber sie müssen und werden beseitigt werden, mag es auch ein langwieriger Prozeß sein."

Daß die Verteilung nach dem Bedürfnis nach Marx erst einem spätern Stadium der sozialistischen Gesellschaft angehört und zunächst die Entgeltlichkeit beibehalten werden soll, hatte ich schon Gelegenheit zu erwähnen.

3. Die sozialistische Organisation ist von vornherein international gedacht, schon wegen der Rücksicht auf den Weltmarkt. So lange Marx eine internationale Revolution voraussetzte, erwuchs für die Übergangszeit aus internationalen Verhältnissen keine besondre Schwierigkeit. Je mehr aber Marx auf die industrielle Reife als Vorbedingung der Revolution Nachdruck legte, um so weniger konnte auf eine in allen zivilisierten Staaten gleichzeitig zu vollziehende Umwälzung gezählt werden. Hatte Marx ursprünglich dem revolutionslustigen Frankreich die führende Rolle zuerkannt, und schien es dann vielmehr das industrielle England sein zu müssen, so erklärte Most 1876 letztere Behauptung für nur theoretisch richtig und räumte Engels 1887 ein, es könnte möglicher Weise statt Frankreichs doch Deutschland sein, und jedenfalls müsse die weltgeschichtliche Entscheidung in Deutschland erkämpft werden. Ebenso weist neuerdings Bebel unserm Vaterlande, seines Bildungsproletariats wegen, die Führung zu. Auch er hält jedoch daran fest, daß die Revolution sich „blitzartig" über die ganze Kulturwelt verbreiten werde.

Dagegen hat Vollmar schon 1880 in einer besondern hinter Schloß und Riegel verfaßten Schrift die Eventualität aufs Korn genommen, daß der Sozialismus zunächst nur in einem einzelnen Staate zur Durchführung komme. Er protestiert nachdrücklich gegen die bisherige gedankenlose Leichtfertigkeit in diesem Stücke. Ein solcher „isolierter sozialistischer Staat" werde zwar, so setzt Vollmar voraus, durch sein bloßes Beispiel den Nachbarvölkern ein Sporn zur Nachahmung sein, auch werde er „aktiv durch alle den jeweiligen Umständen entsprechenden Mittel" der sozialistischen Bewegung in den übrigen Ländern nachhelfen; aber man könne doch nicht voraus wissen, wie schnell diese Mittel wirken.

Für die Zwischenzeit stellt Vollmar sich den sozialistischen Staat als allbeneideten Musterstaat vor, von den Völkern geliebt,

von ihren reaktionären Regierungen gehaßt. Auswärtige Arbeitskräfte strömen ihm so massenhaft zu, daß er der Einwanderung Schranken setzen muß. Ein europäischer Krieg der Reaktion gegen den sozialistischen Staat wäre unmöglich, weil keine Armee gegen den Sozialismus marschieren würde. Im Welthandel würde der junge Staat als weitaus der größte Kaufmann überlegen sein, während die Konkurrenzkraft der inländischen Produktion, obgleich durch kostspieligere Lebenshaltung der Produzenten beeinträchtigt, doch infolge der ersparten Dividenden erhalten bleibt. Das Metallgeld ist für den auswärtigen Handel unter diesen Umständen natürlich beizubehalten.

So löst sich auch diese Schwierigkeit zu allseitiger Befriedigung.

IV.

Der Anarchismus ist nicht ein wissenschaftliches System, sondern eine notdürftig durch Personalunionen zusammenhängende Kette von Extravaganzen des Gedankens und der That. Für seinen Begründer gilt gewöhnlich Proudhon. Der russische Nihilismus zeigt viele anarchistische Züge und hat die anarchistischen Größen Bakunin, Netschajew und Krapotkin hervorgebracht, von denen der erste und dritte auch in Westeuropa eine Rolle gespielt haben. Außerhalb Rußlands hat die anarchistische Propaganda hauptsächlich in den Ländern romanischer Zunge Wurzel geschlagen. Seit Bakunins Fédération Jurassienne, durch die Marx' Internationale Arbeiterassoziation gesprengt wurde, und schon früher liegen Marxismus und Anarchismus mit der Leidenschaft des giftigsten Konkurrenzneides sich in den Haaren. Die theoretische Unterscheidung, soweit beim Anarchismus überhaupt von Theorie gesprochen werden darf, ist geringfügig; die Anarchisten wollen den Staat noch etwas gründlicher pensionieren wie Marx und daher auch die Volkswirtschaft möglichst sich selbst überlassen.

Sie haben dadurch das Verdienst, die Marxisten zur Selbstkritik in dieser Beziehung zu veranlassen. Die heutigen Anarchisten deutscher Nationalität sind auch in dieser Beschränkung großenteils nicht mehr als Vertreter einer Theorie zu rechnen, die nach Amerika ausgewanderten sollen zum Teil geradezu sozialistische Grundsätze usurpiert haben. Überhaupt soll die Indifferenz und Unwissenheit in Sachen der Theorie bei den Anarchisten noch viel ausgebreiteter sein als auf sozialdemokratischer Seite. Ihr einziges Charakteristikum kann nicht anders genannt werden als konstitutionelle Radaulust. Sie glauben durch Putsche und Verbrechen und durch polterndes Pathos, nach dem technischen Ausdruck: durch Propaganda der That erfolgreicher agitieren zu können als durch Verbreitung von Einsicht, und meinen auf diesem Wege sogar die Revolution unmittelbar einzuleiten. Die Marxisten leugnen beides, obwohl Marx die Politik der Putsche für den zwischen demokratischer und proletarischer Revolution in Aussicht genommenen Zeitraum früher selbst empfohlen hat, und obgleich der russische Terrorismus von einem sozialdemokratischen Parteitage nur als für die deutschen Verhältnisse ungeeignet bezeichnet worden ist.

Bis zu Hödels Attentat 1878 war der Anarchismus in Deutschland beinahe unbekannt. Der zum Anarchismus abgeschwenkte Most wurde 1880 aus der Partei gestoßen. Eine förmliche Verurteilung der Denomination fand durch den Parteitag von 1887 statt. Liebknecht, der das Referat über den Gegenstand erstattete, klassifizierte die ihm bekannten anarchistischen Elemente in drei Gruppen: 1. Spitzel und agents provocateurs, 2. gemeine Verbrecher, die sich als Idealisten aufspielen, 3. wirkliche Anarchisten, die teils bloße „Schwadroneure und Maulrevolutionäre" seien, eine ihm von 1848 her wohlbekannte Spezies, teils wirklich leidenschaftliche Naturen.

Es giebt eine Anzahl sehr verschiedenartiger sozialistischer Systeme auf anarchistischer Basis. Ihre gemeinsame Eigenschaft ist die Verbindung sozialistischer Ausgangspunkte mit dem durch irgend ein Kunststück geretteten Prinzip des radikalsten laissez aller. Die jüngste Produktion dieser Art ist der schon einmal erwähnte Roman „Freiland," verfaßt von Theodor Hertzka.

Eine praktiſche Bedeutung hat die anarchiſtiſche Lehre für Deutſchland jetzt wohl nur noch, weil ſie den ſich der ſozialdemokratiſchen Parteidisziplin entziehenden Elementen einen Sammelpunkt und ein gewiſſes Relief giebt. Es iſt deshalb nicht unmöglich, daß ſie eine Zeit lang auch auf deutſchem Boden zu Ehren kommt, wenn die ſozialdemokratiſche Parteidisziplin einmal in die Brüche gehen ſollte.

Programm
der
sozialdemokratischen Partei Deutschlands,
angenommen auf dem Kongreß zu Gotha 1875.

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle andern Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen*) Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.

Die sozialistische Arbeiterpartei fordert als Grundlagen des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht, mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Feiertag sein.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.

---

*) Dies Wort wurde 1880 gestrichen.

3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze, überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.
5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.
6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

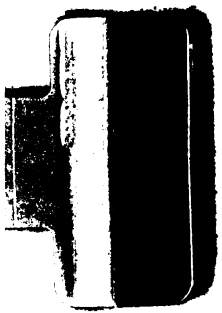
Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.
2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.
3. Unbeschränktes Koalitionsrecht.
4. Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.
5. Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.
6. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen. Überwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.
7. Regelung der Gefängnisarbeit.
8. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfs- und Unterstützungskassen.

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig

89092536887

b89092536887a



89092536887

B89092536887A

Erschienen sind:

Heft 1–10

Drews, Mehr Herz fürs Volk

Gurrl, Unsre gewerbliche Jugend und unsre Pflichten gegen sie

Baumgarten, Der Seelsorger unsrer Tage

Lohr, Christentum und Arbeiterbewegung. Ein Zwiegespräch

Stöcker, Sozialdemokratie und Sozialmonarchie

von Soden, Reformation und soziale Frage

v. d. Goltz, Die Aufgaben der Kirche gegenüber dem Arbeiterstande in Stadt und Land

Oldenberg, Die Ziele der deutschen Sozialdemokratie

Quistorp, Die soziale Not der ländlichen Arbeiter und ihre Abhilfe

Druck von Carl Schultze & Co. in Berlin